

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., für politische und gesellschaftliche Inserate und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Landräuber als Steuerrebell!

Wir haben bereits gestern einige Stilblüten aus den Reden der führenden Agrarier wiedergegeben, die im Landwirtschaftsrat die Nachlasssteuer mit einer Wut bekämpften, als handle es sich um die Enteignung des Großgrundbesitzes, statt um einen lächerlich winzigen Beitrag zu der ungeheuerlichen Steuerbelastung, die durch die Reichsfinanzreform in Gestalt indirekter Steuern wiederum den Kernsten der Armen, dem unter der Krise leidenden Proletariat, abgepreßt werden sollen. Es handelt sich, wie wir gestern bereits zeigten, um eine Nachlasssteuer für die reinen Vermögen von mehr als 20 000 M., die mit einem halben Prozent beginnt und sich bis ganzen drei Prozent steigert, also selbst von einer Millionenerbschaft nur 20 000 M. fordert. Nehmen wir eine durchschnittliche Verzinzung von 5 Proz. an, so braucht sich der Erbe im ersten Jahre nur einmal mit 20 000 M. Einkommen zu begnügen, um sofort die 20 000 M. Steuern zahlen zu können, ohne das ererbte Kapital auch nur um einen Pfennig anzugreifen! Ueberdies aber gestattet die Regierungsvorlage eine Abtragung der Erbschaftsteuer innerhalb zehn Jahren, so daß selbst der Erbe eines reinen Vermögens von einer Million jährlich nur 20 000 M. zu zahlen braucht!

Und gegen diese Steuer läuft das Agrariertum mit einer Wut Sturm, als handle es sich um die „Verwirklichung des Sozialismus“, als was der berüchtigte Januschauer Oldenburg die Nachlasssteuer tatsächlich hinzustellen den unmöglichen Mut fand!

Um die ganze Unverschämtheit des Agrariertums würdigen zu können, ist es interessant, sich einmal auf Grund der amtlichen Statistik darüber zu informieren, wie es denn eigentlich um den notleidenden Grundbesitz in Preußen steht, der jetzt nach dem Vorbild der Anarchisten einen so wilden Kampf gegen die lächerlich geringfügige Nachlasssteuer führt. Da finden wir, daß 1895 19 199 Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar Grundbesitz nicht weniger als 34,23 Proz. der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche, die die rein landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt umfassen, besaß, 19 000 Großgrundbesitzer also besaßen mehr als ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche, wohingegen fast eine halbe Million kleinbäuerliche Betriebe in Preußen nur 7,25 Proz. der landwirtschaftlichen Betriebsfläche umfassen. Die Handvoll Großgrundbesitzer besaß also nahezu fünfmal so viel Grund und Boden, wie die halbe Million Kleinbesitzer (unter 5 Hektar Besitz), die mehr als 43 Proz. aller Betriebe ausmachen!

Aber diese Zahlen, die für ganz Preußen gelten, erhalten erst ihre rechte Beleuchtung, wenn wir Ostelbien gesondert in Betracht ziehen. Zum wir das, so ergibt beispielsweise sich das Folgende:

Der Besitz von der gesamten Wirtschaftsfläche verteilt sich folgendermaßen:

| Regierungsbezirk | Gesamtzahl der Betriebe | Gesamtfläche | Großbetriebe | Betriebsfläche der Großbetriebe |
|------------------|-------------------------|--------------|--------------|---------------------------------|
| Rönigsberg | 127 601 | 1 845 000 ha | 2069 | 850 000 ha |
| Gumbinnen | 99 894 | 1 344 000 | 1822 | 521 000 |
| Warrentwerder | 101 119 | 1 488 000 | 1617 | 750 000 |
| Stettin | 79 798 | 1 044 000 | 983 | 556 000 |
| Rößlin | 75 590 | 1 295 000 | 1152 | 722 000 |
| Stralsund | 20 121 | 363 000 | 659 | 266 000 |
| Posen | 133 060 | 1 580 000 | 1435 | 871 000 |
| Bromberg | 72 949 | 1 023 000 | 1170 | 659 000 |
| Breslau | 112 614 | 1 193 000 | 1826 | 617 000 |

Wir sehen also, daß in einer großen Reihe von ostelbischen Regierungsbezirken der Großgrundbesitz mehr als die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche sein eigen nennt. Und diese Junker, die in ganzen Provinzen durch das Bauernlegen und andere junkerliche Praktiken den Besitz von Hunderttausenden ehemaligen Bauern in ihre Hände gebracht haben, wagen es nun, die Nachlasssteuer als einen Versuch der Konfiskation des Eigentums, als ein Attentat „auf das Portemonnaie der Besitzenden“ zu bezeichnen! Eine größere Schamlosigkeit ist noch niemals dagewesen! Und diese Großgrundbesitzer, die in einen Zustand der Lohsucht verfallen, wenn sie selbst zu einer Steuerleistung, die die beschlossenen Massen mit Hunderten von Millionen belasten, einen winzigen Teil beitragen sollen, wagen es, das Reichstagswahlrecht zu bekämpfen, weil es den Nichtbesitzenden den Besitz ausliefere“. Die Nachfahren der dreisten Räuber des Nationalbesitzes haben allerdings alle Ursache, zu befürchten, daß ein aus wirklich demokratischen Wahlen hervorgegangenes Parlament von den Besitzlosen nicht nur des Industrie-Proletariats, sondern auch des bäuerlichen Proletariats demmaleinst dazu benutzt werden könnte, den Räubern von mehr als ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche ihre Deute wieder zu entreißen.

Geradezu skandalös ist es, daß das Zentrum, das sich stets heuchlerisch als Vertreter der Interessen der Nichtbesitzenden aufspielt, die Junker bei ihrem Sturm laut

gegen die Nachlasssteuer in der unerbittlichsten Weise unterstützt. Man weiß ja freilich, daß die Zentrumspartei die führende Rolle spielen. Aber die Skrupellosigkeit, mit der das Zentrum diesmal die Interessen der Agrarier, dieser Räuber des ländlichen Nationalbesitzes, mit verfechten hilft, könnte dem Zentrum noch sehr unangenehm werden!

Wenn übrigens Herr v. Oldenburg die Nachlasssteuer als ein Attentat auf das „Portemonnaie der Besitzenden“ bezeichnete, sich damit also nicht nur als Vertreter der agrarischen, sondern als Vertreter der Besitzenden schlechthin gebärdete, wenn er darauf hinwies, daß in Preußen 73 Proz. der Einkommensteuer von 5 Proz. der Bevölkerung getragen werden, so wollen wir demgegenüber folgende Tatsachen feststellen:

Es besaßen im Jahre 1895 in Preußen 13 600 Jeniten mit mehr als 500 000 M. ein Vermögen von 18 782 000 000 Mark, während im Jahre 1908 21 000 Jeniten mit mehr als 500 000 M. Vermögen zusammen 32 500 000 000 M. Vermögen versteuerten. Die Vermögen mit mehr als 500 000 M. umfaßten 1895 noch nicht 19 Milliarden von insgesamt 62 Milliarden, während sie 1908 32½ Milliarden von insgesamt 91 Milliarden umfaßten. Der Anteil der großen Vermögen an dem versteuerten Gesamtvermögen ist also seit dem Jahre 1895 bedeutend größer geworden, während der prozentuale Anteil der kleinen Vermögen bedeutend zurückgegangen ist! Während nämlich 1895 563 000 Jeniten mit 6000 bis 20 000 M. Vermögen rund 7 Milliarden von 62 Milliarden besaßen, besaßen im Jahre 1908 731 000 Jeniten mit einem Vermögen von 6000 bis 20 000 M. nur 7½ Milliarden von 91 Milliarden Mark! Zahlen, die beweisen, in welcher rapiden Weise sich das Nationalvermögen in wenigen Händen konzentriert! Trotz alledem bedeutet nach den Berechnungen des Januschauer Oberagrariers v. Oldenburg die minimale Nachlasssteuer eine Bedrohung des „Portemonnaies der Besitzenden“ eine „Verwirklichung des Sozialismus“!

Ob der wilde Kriegslärm der Junker die Regierung zu neuen Zugeständnissen an das steuerverweigernde Agrariertum veranlassen wird? Bilows Reden auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats bedeutet offenbar die Ankündigung neuer Konzessionen. Die Regierung wird den ostelbischen Landmagistraten wahrscheinlich neue Nachlässe zugestehen, so daß das Agrariertum, das in Preußen in noch nicht 20 000 Händen mehr als ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche vereinigt, bei der Besteuerung abermals so gut wie ausgeschlossen sein wird! Offenbar dient der ganze Lärm der Agrarier nur dazu, die skandalöse Tatsache zu verdecken, daß die Masse des nichtbesitzenden Volkes 300 bis 400 Millionen aufbringen muß, während die Agrarier schließlich bei einem Kompromiß nur eine geradezu lächerliche Summe aufzubringen haben!

Daß die Regierung sich zu einem Kampfe gegen die ostelbischen Kripenreiter aufraffen könnte, erscheint ausgeschlossen. Da das Zentrum sich bereits auf die Seite der Agrarier geschlagen hat, bliebe ja der Regierung nichts anderes übrig, als sich bei einem Kampfe gegen das Agrariertum und gegen das Zentrum auf einen Bloß zu stützen, der von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten reichen würde. Daß die Regierung, die bisher dem Agrariertum jederzeit Schutzpugendienste geleistet hat, es auf einen solchen entscheidenden Kampf gegen die kleine aber mächtige Partei der Junker ankommen lassen würde, scheint uns vollkommen ausgeschlossen zu sein. Ausgeschlossen, obwohl die Bildung eines liberal-sozialdemokratischen Bloßes gegen Junker und Zentrum politisch keineswegs aussichtslos wäre. Denn es bedürfte nur der korrekten Anwendung der Bestimmungen des neuen Vereinsgesetzes, es bedürfte nur der Möglichkeit für die Sozialdemokratie, auf dem platten Lande Versammlungen unter freiem Himmel abhalten zu dürfen, um bei Neuwahlen für den Reichstag einen solchen neuen Bloß die Majorität im künftigen Reichstag zu sichern. Aber die Annahme, daß die Regierung auch einmal die Vertretung der Interessen der nichtbesitzenden Klasse gegenüber dem Agrariertum übernehmen könnte, erscheint nach ihrem bisherigen Verhalten so absurd, daß ein solcher Bloß der Linken nur in der Phantasie sehr phantasiebegabter Politiker Realität annehmen könnte.

Wenn sich freilich Regierung, Agrarier und Zentrum einbilden sollten, daß sie durch den ebenso frechen wie lächerlichen Protest der Großgrundbesitzer gegen die Nachlasssteuer und durch ein dadurch herbeigeführtes Kompromiß mit der Regierung die Tatsache der unerhörten Ausplünderung der beschlossenen Klassen verschleiern könnten, so sind sie einem gar kläglichen Zertrümern verfallen. Durch solch kindisch-wohlfeile Manöver wird man niemals die empörende Tatsache vertuschen können, daß man in einer Zeit der Krise, der Herabsetzung der Lebenshaltung der Masse, und zugleich einer Zeit der Vereinerung der Reichsten, der darbenenden Masse mehrere hundert Millionen neuer Steuern auferlegen will, während die Leistungsfähigen ängstlich geschont werden!

Die Verfassung von Südwestafrika.

In der Budgetkommission teilte der Staatssekretär Dernburg vor kurzem mit, daß für die deutsche südwestafrikanische Kolonie eine Verfassung eingeführt werden soll. Als Vater der Verfassung hat er den Gouverneur v. Schudmann der Kommission vorgestellt. In der neuesten Nummer des „Kolonialblattes für die Schutzgebiete“ ist nun die amtliche Veröffentlichung der Verfassungswörter erfolgt. Wenn man auch ohne weiteres annehmen konnte, daß eine von dem Herrn v. Schudmann entworfene Verfassung nicht viel Gutes bringen würde, so haben doch die Tatsachen die schlimmsten Verurteilungen überholt.

Die Grundlage der Selbstverwaltung sollen gewissermaßen die Gemeinden bilden. Ihre Aufgaben sind ähnlich festgelegt wie in Deutschland: Straßenbau, Wasser- und Abwasserleitung, Feuerlöschwesen, Armenpflege, Schulwesen usw. Die Gemeindeverbände wählen den einen Teil der Mitglieder des Bezirksrats und jeder von den zwölf Bezirksverbänden wählt ein Mitglied in den Landesrat. Ebenso viele Mitglieder ernannt der Gouverneur selbst.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind alle Eingeborenen; nur deutsche Gemeindeangehörige männlichen Geschlechts über 25 Jahre alt, die nicht der Schutztruppe angehören, wirtschaftlich selbständig sind und ein Jahr lang ihren Wohnsitz im Gemeindebezirk haben, sind wahlberechtigt. Der Anschluß vom Wahlrecht erfolgt unter den gleichen, nur etwas verschärften Vorschriften wie in Deutschland. Doch eine Bestimmung ist darunter, die geradezu horribel erscheint. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist nämlich jeder Deutsche, der mit einer Eingeborenen verheiratet ist oder der mit einer solchen im Konkubinat lebt. Man muß sich doch fragen, wird der deutsche Gemeindeangehörige durch die Heirat mit einer Eingeborenen dummer und wirtschaftlich unselbständiger? Ist die Heirat erlaubt, so darf sie auch nicht mit dem Verlust wichtiger staatsbürgerlicher Rechte nachträglich bestraft werden. Das gilt natürlich auch vom Konkubinat.

Bei Aufstellung der Wählerlisten wird neben anderen Feststellungen auch die Frage zu entscheiden sein, ob der Einzeltrotzende mit einer Eingeborenen verheiratet; ist das der Fall, so ist er nicht in die Liste aufzunehmen. Das gleiche trifft zu, wenn er mit einer solchen im Konkubinat lebt. Lebt er aber mit einer weißen Frau im Konkubinat, so beeinträchtigt das seine staatsbürgerlichen Rechte nicht im geringsten.

Was eine solche Einschränkung bedeutet, ersieht man mit einem Blick in die Statistik. Nach der letzten dem Reichstage vor einigen Wochen zugegangenen Denkschrift bestand die weiße Bevölkerung am 1. Januar 1908 aus 5295 erwachsenen männlichen und aus 1491 erwachsenen weiblichen Personen. Bei diesem ungeheuren Uebergewicht der männlichen Bevölkerung ist die Verheiratung oder das Zusammenleben mit Eingeborenen eigentlich von selber gegeben und ist daher in allen Kolonien, auch in den englischen und holländischen, von jeder gestattet worden.

Der Kreis der wahlberechtigten Personen erfährt durch diese Bestimmung daher eine sehr wesentliche Einschränkung, so daß bei ihrer Durchführung an manchen Orten eine Wahl kaum mehr zustande kommen dürfte. Die gesamte weiße männliche Bevölkerung (ohne Schutztruppen) über 15 Jahre beträgt 5295 Personen. Da aber das Wahlrecht erst mit dem 25. Lebensjahre beginnt und die Unselbständigen ohnehin ausgeschlossen sind, so dürfte die Ziffer um ein Drittel niedriger angelegt werden müssen. Ferner sind von der gesamten weißen Bevölkerung noch 2000 Nichtdeutsche in Abzug zu bringen, unter denen sich 1200 bis 1500 erwachsene männliche befinden dürften, die von der Zahl der Wähler — da ja nur Deutsche das Wahlrecht besitzen — abgezogen wären.

Wie gering der Prozentsatz der weißen deutschen Wähler gegenüber der Bevölkerungsziffer ohnehin ist, lehrt gleichfalls ein Blick in die genannte Denkschrift; dort ist die Zahl der eingeborenen Bevölkerung inklusive der Nischlinge und der eingewanderten Farbigen auf rund 60 000 Personen angegeben.

In der Budgetkommission hatte der Staatssekretär Dernburg den Gouverneur v. Schudmann als den Vater der deutsch-südwestafrikanischen Verfassung vorgestellt. Diese Bestimmung über die Heirat mit Eingeborenen sieht dem Herrn in der Tat sehr ähnlich. Man erinnert sich noch seiner hyperfittlichen Rede vor wenigen Jahren im preussischen Abgeordnetenhaus über das Treiben in den Berliner Nachtcafés. Die Heiterkeit, mit welcher das Haus seine Rede begleitete, steigerte sich damals zum Gipfelpunkt als er ausrief: Von Ihnen, meine Herren, habe ich allerdings noch niemand in einem Nachtcafé getroffen!

Der Gouverneur v. Schudmann hält die Heirat mit einer afrikanischen Eingeborenen für unfittlich, deshalb bestraft er den Hebeläter auf dem Umwege über das Wahlrecht mit dem Verlust des politischen Rechts. Vielleicht lernt die preussische Regierung von ihrem südwestafrikanischen Gouverneur und wendet seine Methode auch den Polen gegenüber an.

Die Fabel von der Gleichberechtigung.

Aus dem Reichstag, 19. Februar. An zwei Beispielen wurde heute im Reichstage wieder einmal demonstriert, daß der verfassungsmäßig verbürgte Grundsatz der Rechtsgleichheit in Deutschland leerer Schall ist: an Gefinde und Landarbeitern, denen sogar die schmalen Rechte der Industriearbeiter verkümmert sind, und an den Polen, die durch

geschliche Benachteiligung aus ihrem Landbesitz hinaus-
geschoben werden sollen.

Zunächst handelte es sich um die Fortsetzung der ersten
Lesung des sozialdemokratischen Antrages betreffs Regelung
des Verhältnisses des Gesindes und
der Landarbeiter. Die Debatte wurde eröffnet durch
den konservativen Domänenpächter Krendt-Labiau mit
einer Rede, die an unfehliger Komik selbst die janusgesich-
erten Herzensergüsse des Herrn v. Oldenburg weit in den
Schatten stellte. Es würde schwer sein, unter seinen Aus-
sprüchen den kostbarsten zu präzisieren. Ist es seine Ver-
sicherung über die Schlafbüchsen zweierlei Geschlechts oder
die Erklärung dafür, daß die landflüchtigen Arbeiter so
selten in die funkelnde Obhut sich zurückgeben? „Sie
kommen nämlich ins Zuchthaus oder jagen anderen Phantomen
nach.“ Es braucht aber kaum erwähnt zu werden, daß die
Rechte auch die absonderlichsten Gedankenverrenkungen dieses
Lobredners des funkelnden Landparadieses mit schmetternder
Zustimmung begleitete.

Genosse Zubeil unterzog die Argumente der Agrarier
einer eingehenden Kritik. Er gab ihnen den Rat, ihre Land-
arbeiter besser zu bezahlen und kürzere Arbeitszeit an Stelle
der 14 bis 16 Stunden zu gewähren, dann würden sie
keine Kontraktbrüche zu gewärtigen haben. Zubeil be-
legte seine Ausführungen mit Beispielen aus dem Landleben
der Gegenwart. Einen recht peinlichen Eindruck machte
es besonders auf die Rechte, als er berichtete, daß im Ok-
tober 1908 eine ungarische Landarbeiterfamilie völlig ver-
trieben worden sei und immer noch auf ihren Lohn warte.
Der Antisemit Windwald strich die Zustände in Hesse
heraus, das angeblich keine Landarbeiternot kenne und der
Antisemit Werner renommierte aufgeregt mit seinen land-
wirtschaftlichen Kenntnissen. Im Schlußwort stellte Stadthagen
fest, daß die Konservativen mit dem Verneinung heraus-
gekommen sind, daß sie den Landarbeitern unter keinen Um-
ständen gleiche Rechte mit den anderen Arbeitern gewähren
wollten. Mit der Kommissionsberatung unferes wie des
Zentrumsantrages erklärte Stadthagen sich namens der Partei
eindeutend.

Die Konservativen haben, um ihrer Landarbeiterfeindschaft
einen recht markanten Ausdruck zu geben, sogar namentliche
Abstimmung über den Antrag auf Kommissionsberatung be-
antragt. Sie blieben aber mit 106 Stimmen (die drei kon-
servativen Fraktionen, Antisemiten und einen Teil der
Nationalliberalen) in der Minderheit gegen 209 Stimmen.

Bei der dann folgenden Erörterung des polnischen
Initiativantrages, der sich gegen die standalöse Rechtslos-
machung der Polen in dem preussischen
Ansiedelungsgesetz richtet, befolgten die soeben in die
Minderheit versetzte katolischen Parteien die ständige Taktik
des Schweigens, wohl in dem Bewußtsein, daß zur Verteidigung
dieser brutalen Gewaltpolitik sich nicht einmal Scheingründe geltend
machen lassen. Um so schärfer fielen die von Grimm und
Entrüstung erfüllten Verurteilungsbreden aus. Der Pole
Dziembowski von Romian konnte mit Zug und Recht
feststellen, daß man noch vor etwa zehn Jahren in Deutschland
einen Mann, der einen solchen Antrag eingebracht haben
würde, einfach ausgelacht hätte, weil er etwas absolut Selbst-
verständliches verlangt hätte. In keinem wirklichen
Kulturstaat sei so etwas möglich, wie es in
Preußen der Reichsverfassung und den allgemeinen
Menschenrechten zuwider Geseh geworden sei, daß man
den Bürgern eines Staates bloß ihrer Sprache wegen den
Erwerb von Grund und Boden, ja die Behauptung des ihnen
gehörigen Grund und Bodens unmöglich machen wolle. Auch
der Zentrumsredner Graf Praszma schlug ungewohnt
scharfe Töne an, indem er erklärte, daß seine Partei die Frage
vom Standpunkt des Rechts ausschließlich auffasse; darin
stimme er ganz mit den Polen überein. Besonders auffällig
war es, daß der Zentrumsredner direkt gegen Bülow Stellung
nahm, dessen Kanzlerschaft er ein baldiges Ende prophezeite
im Gegensatz zu Bülows eigener optimistischer Auffassung.
Genosse Stadthagen brandmarkte darauf die preussische
Polenpolitik in flammenden Worten der Entrüstung, die den
Präsidenten auf die Beine brachte, als er ausrief, daß
solche Gesehsmacherei die Geseheri und Stehleri begünstige.
Auch der Abg. Gohlein schloß sich dieser Verurteilung der
preussischen Entrechtungs-gesehe an, indem er für die gesamte
liberale Fraktionsgemeinschaft die Zustimmung zu dem pol-
nischen Antrag erklärte.

Graf Stolberg schlug darauf vor, die Beratung auf
Donnerstag zu vertagen, am Sonnabend keine Sitzung ab-
zuhalten, damit die Kommissionen arbeiten können und der
nächste Montag und Dienstag frei bleiben sollen, am Mittwoch
kleinere Vorlagen auf die Tagesordnung zu setzen. Demgemäß
wurde beschlossen. Offenlich haben sich bis zum Donners-
tag die Galatisten so weit gesammelt, daß sie eine Antwort
riskieren.

Die Steuergesetze im Dreiklassen- parlament.

Die ewigen Beschwerden des Zentrums über ungleiche Be-
handlung werden nun hoffentlich ein Ende nehmen. Im Interesse
der Wahrung der Parität hat Genosse Hoffmann der Abrechnung
mit der evangelischen Geistlichkeit vom Donnerstag am Freitag die
Abrechnung mit den katholischen Pfarrern folgen lassen, und er be-
sorgte das mit einer Gründlichkeit, daß weite Kreise nicht nur des
Volkes, sondern auch des niederen Klerus innerhalb der katholischen
Kirche ihm dafür Dank wissen werden. Große Sensation rief es im
Hause hervor, als der sozialdemokratische Redner eine Reihe an die
Fraktion gerichteter Schreiben von katholischen Geistlichen verlas.
Was zu gern hätte das Zentrum die Namen erfahren, aber Hoff-
mann nannte sie nicht, um wie er nachdrücklich behauptete, die Be-
schreiber der vorwiegend wirtschaftlicher Schädigung zu bezeichnen. Unangenehm
wurde den frommen Herren vom Zentrum zu Mut, als der Redner
ihnen einige charakteristische Proben von dem Schlemmerleben der
gut bezahlten hohen Würdenträger der Kirche vor Augen führte und
an der Hand einer Reihe von Beispielen die Unachtsamkeit der
Katholiken nachwies. Mit gutem Geschick spielte er am Schluß auf
die Modpolitik an; mit Witz kennzeichnete er die Abhängigkeit der
Liberalen vom Volk mit den Worten: Der Wohlthätige Bernhard
ist Ihr Prophet und die Aussicht auf Regierungsfähigkeit ist Ihre
Seligkeit. Seine Prophezeiung, daß der Liberalismus abgelöst
werden wird durch den siegreichen Sozialismus, durch das Evangelium
der Menschenliebe, berührte die Liberalen höchst unangenehm, ein Be-
weis für die Wichtigkeit des Satzes. Nach einem verunglückten
Versuch des Abgeordneten Dr. Kaufmann (B.), die Argumente
des Genossen Hoffmann zu widerlegen, wurde das Geseh über die
Befolgung der katholischen Pfarrer gegen die Stimmen der Sozial-
demokraten und der Polen angenommen. Die Polen waren wegen
der Ausnahmestimmungen für ihre Diözesen nicht dafür zu haben.

Hierauf begann die zweite Beratung der Steuergesehe.
Das Haus steht hier wieder einer vollendeten Tatsache gegenüber,
zwischen allen Parteien, außer Sozialdemokraten und Polen, und
der Regierung ist das bekannte Kompromiß geschlossen, durch
welches auf drei Jahre hinaus alle Einkommen von mehr
als 1200 Mark an mit Zuschlägen bedacht werden, die
bei 5 Proz. beginnen und bei 25 Proz. endigen. Es verdient fest-
gestellt zu werden, daß in der Kommission auch die Freisinnigen für das
Kompromiß gestimmt haben, daß sie aber zur Plenarberatung plöy-
lich mit einem Antrag anrückten, wonach die Zuschläge erst bei
3000 M. beginnen sollten; sie suchten auf diese Weise den Sozial-
demokraten das Wasser abzugraben, die eine Herabsetzung der
Grenze bis auf 7000 M. beantragt hatten. Außerdem lag noch eine
Reihe anderer sozialdemokratischer Anträge vor, darunter ein Antrag
auf Befreiung der Ausnahmestimmungen des § 23 des Einkommen-
steuergesehes.

Zwischen den Kompromißparteien entstand infolgedessen eine
kleine Disharmonie, als die Konservativen aus der Reihe
tauchten und auch für das Jahr 1908 Zuschläge zur
Einkommensteuer verlangten. Davon wollten die anderen
aber nichts wissen. Wie ein roter Faden zog sich durch die Debatte
der Versuch der bürgerlichen Parteien, es so hinzustellen, als ob die
Kommission einzig und allein die Bestrebenden zu besteuern und die
Unbemittelten zu schonen bestrebt gewesen sei, ein Märchen,
das Genosse Hirsch gründlich zerpflichte. Unser Fraktionsredner
geißelte den Versuch, die Armut zu besteuern, er bewies, wie die
Arbeiter heute unter dem Druck direkter und indirekter Steuern
schon zu seufzen haben und brandmarkte das Bestreben der
Rechts, den Unbemittelten und dem Mittelstande, den
man angeblich schützen will, neue Lasten aufzubürden.
Milly und Lar erklärte er, daß seine Freunde dieser Regierung, die
ihre Todfeinde seien, keinen Pfennig Steuern bewilligen würden. Es
sei ihnen nicht zugunsten, daß sie ihren Feinden die Munition
liefern. Bevor nicht das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahl-
recht in Preußen eingeführt sei, würden die Sozialdemokraten für
keinerlei Zugeständnisse zu haben sein. Die von eindringender
Sachkenntnis zeugenden, in scharfer Pointierung vorgetragenen
Ausführungen bereiteten den bloßgestellten bürgerlichen Parteien
sichtlich mancherlei Unbehagen.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar 1909.

Eine Kronrats-Sitzung.

Nach langen Jahren hat wieder mal am Donnerstag-
abend unter dem Vorsitz des Kaisers ein sog. Kronrat
stattgefunden. Bisher sind solche Beratungen nur aus ganz
besonders wichtigen Anlässen abgehalten worden. So fand
beispielsweise am 24. Januar 1890 ein Kronrat statt, als es
sich um die Aufhebung des Sozialistengesetzes handelte. Zwei
Monate später nahm Bismarck seine Entlassung. Am 17. März
1892 fand wieder ein Kronrat statt. Er hatte über das Schul-
geseh und den dagegen erhobenen Proteststurm zu befinden.
Das Schulgeseh fiel, und nach ihm sein Urheber, der Kultus-
minister Graf Jellih. Ein Mitte März 1896 abgehaltener
Kronrat hatte über die Herabsetzung des Zinsfußes der
preussischen Rente zu befinden. Die Ablehnung der Kanal-
vorlage im August 1899 zeitigte ebenfalls einen Kronrat, auf
dem die Wahrung der „Kanalarbeiten“ beschlossen wurde.

Worüber diesmal beraten wurde, gibt die „Nordd. Allg.
Ztg.“ nicht bekannt; sie meldet nur, daß die Beratungen um
5 1/2 Uhr ihren Anfang nahmen und bis 8 Uhr dauerten. Nach
einer Meldung der „Verl. Volksztg.“ befahte sich der Kronrat
mit Fragen der Reorganisation der inneren Verwaltung
Preußens, speziell mit der Frage der Teilung des Kultus-
ministeriums und der Ernennung eines neuen Ministers für
Herrn Holle. Ferner sei die Schaffung einer neuen west-
lichen Industrieprovinz aus Teilen Westfalens und Rhein-
lands beraten worden. Endlich bestanden aus Anlaß der
Reichsfinanzreform tiefe Gegensätze zwischen Herrn Sydow
und dem preussischen Ministerium, deren Beseitigung drin-
gend nötig sei.

Pöblichkeits-Geschäftstätigkeit.

Der frühere Landwirtschaftsminister v. Pöblichkeits will, wie die
„B. Z. am Mittag“ zu berichten weiß, ein elektrotechnisches Bureau
gründen. Die Unternehmungen der Elektrizitätsindustrie verlaufen
seit langem, die Landwirtschaft für die Verwendung der Elektrizität
zu Beleuchtungs- und Wirtschaftszwecken zu interessieren. Es ist
ihnen jetzt gelungen, den geschäftsgewandten Landwirtschaftsminister
a. D. v. Pöblichkeits als Agenten zu gewinnen. Demnach wird
unter Leitung des Herrn v. Pöblichkeits, dem mehrere Ingenieure
der Hauptkonzerne der Elektrizitätsindustrie als Ratgeber für Spezial-
fragen attached sind, ein elektrotechnische Anstalt für
Landwirte errichtet werden, die gleichzeitig Aufträge ent-
gegennimmt. Die eintausenden Aufträge sollen dann gleichmäßig
auf die mitwirkenden Elektrizitätsgesellschaften verteilt werden.

Klerikaler Wahlterrorismus.

Die von der ultramontanen Katholikenmehrheit in Mülheim
am Rhein unter struppelosester Fälschung der Städteordnung voll-
zogene Ungültigkeitserklärung der Wahl von drei sozialdemokratischen
Stadtvorordneten ist noch in frischer Erinnerung. Jetzt haben sich
die Mülheimer Zentrumskräfte einen neuen Gewaltschritt erlaubt.
In Mülheim besteht eine alte Kranken- und Sterbegeldkasse, genannt
St. Josephs-Bruderschaft, die einen sehr großen Mitgliederkreis
hat. Dieser Tage erhielt nun eine große Anzahl von Mitgliedern
folgende gedruckte (1) Zustellung:

„Wie dem Vorstand bekannt geworden ist, haben Sie bei
den letzten Stadtvorordnetenwahlen für die
Sozialdemokratie gestimmt. Da solche Rundgebungen
mit den Interessen unserer Bruderschaft nicht zu vereinbaren sind,
so wird Ihnen anheimgegeben, sich als Mitglied abzumelden.
Sollten Sie aber obiger Partei nicht angehören, so möchten wir
Sie bitten, und innerhalb acht Tagen anzugeben, welche Ver-
anlassungen vorliegen, solche Gegenstände herbeizuführen, damit wir
solches prüfen können. Anschließend teilen wir Ihnen mit, daß
bis zur Erlebigung und Klärung hierüber Ihre Mitgliedschaft
ruht, und wir Sie von Ihren Rechten und Pflichten
entbinden.“

Der Vorstand der Kasse besteht aus wackerten
Zentrumskräften. Auf das Statut können Sie sich bei ihrem
Attentat auf die Wahlfreiheit nicht stützen; darum redet
man nur von den „Interessen“ der Bruderschaft, gegen die die Mit-
glieder verstößen haben sollen.

Zur Auslegung des Vereinsgesehes.

Der sozialdemokratische Verein des Wahlkreises Calbe-Aschersleben
hielt am 23. August 1908 in Worbis seine Kreisgeneralversammlung
ab, die sich nur aus Delegierten zusammensetzte. Die Polizei sah
trotzdem die Versammlung als eine öffentliche an und ordnete polizei-
liche Ueberwachung an. Eine Beschwerde über das Vorgehen der
Polizei wies der Landrat in Calbe ab.

Jetzt hat der Regierungspräsident in Magdeburg auf weitere
Beschwerden den Weisheit des Landrats und die Verfügung der Polizei
aufgehoben, da die Angabe, daß die Generalversammlung
nur Delegierte zugelassen worden seien, „nicht zu widerlegen“ sei.

Zur Stichwahl in Bingen-Alzey.

Die Nationalliberalen haben zwar eine Parole für die Stich-
wahl in Bingen-Alzey noch nicht ausgegeben, aber der „Santoversche
Courier“ weist darauf hin, daß es selbstverständlich sei, daß die
Nationalliberalen für den Freisinnigen eintreten müssen und das um
so mehr, als die Nationalliberalen im Wahlkreise Stabe auf die
Hilfe der Freisinnigen angewiesen sind. Demnach dürfte die Wahl
des Pfarrers Kroll gesichert sein.

Katholische Jugendorganisation.

Im bischöflichen Konvikts in Trier fand anfangs dieser Woche
eine Versammlung von Jugendvereinspräsidenten statt. Der Zweck
der Versammlung war die Beratung über die Vorbereitung
für die Jugendvereine. Der Sekretär, ein Kaplan, sagte
unter anderem: „Unsere Jugendvereine haben eine doppelte Auf-
gabe zu erfüllen. Sie sollen zunächst ihre Mitglieder für die christ-
liche Weltanschauung erziehen oder sie wieder zu ihr zurückführen,
sobald die Mitglieder herabfallen auf dem Boden der Religion
zur Charakterfestigkeit. Der Hauptfeind für den Glauben
der jungen Leute ist die glaubensfeindliche Sozialdemo-
kratie. Sie ist überall bemüht, durch Verbreitung ihrer gott-
losen Ideen der Jugend den Glauben aus dem Herzen zu reißen
und so gesungene Werkzeuge zu erhalten im Kampfe gegen
Thron und Altar. Diese Gefahren beginnen für den Jüng-
ling, sobald er vom Elternhause Abschied genommen hat, um
draußen einen Beruf zu ergreifen. Nur zu oft ist der Bekehrung
schonlos den gewissenlosen Verführern preisgegeben. Darum
heißt es, frühzeitig die Jugend sammeln, damit sie vor diesen Re-
volutionären bewahrt bleibt.“

Unter den Mitteln zur Gewinnung der Jugend nannte der
Redner die soziale Schulung der Jugendvereinsmitglieder.
„Die Jugend“, so sagte er, „hat einen Anspruch auf eine gründliche
Belehrungs- und Aufklärungsarbeit, besonders in der Zeit, in
welcher sie in eine für sie ganz neue Welt tritt und zu den Feinden
von außen sich noch ein schlimmer in der eigenen Brust gefeilt. Da
bedarf die Jugend ganz besonders der Stütze und weisen Führung,
der Belehrung und Aufklärung. Uebernehmen wir diese Aufgabe
nicht, so sind schon andere da, die sich der Jünglinge bemächtigen
und sie ins Verderben ziehen. Die Sozialdemokraten
bringen mit ihrem Gifthauch in die entlegenen
Dörfer und Weiler und wissen an die Jugend heran-
zukommen in Wort und Schrift. Darum soll auch auf
dem Lande die Jugend in Vereinen organisiert werden, und zwar
in konfessionellen Jugendvereinen.“

Der Redner empfahl als Werbemittel außer der Agitation
von Mund zu Mund größere Versammlungen und Feiern, sowie
gemeinsame Kompositionen. In der Diskussion begrüßte Bischof-
präses Konviktsdirektor Anheier die Abhaltung gemeinschaft-
licher Feiern, wozu er auch eine Wallfahrt nach Clausen
rechnete. Besonders wies er auf den unschätzbaren Nutzen hin,
den die hl. Exerzizien in den jungen Herzen zeitigen. Sie
brächten die wahren, begeisterten Apostel für die Jugendvereine
hervor.

Derartige Mittelchen mögen im weltfernen Triererlande noch
verlangt, im allgemeinen ist die Arbeiterjugend der Gegenwart
doch schon begehrt genug, um sich nicht an Wallfahrten und
Gebetübungen genügen zu lassen.

Garden-Weisheit mit 25 Proz. Rabatt.

Wie in anderen Orten will Herr Maximilian Garden,
auch in Magdeburg dieser Tage einen Vortrag über die
politische Lage halten. Zahlreiche Bewohner dieser Stadt erhielten
eine „ergebene Einladung“, gegen deren Vorgeigung
ihnen auf den Eintrittspreis, der 4, 3 und 2 M. beträgt, eine
Preisermäßigung von 25 Prozent in Aussicht ge-
stellt wird.

Wertzuwachssteuer.

Der Bürgerausschuß in Lübeck nahm in seiner Sitzung vom
17. Februar einstimmig eine Wertzuwachssteuer an. Das Geseh hat
rückwirkende Kraft. Es gilt vom 1. Januar 1907 ab und enthält
Steuerfätze von 1 bis 25 Proz. Der Höchstfatz wird erhoben,
wenn ein Grundstück innerhalb eines Zeitraumes bis zu zehn
Jahren mit mehr als 100 Proz. Gewinn wiederverkauft wird.

Eine agrarische Gründung.

Nach dem Muster der agrarischen Spirituszentrale soll am
nächsten Dienstag in Berlin ein Verein zur Hebung des Jucker-
verbrauchs gegründet werden. Die „Deutsche Agrar-Korresp.“ hofft,
daß an der Gründungsversammlung auch viele Landwirtschaft-
nehmern werden, die gerade zu dieser Zeit zur Jucker-Parade
in Berlin anwesend sind.

Lebensgeschichte eines schwachsinigen Soldaten.

Vor dem Kriegsgericht der 16. Division (Trier) hatte sich jüngst
der 22 Jahre alte Arbeitssoldat Karl Marx wegen wiederholter
Fahnenflucht zu verantworten. Marx, der schon in frühesten Jahren
in Jägerregiment kam, wurde im Jahre 1901 zum Infanterie-
regiment Nr. 108 eingezogen. Er war ein schlechter Soldat und
wurde häufig wegen Vergehen gegen die militärische Disziplin be-
straft. Im Jahre 1906 wurde er wegen Fahnenflucht zu einem Jahr Ge-
fängnis verurteilt. Durch Beschluß des Generalinspektors des 8. Armeekorps
als Arbeitssoldat zweiter Klasse nach Ehrenreitern versetzt,
wurde er im Mai 1908 wieder fahnenflüchtig. Er trieb sich einige
Tage in Westfalen umher, wurde aber schließlich als Deserteur er-
kannt und festgenommen. Vor Gericht gab er an, daß er fort-
während an Kopfschmerzen leide, die auf einen in der
Jugend erlittenen Unfall zurückzuführen seien; außerdem leide er an
Epilepsie und Stinarmut. Oberstaatsarzt Dr. Schnee hat
den Angeklagten längere Zeit im Lazarett beobachtet; er hält ihn
für hochgradig schwachsinig und hysterisch, so daß
ihm der § 51 des Strafgesetzbuches in vollem Umfange zugebilligt
werden müsse. Der Vertreter der Anklage hält den Angeklagten
für einen Simulanten; er beantragt eine Gefängnis-
strafe von einem Jahre oder Ueberweisung an eine Irren-
anstalt zur Beobachtung des Geisteszustandes. Das Gericht ließ
sich dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen an und erkannte
auf Freisprechung.

Damit hätte endlich — nach acht Jahren!! — die militärische
Lebensgeschichte eines Mannes ein Ende, der, wenn die Unter-
suchung der Bestimmungspflichtigen wissenschaftlichen Anforderungen
genügte, überhaupt nicht hätte eingestellt werden dürfen.

Fahnenflucht und Wandertrieb.

Mit einem eigenartigen Fall von Fahnenflucht in Rückfall hatte
sich gestern das Kriegsgericht des Gardekorps zu beschäftigen.
Auf der Anklagebank saß der Grenadier Hofenstod vom
5. Garderegiment. Er ist von einem fast krankhaften Wandertrieb
beseelt, der besonders im Frühjahr stark bei ihm zum Ausbruch
kommt. Schon als Schulknabe hatte er darunter zu leiden.
Er verhielt sich oft plöylich und stellte sich nach mehreren
Tagen ruhelosen Umherwanderns wieder ein. Bei den Eltern und
Lehrern entschuldigte er sich dann jedesmal. Einmal stahl er sogar
einem Lehrer ein Fahrrad, um damit in die Welt hinauszufliehen.
Beim Militär fühlte sich K. auch anfangs recht wohl. Da wurde
er eines Tages fahnenflüchtig. Ein stichhaltiger Grund für sein

Entfernen lag nicht vor. Er wurde bald wieder ergriffen und vom Kriegsgericht verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde er der Disziplinarabteilung in Spandau zugeteilt. Doch schon nach zwei Tagen — es war im April vorigen Jahres — kam der Wandtrieb wieder bei ihm zum Ausbruch. Ueber den Jammer hinweg wurde er abermals fahnenflüchtig. Nach mehrmaligen Zurechtweirungen und Herumwandern wurde er in der Provinz von einem Gendarmen angehalten und wieder nach Spandau gebracht. Das Kriegsgericht erkannte diesmal auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr, einem Monat und drei Tagen, sowie auf Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Oberkriegsgericht, bei dem der Angeklagte Berufung einlegte, ließ es bei dem Urteil. Das Reichsmilitärgericht wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Oberkriegsgericht zurück. Er war inzwischen von Medizinalrat Dr. Leppmann mehrere Wochen auf seinen Geisteszustand hin untersucht worden. In der gestrigen Verhandlung behauptete Dr. Leppmann als Sachverständiger, daß der Wandtrieb bei dem Angeklagten zweifellos stark ausgeprägt sei, daß wissenschaftlich aber nicht nachgewiesen werden könne, daß sich A. in einem solchen Zustande bei Vergebung der Tat befunden habe, daß er auf Grund des § 51 freigesprochen werden müsse.

Das Oberkriegsgericht milderte das Strafmaß auf ein Jahr und einen Tag Gefängnis herab und rechnete zehn Monate und sieben Tage von der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt an.

Nach einige MilitärgerichtsUrteile.

Das Straßburger Kriegsgericht verurteilte einen Sergeanten zu drei Monaten Gefängnis, weil er einen ihm gegebenen Befehl nicht sofort ausführte. Vom Kriegsgericht Saarbürg wurde ein Mann zu vier Wochen strengem Arrest verurteilt, weil er einen Unteroffizier, dem Degradation und eine längere Freiheitsstrafe bevorstand, nicht mehr als Vorgesetzten behandelt hatte. Das Oberkriegsgericht hob in diesem Falle das Urteil auf.

Die Balkankrise. Ein Ultimatum?

Seit einigen Tagen wird in österreichischen Blättern, die dem Auswärtigen Amt nahe stehen, ein drohender Ton gegen Serbien angeschlagen, und Belgrader und Petersburger Zeitungen erzählen, daß Österreich Serbien ein Ultimatum stellen wolle, wenn es nicht binnen einer Woche seine Rüstungen einstelle. Daß die österreichische Regierung einen Druck auf Serbien ausüben suchen wird, ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß dies aber in der Form des Ultimatum, dem letzten diplomatischen Schritt, auf den dann der Krieg zu folgen pflegt, geschehen sollte, ist weniger wahrscheinlich. Die beste Friedensgarantie sind übrigens die gänzlich verworrenen serbischen Verhältnisse. Der König Peter soll neuerlich erklärt haben, er sei zur Abdankung entschlossen, und die Serbische Regierung hat heute dem Volkswirtschaftsminister ihr Mißtrauen votiert, ein Beschluß, der den Rücktritt des Gesamtministeriums nach sich ziehen dürfte. Wahrscheinlich dürfte der serbische Krackel mit einem Ministerium des ehrgeizigen Strebers Basi und einigen handelspolitischen Jugendschwärmen Österreichs schließlich beendet werden.

Serbische Vandalen.

Prigen, 19. Februar. Unter den hiesigen Serben werden Sammlungen zur Ausrüstung serbischer Vandalen veranstaltet. Zum Vorkost gegen Oesterreich-Ungarn wird von den Serben immer noch sehr gehetzt. Dennoch finden die österreichisch-ungarischen Waren hier ungehinderten Absatz.

Oesterreich.

Die Prager Polizeiaktion.

Prag, 18. Februar. Heute vormittag wurde in der Wohnung der tschechisch-nationalen Organisation eine gerichtliche Haus-suchung vorgenommen. Zahlreiche tschechische Blätter wurden von der Staatsanwaltschaft konfisziert.

Militärisches.

Prag, 19. Februar. In Schlan sind 30 Unteroffiziere hiesiger hiesiger tschechischer Regimenter bei einer antimilitaristischen Geheimversammlung überfallen und verhaftet worden. Im Zusammenhang mit den anderen Vorfällen der letzten Zeit erzeugt diese Verhaftung großes Aufsehen.

Belgien.

Die Brüsseler Bombenaffäre.

Brüssel, 18. Februar. (Fig. Ver.) Die Verhaftung des Bombenfabrikanten Selliger, bei der zwei Polizeibeamte ihr Leben verloren, erfolgte in Gent erst acht Tage nachdem in Brüssel die Bombe aufgefunden worden war, nicht etwa durch die Fügigkeit der Polizei sondern durch den Wohnungsvermieter, dem die Behausung seines Mieters mit dem gesuchten „Anarchisten“ ausfiel und der die Polizei erst darauf aufmerksam machte. Selliger hatte sich dabei nicht im geringsten zu verbergen gesucht. In Gent meldete er sich als russischer Student und verkehrte ruhig mit seinen Bekannten, schien also vor seiner Entdeckung keine besondere Angst zu haben. Dazu kommt, daß Selliger der Brüsseler Polizei bekannt war, die auch seine Wohnung in Brüssel bewachte, aber erst dann Schritte gegen ihn unternahm, als er bereits nach Gent abgereist war. Bei der Hausdurchsuchung wurden denn auch viele „kompromittierende“ Dokumente gefunden und es war gleichfalls sehr gefällig von dem „Anarchisten“, daß er diese so ruhig der Polizei überließ, obwohl er sie schnell hätte vernichten können.

Die Art, mit der die Untersuchung geführt wurde, wird auch von bürgerlichen Blättern sehr merkwürdig gefunden. So verteidigt zwar der „Welt Bleu“ die Polizei, beschuldigt aber die, die die Untersuchung führten. Diese haben den Eindruck erweckt, daß man um jeden Preis habe vermeiden wollen, daß in Brüssel eine Anarchisten- oder Terroristenaffäre oder eine russische Agent-Propagandagefährliche herauskomme, aus Furcht vor Komplikationen.

In der ganzen Untersuchung habe man einen seltsamen Einfluß bemerkt, der der Untersuchung entgegen arbeite und sie lähme. So sind nun auch bürgerliche Blätter gezwungen, die anfangs nur vom „Peuple“ ausgehenden Angriffe zu bestätigen. Welcher Art die „Gefährlichkeiten“ sind, die der russischen Polizei da erwiesen worden sind, wird sich vielleicht im weiteren Verlaufe noch herausstellen. Natürlich benützt die Polizei die Affäre, um die ganz unschuldigen russischen Studenten zu belästigen.

Selliger hat übrigens, nachdem er zwei Tage geschwiegen, in den Hauptpunkten ein volles Geständnis abgelegt. Er bekannte, die Bombe fabriziert und bei dem Kaufmann W. unter der bekannten Androhung eingedrungen zu sein. Seine Mitschuldigen weigert er sich zu nennen.

England.

Die Tarifreform.

London, 19. Februar. (Unterhaus.) Der Zusatzantrag der Opposition zu der die Ironie beantwortenden Adresse des Unterhauses, welcher die Tarifreform besprochen wird, wurde nach einer zweitägigen Debatte mit 276 gegen 107 Stimmen abgelehnt. Im Verlaufe der Diskussion erklärte Balfour, daß die ausländischen Märkte für die englischen Erzeugnisse und Sicherheit für die heimische Industrie absolute Notwendigkeiten seien und daß die Tarifreform eines der Hauptmittel sei, durch die diese beiden Ziele

erreicht werden könnten. Handelsminister Churchill ließ sich über die Unbestimmtheit der von Balfour vorgebrachten Gründe aus und wies darauf hin, daß England nicht nur nicht schlechtere, sondern manchmal bessere Bedingungen für seine Ausfuhr erhalte als die Schutzzollländer. Der Minister hob auch hervor, daß es eine gefährliche Politik sein würde, die Idee der Reichseinheit mit der Besteuerung von Brot und Fleisch zusammenzubringen.

Eine Einladung.

London, 19. Februar. In einer Sitzung der Gemeinderatskörper-schaften in Guildhall wurde gestern beschlossen, den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und andere Vertreter der Stadtbehörden von Berlin und Charlottenburg während der Londoner Saison nach London einzuladen.

Italien.

Gorki.

Rom, 19. Februar. Die Meldung, die Regierung habe Gorki ausgewiesen, weil von der russischen Regierung gegen denselben ein Haftbefehl erlassen worden sei, ist falsch. Weder Gorki wurde aus Italien ausgewiesen, noch hat die russische Regierung einen Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Rußland.

Die Lage im Kaukasus.

Petersburg, 19. Februar. In der gestrigen Abend-sitzung führte die Duma die Debatte über die Interpellation der äußersten Rechten und Nationalisten zu Ende, die aus Anlaß der fortgesetzten terroristischen Ausschreitungen im Kaukasus an den Ministerpräsidenten gerichtet worden war. Im Laufe aller fünf Sitzungen, die sich mit diesem Gegenstande beschäftigten, war die Debatte äußerst für mich. Die Interpellanten beschuldigten den Statthalter im Kaukasus, Grafen Woronzow-Daschkow, der geschwätzigen Unfähigkeit, die die separatistische Bewegung der kaukasischen Völkerstämme und die Unterdrückung der dort ansässigen russischen Bevölkerung begünstige. Abgeordnete der Linken, unter ihnen Abgeordnete aus dem Kaukasus, fanden im Gegenteil, daß Strafexpeditionen und administrative Willkür den dauernden Aufenthalt im Kaukasus unmöglich machen. Armenische Abgeordnete stellten das Vorhandensein einer auf Abtrennung gerichteten Bewegung im Kaukasus mit Entschiedenheit in Abrede. Die Vertreter des Statthalters, Baron Kolbe und Senator Mitschewitsch, wiesen in längeren Reden darauf hin, daß für den Kaukasus keine anderen Maßregeln beständen als für die übrigen Teile Rußlands, in denen der Terror gegenwärtig noch bestehe. Der Statthalter sei bemüht, die Reformen durchzuführen, die teilweise bereits bei der Duma eingebracht seien. Erst nach Durchführung dieser Reformen könne die Ruhe hergestellt werden. Schließlich wurde eine von den Oppositionen eingebrachte Resolution angenommen, in der folgende Forderungen gestellt werden: Gründliche Untersuchung der Mißbräuche seitens der lokalen Verwaltungen, Reorganisation dieser Verwaltungen, hauptsächlich der Polizei, Durchführung positiver Reformen der Agrarverhältnisse, des Gerichtswesens, der Volksbildung und der Kolonisation unter der Bedingung, daß die Interessen der einzelnen Völkerstämme in gerechter Weise gewahrt und die Eigenheiten der verschiedenen Gegenden des Kaukasus berücksichtigt werden. Endlich verlangt die Resolution die Unterordnung der Verwaltung des Kaukasus unter den Ministerrat. Die Sitzung wurde nachts 2 Uhr geschlossen.

Der neue Oberprokurator.

Petersburg, 19. Februar. Das Mitglied des Reichsrates Senator Luskow ist zum Oberprokurator des Heiligen Synod ernannt worden. Der neue Mann ist merkwürdigerweise ein Mediziner, früherer Professor der pathologischen Anatomie. Seiner Gesinnung nach ist er Urcatholik, der die Traditionen Pobjedonossews getreu befolgen wird.

Türkei.

Das abgelehnte Budget.

Paris, 19. Februar. Nach einer Konstantinopeler Meldung des „Matin“ hat der Ministerrat gestern das noch von Kamil Pascha herübergebrachte Budget abgelehnt und den Finanzminister beauftragt, einen neuen Entwurf auszuarbeiten. Außerdem soll ein besonderer Ausschuss zur Regelung der türkischen Finanzen eingesetzt werden.

Persien.

Der Bruder des Schah gefangen.

London, 19. Februar. Nach einer Blättermeldung aus Teheran wurde Prinz Schah es Saltaneh am 16. d. M. in Reicht, als er dort, von Europa kommend, landete, von Revolutionären gefangen genommen; für seine Freilassung wird ein Lösegeld von 1000 Pfund Sterling verlangt.

Soziales.

Ueberstundenzahlung.

Der Tischler Theurich klagte gestern vor der Kammer IV des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Werth gegen den Kaufmann Paul Reinde. Der Kläger war beim Beklagten zu einem Wochenlohn von 28 M. unter Kündigungsausschluss beschäftigt. In der Zeit vom 18. November bis 24. Dezember 1908 hatte er Ueberstunden geleistet. Er fordert dafür Verzahlung. Der Beklagte macht geltend, daß er bei seinem Eintritt einen Hebers unterschrieben habe, der unter anderem besagt, daß für Ueberstunden eine Entschädigung nicht gezahlt wird. Auch habe er am 18. Dezember eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß er keine Ansprüche mehr an ihn habe. Die Erklärung liegt dem Gericht vor.

Das Gericht verurteilte den Beklagten, dem Kläger für 22 Ueberstunden je 55 Pf., abzüglich der bereits für einige Ueberstunden gezahlten 4 M. zu zahlen. Die in dem vom Kläger unterschriebenen Hebers enthaltene Bestimmung bezüglich der Ueberstunden widerspreche, hieß es im Urteil, der allgemeinen Sitte, Ueberstunden zu zahlen. Sie ist auch dadurch aufgehoben, daß der Beklagte bereits 4 M. für geleistete Ueberstunden an den Kläger gezahlt und dadurch selbst die Forderung des Klägers auf Verzahlung der Ueberstunden anerkannt hatte.

Kassation der Arbeitgeberbeiträge in Teltow.

Die Wahlen der Arbeitgeberbeiträge des Gewerbegerichts Teltow sind vom Bezirksausschuß Potsdam für ungültig erklärt.

Die Stadt Teltow hat auf Verreiben unserer Genossen sich dem Gewerbegericht Lichterfelde angeschlossen. Nach dem Statut sollen von Teltow je 4, von Lichterfelde je 20 Arbeitgeber und Arbeitnehmer für das beiden Orten gemeinsame Gewerbegericht gewählt werden. Bei der Wahl am 15. Dezember, bei der die Hälfte der Weisiger zu wählen war, wurden die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Arbeitnehmerkandidaten gewählt. Gegen die Gültigkeit dieser Wahlen lagen keine Bedenken vor. Anders stand es mit der Wahl der Arbeitgebervertreter. Die von bürgerlicher Seite aufgestellte Liste enthielt elf Lichterfelder und nur einen Namen aus Teltow. Diese zwölf erhielten die Mehrheit. Außerdem entfielen auf zwei Teltower Genossen fünf resp. vier Stimmen. Als gewählt wurde jedoch die bürgerliche Liste proklamiert. Die von Genossen Trenke gegen dieses Wahlergebnis eingelegte Beschwerde ist vom Bezirksausschuß nunmehr für gerecht-

fertigt erklärt. Hauptsächlich gelingt es unseren Genossen, bei der demnächst stattfindenden Neuwahl den Sieg zu erringen.

Vergehen gegen die Arbeiterschutzgesetze.

Nach dem sechsten erschienenen Band 185 der Kriminalstatistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1906 wurden wegen Vergehens gegen die Arbeiterschutzbestimmungen im Jahre 1906 insgesamt 21 291 Personen verurteilt. Davon wurden 62 mit Verweis, 21 181 mit Geldstrafe, 20 mit Haft und 28 mit Gefängnis bestraft. Am häufigsten wurde gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe verstoßen; auf diesem Grunde wurden 9698 Personen verurteilt. Die demnächst zahlreichsten Verurteilungen beziehen sich auf Vergehen gegen den Kinderschutz nach dem Kinderschutzgesetz und erreichten die Höhe von 3296. Wegen Vergehens gegen Jugend- und Kinderschutz nach der Gewerbeordnung haben 1150 Verurteilungen stattgefunden.

Aus Industrie und Handel.

Die Aktiengesellschaften im Jahre 1908.

Im Verlauf des Jahres 1908 haben 4781 Aktiengesellschaften mit 18 1/2 Milliarden Mark Aktienkapital im „Centralhandelsregister“ ihre Bilanz veröffentlicht. 628 Gesellschaften mit 690,83 Millionen Mark Kapital schlossen ihr letztes Geschäftsjahr mit einem Verlust ab und zwar in Höhe von 113,92 Millionen Mark. Die anderen 4153 Gesellschaften mit einem Kapital von 12,74 Milliarden Mark weisen einen Reingewinn im Betrage von 1,07 Milliarden Mark aus. Auf je 100 Mark Kapital kommen demnach 13,11 Mark Reingewinn. Nach Abzug der Verluste ergibt sich für sämtliche Aktiengesellschaften ein Reingewinn von 1,56 Milliarden Mark oder von 11,58 Prozent des Aktienkapitals. Für das Jahr 1908/07 hatte der Reingewinn 12,01 Prozent betragen.

In der Gruppe Warenherstellung beträgt der Reingewinn 12,2 Prozent des Aktienkapitals, in der Gruppe Handel 12,8 und in der Gruppe Verkehr 8,4 Prozent. 3535 Gesellschaften hatten zusammen ein dividendenberechtigtes Kapital in Höhe von 12,30 Milliarden Mark nominal. Auf dieses Kapital wurden für 1907/08 8,1 Prozent Dividende verteilt gegen 8,5 Prozent im Jahre 1906/07. In den verschiedenen Gruppen gestaltete sich die Dividende, wie folgt:

| | Aktienkapital in Millionen Mark | Dividende in Prozent 1906/07 | 1907/08 |
|------------------|------------------------------------|---------------------------------|---------|
| Warenherstellung | 6 814,74 | 9,5 | 9,0 |
| Handel | 3 845,31 | 8,0 | 7,9 |
| Verkehr | 1 488,94 | 5,5 | 5,2 |

Demnach ist die Dividende nur in der Warenherstellung und bei den Verkehrsgesellschaften etwas zurückgegangen. Trotz der Krise.

Die Krise.

Immer deutlicher macht sich die ungünstige Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes auch für die deutsche Maschinenindustrie bemerkbar. Schon im Laufe des Jahres 1908 war der Vorrprung der deutschen Maschinenindustrie gegenüber 1907 allmählich zusammengesunken. Seit November hat sich aber eine direkte Abnahme herausgebildet. Im Januar war die Maschinenausfuhr beträchtlich geringer als im Januar 1907; damals stellte sie sich auf 245 890 Doppelzentner. Es ergibt sich für den diesjährigen Januar eine Abnahme von 17 844 Doppelzentner oder um 7,3 Proz. Zugleich mit der Ausfuhr ist allerdings auch die Einfuhr im laufenden Jahre zurückgegangen. Es wurden im Januar nur 29 078 Doppelzentner Maschinen eingeführt gegen 44 190 Doppelzentner im Januar 1908.

Dividenden.

Die Aktionäre der Adler Fahrradwerke (früher Kleyer), Frankfurt, sollen für das letzte Geschäftsjahr wiederum 25 Proz. Dividende erhalten. Für ein Krisenjahr eine ganz nette Leistung. — Die Sächsische Glasfabrik zu Rodewitz verteilt 20 Proz. Dividende wie im Vorjahr. — Die Halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei in Halle a. S. will eine Dividende von 26 Proz. (wie im Vorjahr) in Vorschlag bringen. — Die Aktionäre der Grottheimer Glasbläserwerke vorm. Ferd. Hege erhalten eine Dividende von 15 Proz. wie im Vorjahr.

Die Betriebseinnahmen der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen haben im Januar d. Js. gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenverkehr 2,8 Mill. M. gleich 8,44 Proz. mehr, im Güterverkehr 5,0 Mill. M. gleich 5,04 Proz. weniger, insgesamt einschließlich der sonstigen Einnahmen 2,6 Mill. M. gleich 1,80 Proz. weniger betragen.

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten.

New York, Ende Januar 1909. (Fig. Ver.)

Entgegen den bestimmten Prophezeiungen, daß die wirtschaftliche Lage sich im Falle einer Erwählung Tafts sofort bedeutend bessern werde, ist noch kein Nachlassen der Krise zu verspüren. Und die Massenaufträge, die den Fabrikanten bei einem republikanischen Wahlsiege in sichere Aussicht gestellt waren, sind ausgeblieben. Ebenso haben sich die in die Welt hinausposaunten Meldungen über das massenhafte Anblähen der Hochöfen in dem pennsylvanischen Revier und über den Mangel an Arbeitskräften als dreister Schwindel erwiesen. Eine geringfügige Besserung des Geschäftes in der Eisenindustrie ist ja allerdings eingetreten, aber die Produktion hat laut dem Fachblatt „Iron Age“ zu Anfang des Jahres noch nicht einmal 60 Prozent des Umfangs vor dem Einsetzen der Krise erreicht. Und der Besserung der Konjunktur in einzelnen Industriezweigen, wie beispielsweise in der Textil- und Schuhwarenindustrie, steht auf der anderen Seite eine Verschlechterung in anderen Branchen gegenüber. Wie weit die Verhältnisse zurzeit von normalen entfernt sind, erhält am besten aus dem Umstand, daß die Zahl der unbemnutzten Frachtwaggons in den Vereinigten Staaten einer Zusammenstellung der American Railway Association zufolge Mitte Januar 1909 338 019 betrug gegen 175 000 zu Anfang Dezember 1908.

Gegenüber diesen Ziffern, die durch Zahlen über verringerte Kohlenproduktion, ein Nachlassen der Ausfuhr und so weiter unterstützt werden könnten, muß das schwindelhafte Gerücht von der Ueberwindung der schlimmsten Periode der Krise verstummen. In der Tat ist der gegenwärtige Umfang der Arbeitslosigkeit geradezu erschreckend. Mit jeder Woche tritt das fürchtbare Massenelend krasser hervor. In den Großstädten, wo die Landarbeiter noch Beendigung der kurzen Erntearbeit strömten, wandern die tatsächlich Hungernden zu Tausenden durch die Straßen. Männer und Frauen, die die Abfaller noch einem Dissen Eßbarem durchwühlen, sind ein häufiges Bild. Beispielsweise heißt es in Bezug auf die Verhältnisse in New York in dem kürzlich veröffentlichten Bericht der New Yorker Wohltätigkeits-Gesellschaft, daß die Zahl der unterstützungsbedürftigen Familien gegenüber dem Vorjahre um 73 Prozent gestiegen ist, und diesem hatte im Vorjahre die Krise bereits mit aller Schärfe eingesetzt. Der Bericht besagt weiter, daß seit dem Winter 1898/99 (der schlimmsten Periode der damaligen Wirtschaftskrise) die Zahl der um Unterstützung nachsuchenden Personen nie so groß gewesen ist als jetzt. Die Zahl der Obdachlosen hat sich gegenüber dem Vorjahre verdreifacht. Im Anschluß hieran weist der Bericht darauf hin, daß es sich bei diesen Personen keineswegs um Arbeitslose handelt, sondern um Leute, die nur allzujern zu arbeiten bereit sind. Ähnlich spricht sich der Leiter der Society Mission, ein Geistlicher namens Gallinond, aus. Bezeichnend ist, daß sich dieser Tage 300 Arbeitslose gegen einpaar Kost und Kleidung zu verdienen oder besser gesagt zu verschaffen bereit erklärten.

Und all diesem grenzenlosen Elend stehen Kommune, Staat und Bund verständnislos und teilnahmslos gegenüber. Ja, die Stadt Retz hat durch massenhafte Entlassungen von städtischen Angestellten (wohlgemerkt, nicht etwa von Saisonarbeitern) die Arbeitslosigkeit und das Elend wesentlich vermehrt. Die Einzelstaaten folgen diesem traurigen Beispiel, und die „Tätigkeit“ des Bundes besteht darin, daß er während des letzten Halbjahres 1909 etwa 2500 Personen (zumeist Einwanderern) durch das Bundes-Informationsbureau Beschäftigung zugewiesen hat, dazu vielfach noch unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen und als Ersatzkräfte für Ausländische.

Hand in Hand mit der Arbeitslosigkeit geht ein rapides Sinken der Löhne. Kaum eine Arbeiterkategorie, die ihre früheren Lohnsätze sich erhalten konnte. Selbst in den gewerkschaftlich gut organisierten Zweigen sind Lohnreduktionen bis zu 50 Proz. zu verzeichnen. Zwei Mängel der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung treten in dieser Zeit des wirtschaftlichen Niederganges besonders scharf hervor: das Fehlen einer geregelten und ausreichenden Arbeitslosen-Unterstützung und einer ausgedehnten statistischen Aufnahme über den Beschäftigungsgrad an den einzelnen Orten. Und da auch die amtliche Statistik in letzterer Beziehung äußerst mangelhaft, wenn nicht ganz wertlos ist, so ist man in bezug auf die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten nur auf Schätzungen angewiesen. Diesen zufolge umfaßt das Heer der Arbeitslosen zurzeit ungefähr zwei Millionen.

Ungeachtet dieser Tatsachen nimmt die Einwanderung, die im Vorjahre stark nachgelassen hatte, neuerdings wieder zu, dank der Schwindele Nachrichten über die Wiederkehr der Prosperität, die auch nach Europa gedrungen sind, und, wie Einwanderungskommissar Watson in seinem Berichte sagt, dank der Gewissenlosigkeit der Dampfgesellschaften und deren Agenten, die den mit den hiesigen Verhältnissen nicht Vertrauten goldene Berge versprechen und namentlich aus Österreich, Ungarn und den Balkanländern Tausende hierherlocken. Nicht eindringlich genug kann deshalb die Warnung wiederholt werden: **Wacht! Amerika fern!**

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzarbeiter!

Das Einigungsamt ist trotz mehrstündiger Verhandlungen zu einem Schiedsspruch nicht gekommen.

Die abgegebene und in dem Bericht über die Verhandlungen abgedruckte Erklärung gibt den Parteien auf, einen nochmaligen Versuch zu einer Vereinbarung zu machen. Sie legt Wert auf die Vereinbarung über die Verteilung der Arbeitszeitverkürzung, will also die einseitige Aufoktroierung einer bestimmten Arbeitszeiteinteilung ausgeschlossen wissen.

Wir empfehlen unseren Kollegen, der Erklärung Rechnung zu tragen und überall da, wo eine Vereinbarung nicht erzielt wurde, einen erneuten Versuch zu einer Verständigung mit ihren Meistern zu machen. Die Vertrauensleute werden ersucht, das Resultat ihrer Verhandlungen und ihrer bereits getroffenen Vereinbarungen durch Karte oder mündlich auf dem Bureau zu melden. Anfang nächster Woche sollen die strittigen Fälle in einer hierzu stattfindenden Schlichtungskommissionssitzung verhandelt werden.

Die Ortsverwaltung.

Der Streik um die Vesperpause der Holzarbeiter

wurde am Freitag vor dem Einigungsamt fortgesetzt. Die Arbeitgeber hielten daran fest, daß anstatt der Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich einer Stunde eine Vesperpause von täglich 10 Minuten eingeführt werden soll. Obermeister Rahardt behauptet, es sei im Schiedsspruch ausgedrückt, daß es ein Verstoß gegen den Vertrag sei, wenn die Arbeiter bisher schon verspart haben. Da sie dies aber allgemein tun, so sei die offizielle Einführung der Vesperpause die beste Lösung der Frage, in welcher Weise die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Uebrigens — sagen die Arbeitgeber — sei eine Vereinbarung in diesem Sinne schon in 2000 Betrieben erfolgt.

Diese Behauptung wird von den Arbeitervertretern ganz entschieden bestritten. Sie sagen, es gibt gar nicht 2000 Betriebe, die unter den Vertrag fallen. In einer großen Zahl der Betriebe sind die Arbeiter nicht mit der Einführung der Vesperpause einverstanden. In vielen Betrieben ist die Vesperpause allerdings von den Unternehmern einseitig verfügt, und das nennen sie eine Vereinbarung. Die einseitige Verfügung aber widerspricht dem Schiedsspruch. Die Regelung, welche die Unternehmer wollen, bedeutet in Wirklichkeit keine Verkürzung der Arbeitszeit, aber ein Stundenlohn soll wöchentlich abgezogen werden. Eine Vesperpause bestand bisher nicht, das Vespern ohne besondere Pause ist nicht vertragswidrig, das ist auch nicht in dem Schiedsspruch ausgedrückt.

Die Parteien diskutierten lange und schließlich recht lebhaft über diesen Punkt. Am Schluß der Debatte meinte Obermeister Rahardt, der Vertrag sei in der jetzigen Zeit der Krise sehr drückend für die Arbeitgeber. Es wäre besser, der Vertrag würde aufgehoben, dann könnten die Unternehmer eine Million sparen. Das Einigungsamt möge die Lösung des Vertrages aussprechen.

Die Arbeitervertreter erwiderten, so gehe das denn doch nicht. Der Vertrag sei von den beiderseitigen Zentralinstanzen abgeschlossen und könne ohne deren Zustimmung nicht aufgehoben werden.

Die Arbeitgeber hatten noch einen Antrag gestellt, der sich auf die Abstempelung auf dem paritätischen Arbeitsnachweis bezieht. Dieser Antrag wurde aber hinter den, welcher sich auf die Arbeitszeitverkürzung bezieht, zurückgestellt.

Nach längerer Beratung gab das Einigungsamt folgende Erklärung ab:

1. Der Schiedsspruch vom 12. Februar 1909 ist zustandekommen, ohne daß davon die Rede gewesen ist im Einigungsamt, daß die Arbeiter durch Abhalten einer etwaigen Vesperpause Vertragsbruch begangen.

2. Es wird den Parteien aufgegeben, über die Arbeitszeitverkürzung zunächst in der Schlichtungskommission zu beraten und zu beschließen.

3. Die Schlichtungskommission hat binnen 14 Tagen zusammenzutreten unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz.

4. Nach erfolgter Verhandlung der Schlichtungskommission wird eine Sitzung des Einigungsamtes anberaumt werden.

5. Ueber die Anträge der Arbeitgeber betreffend Arbeitsnachweischein wird ebenfalls in einer neuen Sitzung verhandelt werden.

Nachdem diese Erklärung verlesen war, fragten die Arbeiter, was denn in der Zwischenzeit bis zur endgültigen Erledigung der Sache geschehen solle. Auf keinen Fall dürften die Arbeitgeber an ihrer Verfügung festhalten.

Das wollten die Arbeitgeber nicht ausdrücklich zugestehen. Sie meinten, weil ihre Zeitung nur wöchentlich einmal erscheint,

könnten sie ihren Kollegen nicht sogleich eine entsprechende Anweisung erteilen. Als Gegenforderung verlangten sie, daß der Holzarbeiterverband die Arbeiter nicht anweise, die Vesperpause unter allen Umständen abzulehnen.

Die Arbeitervertreter erklärten sich damit einverstanden, daß bis zur endgültigen Erledigung ein Waffenstillstand eintrete und von keiner Seite ein Zwang auf die Art und Weise der Arbeitszeitverkürzung ausgeübt werde. Sie wollten auch gemeinsam mit den Arbeitgebern in diesem Sinne eine Erklärung zur Veröffentlichung im „Vorwärts“, eventuell auch in anderen Tageszeitungen abfassen. Damit sollte dem Einwand, die Arbeitgeber könnten durch ihr Organ erst nach acht Tagen benachrichtigt werden, entgegengetreten werden. — Die Arbeitgeber verweigerten aber ihre Mitwirkung an einer derartigen Erklärung mit der Begründung, sie wären vom Einigungsamt nicht paritätisch behandelt worden, denn ihr Antrag, den Arbeitsnachweis betreffend, sei zweimal zurückgestellt worden. — Vergebens bemühte sich Herr v. Schulz — die anderen Mitglieder des Einigungsamtes waren nicht mehr anwesend —, Herrn Rahardt und seinen Kollegen klar zu machen, daß der Vorwurf gegen das Einigungsamt unbegründet ist. Auch über den „Vorwärts“ war Herr Rahardt sehr ungeduldig, weil wir am Schluß unseres Berichtes über die vorige Sitzung des Einigungsamtes dem Schiedsspruch ein paar erläuternde Worte folgen ließen, die sich mit dem Sinne des Spruches und dem Inhalt der Verhandlungen vollkommen decken. Unsere Ansicht wird übrigens auch durch den ersten Absatz der gegenwärtigen Erklärung des Einigungsamtes unterstützt. Die Entrüstung des Herrn Rahardt gegen den „Vorwärts“ hat also keine Berechtigung. Sie erklärt sich aber dadurch, daß es den führenden Arbeitgebern natürlich unangenehm ist, ihre einseitigen Anordnungen klipp und klar als unstatthaft gekennzeichnet zu sehen.

Preussische Sparpolitik?

Recht eigentümliche Gründe gibt die Firma Schwarztopf Lokomotivfabrik dafür an, daß sie in verschiedenen Abteilungen Abzüge auf die Alfordpreise macht. Einer Kommission, die wegen der Abzüge vorstellig wurde, ist seitens der Direktion gesagt, daß sich die Abzüge notwendig machten, weil die preussische Regierung die Preise so sehr drückte.

Ist die Regierung wirklich so kurzschäftig, daß sie glaubt durch Drücken der Preise sparen zu können? Durch eine solche Politik wird das Gegenteil erreicht. Werden die Preise gedrückt, dann wird die Arbeit schlechter, die Leistungsfähigkeit der Maschinen geht zurück und die Sparpolitik der Regierung schlägt in das Gegenteil um.

Der Verband der Metallarbeiter wird sich mit einem Abgeordneten in Verbindung setzen, um feststellen zu können, was an dem Ganzen zutreffend ist.

Achtung, Fabrikarbeiter! In der Berliner Maschinenbau-Fabrik Adolph Schwarz u. Co., Müllerstr. 17a, ist es wegen allzu rigoroser Behandlung der Arbeiter durch den Meister in der Gummiabteilung (zirka 25 Mann) zur Arbeitsniederlegung gekommen. Wiederholtes Vorstelligwerden der Arbeiter führte zu keinem Resultat. Wir ersuchen alle Gummiarbeiter Zugang streng fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Achtung, Vertrauensleute des Bezirks Tegel!

Wegen der Generalversammlung am Sonntag, den 21. d. Mts., fällt die für den Bezirk Tegel an diesem Tage vorgesehene Konferenz der Vertrauensleute aus.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Eine Lohnbewegung des Handschuhmacherverbandes fand letzten Sonnabend in der erzgebirgischen Stadt Johanngeorgenstadt erfolgreichen Abschluß. Unter dem Druck der äußerst ungünstigen Konjunktur mußten sich dort im Juni v. J. die Handschuhmacher einen zirka zehnprozentigen Lohnabzug gefallen lassen. Da aber nun seit Anfang dieses Jahres die Geschäftslage für die Handschuhindustrie in ganz Deutschland besser geworden und sich eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften geltend macht, wurde, einer Anregung der Verbändeleitung entsprechend, die Wiedererführung der alten Lohnsätze gefordert. Nach längeren Verhandlungen sahen sich die Unternehmer gezwungen, diesen Ansuchen zu entsprechen. In Betracht kommen 400 Handschuhmacher, die teils sofort, teils ab 1. März ihre früheren Lohnsätze wieder erhalten. Selbst die Handschuhfabrik L. Cohn, G. m. b. H., eine Abzweigung der Lederfabrik End u. Straher-Berlin, machte dieses Zugeständnis, obwohl dort noch ein bis Juni laufender Tarifvertrag bestand. Bei letzterer Firma erhalten auch die im Lederarbeiterverband organisierten Arbeiter und Zuriichter ab 1. März die alten Löhne wieder. Soweit dieser Arbeiterkategorie auch in den anderen Fabriken die Löhne reduziert und noch nicht wieder voll nachbewilligt wurden, wird ihnen nach diesem Ausgang der Handschuhmacherverbandbewegung schon weiter nichts übrig bleiben, als dem Beispiel der Firma L. Cohn, G. m. b. H., nachzufolgen.

Die Granitsteinmehrer der „Deutschen Steinindustrie“

in Reichensbach im Odenwald stehen der unerhörten Lohnabzüge wegen seit Jahresbeginn im Streik. Herr Rdmer, der Leiter dieses Establishments, hat an die Steinmehrer und Bildhauer Deutschlands ein Rundschreiben erlassen, in dem er herbeiwiegend um Steinhauer bittet. Er behauptet darin u. a.:

„Die Werkstätten sind modern, massiv gebaut, im Winter sogar geheizt. Unsere Leute verdienen laut Berufsgenossenschaftlichen Ausweis 4—5,50 M. (Hierzu bemerkt die Streikleitung: „Die meisten Arbeiter aber weniger.“) Wir bitten, vordringenden Steinmehrer zu sagen, daß sie, ehe sie nach Reichensbach reisen, an unsere Firma schreiben sollen. Wir geben dann die Züge an. Die Zugereisten holen wir selbst ab. Damit soll vermieden werden, daß die Leute von den herumstehenden, in unserem Geschäft nicht mehr tätigen Steinmehrer vor jeder Beschäftigung geschützt sind. In der Erwartung usw. J. A.: Josef Rdmer.“

Die Löhne waren so gering, daß nur die begünstigten Odenwaldarbeiter mit ihrer angeborenen Sparsucht auskommen konnten; deshalb sollte sich kein Steinmehrer durch hochtrabende Lebensarten nach diesem angeleglichen Eldorado verlocken lassen. Entschändenswert ist noch, daß die Einwohner Reichensbach mit den Streikenden sympathisieren; obgleich es dort 15 Wirtschaften gibt, konnten Streikbrecher im Ort kein Quartier finden.

Ausland.

Zentralisation der britischen Gewerkschaften.

Zwecks gegenseitiger Unterstützung haben eine Anzahl britischer Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedszahl von über 100 000 Mann eine große Organisation geschaffen, von der man um so größere Erfolge für die Arbeiterschaft erwartet, als es sich durchweg um halbgebildete und ungebildete Arbeiter handelt. Die von zehn Gewerkschaften vereinbarte Organisation soll folgende Programmpunkte durchführen:

1. Gegenseitige Anerkennung der Berechtigungen der Mitglieder. 2. Uebergang von Mitgliedern einer Gewerkschaft in die andere im Falle des Berufswechsels. 3. Wechselseitige allgemeine Unterstützung. 4. Organisation gemeinsamen Vorgehens bei Arbeitsstreitigkeiten. 5. Einführung von Schiedsgerichten bei Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften.

Der Organisationsvertrag wurde von folgenden Gewerkschaften geschlossen: Vereinigte Arbeiter von London, Arbeiterverband, Britische Arbeitervereinigung, Erd-, Bau- und allgemeiner Arbeiterverband, Dod-, Best- und Uferarbeiterverband, Gasarbeitervereinigung, Ziegelarbeiterverband, Transportarbeiterverband, Nationaler Arbeiterverband, Nationale Gasarbeitervereinigung.

Diese Verbände haben zusammen über 100 000 Mitglieder. Die gemeinsame Organisation wurde durch den Gewerkschaftsverband zustande gebracht, und man hofft, daß eine völlige Verschmelzung der beteiligten Gewerkschaften folgen wird. Darin liegt auch die Hauptbedeutung der Organisation. Einige kleinere Gewerkschaften werden Mitglieder verlieren und vielleicht ganz eingehen, und dafür wird sich die gesamte Organisation der ungebildeten Arbeiter in ein oder zwei große Gewerkschaften gliedern, die natürlich einen bedeutend größeren Machtfaktor bilden, als eine Anzahl kleinerer Gewerkschaften. Mit dieser Organisation ist ein Ziel erreicht, auf welches man in den einsichtigen Kreisen der Arbeiterschaft, namentlich beim Gasarbeiterverband, seit langen Jahren hinarbeitete.

Gerichts-Zeitung.

Öffentliche politische Versammlung oder geschlossene Gesellschaft?

In einem Saal in Gottesberg, den der Genosse Pohl gemietet hatte, kamen am 18. März 1908 etwa 40 Personen zusammen. Es wurden nach Klavierbegleitung verschiedene gemeinschaftliche Lieder gesungen und es gelangene Gedächtnis zum Vortrag, die sich auf die Freiheitsbewegung im Jahre 1848 beziehen. Auch wurden dazwischen zwei Ansprachen von je drei bis fünf Minuten gehalten, in denen der Märzgefallenen ehrend gedacht wurde. Pohl erhielt eine Anklage, weil er eine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstaltet habe, ohne sie der Polizei anzugeben. Die Strafkammer in Waldenburg sprach ihn jedoch frei: Da das Reichs-Vereinsgesetz inzwischen in Kraft getreten sei, so komme dieses als das mildere in Betracht. Demnach seien aber nur öffentliche politische Versammlungen anzeigepflichtig. Hier liege eine öffentliche Versammlung überhaupt nicht vor, sondern eine Veranstaltung des Sozialdemokratischen Vereins Gottesberg im geschlossenen Kreise seiner Mitglieder. Die hetzographierten Einladungen, die der „Vollwacht“ beigegeben hätten, seien nur an die Mitglieder gelangt. Die Freisprechung müsse schon deshalb erfolgen, weil die Veranstaltung keine öffentliche gewesen sei. — Das Kammergericht verwarf die gegen diesen Urteil von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision.

Eine verbotene Lichtbildervorführung.

Eine als „öffentliche Volkssammlung mit Lichtbildern“ vom Arbeiter Schwarz in Tschöe angemeldete Veranstaltung war verboten worden, als die Polizeiverwaltung erfuhr, daß es sich um einen Lichtbildervortrag des Ingenieurs Grempe über „Rußland und Sibirien“ handele. Nach vergeblichen Besuchen klagte Sch. beim Ober-Verwaltungsgericht. Die Klage wurde jedoch mit folgender Begründung abgewiesen: Der Kläger habe im September 1907 zunächst eine „Volkssammlung mit Lichtbildern“ angemeldet. Die Polizeiverwaltung wäre verpflichtet gewesen, ihm eine Bescheinigung auszustellen. Wenn sie es nicht tat, so habe darüber die Aufsichtsbehörde zu entscheiden, nicht das Gericht. Tatsächlich habe es sich nun aber um die erwähnte Lichtbildervorführung Grempes gehandelt, bei der der Vortrag nur den erläuternden Text darstelle. Dieser Lichtbildervortrag habe schon einmal stattgefunden. Nach einem Bericht des Polizeikommissars über die Vorführung der Lichtbilder sei diese geeignet, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu stören. Die Polizeiverwaltung habe nun zunächst die Vorlegung der Lichtbilder gefordert, was sie in diesem Falle berechtigt gewesen sei, da sie mit einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit rechnen mußte. Die Aufforderung zur Vorlegung der Lichtbilder sei nicht befolgt worden. Infolgedessen habe die Polizeiverwaltung die Schaustellung mit Recht verboten. Es sei nach § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts Aufgabe der Polizei, für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit einzutreten. Nach den Vorgängen rechtfertige sich das Verbot.

Und Preußen ist gerettet.

Die Glaubwürdigkeit eines Streifbrechers.

Bei Gelegenheit einer Baupolizei in Venrath bei Düsseldorf soll der Maurer Schäfer den Streifbrecher Wilt. Schmidt beschimpft und beleidigt haben. In der Anzeige sowohl als auch später in der Gerichtsverhandlung gab der Streifbrecher Tag und Stunde, wann der Zusammenstoß erfolgt sein sollte, an. Schäfer erbot sofort Beweis dafür, daß er sich um diese Zeit im Gewerkschaftshaus in Düsseldorf befunden, er also gar nicht in Betracht kommen könne. Trotzdem fanden drei Verhandlungen statt (die letzte dieser Tage), bevor die von Schäfer angebotenen Zeugen vernommen wurden. Als in zwei Terminen dem Streifbrecher es noch immer nicht gelungen, Schäfer des angeforderten „Verbrechens“ zu überführen, wurden neue Beweiserhebungen angeordnet. Doch wurde auch in der dritten Verhandlung nichts Belastendes für den Angeklagten zutage gefördert. In diesem Termin stellte der Streifbrecher die Behauptung auf, daß Schäfer ihn an zwei verschiedenen Tagen und Orten beleidigt habe. Jetzt endlich gefiel es dem Gericht, die Entlastungszeugen zu vernehmen, und da wurde festgestellt, daß Schäfer für die angegebenen Zeiten in völlig einwandfreier Weise sein Alibi nachweisen konnte. Daraufhin beantragte der Amtsanwalt selbst die Freisprechung, die dann auch erfolgte. Die Kosten mußte die Staatskasse übernehmen. Schade, daß nicht dem Denunzianten die Kosten des Prozesses auferlegt wurden.

Gesicherte Rechtsgarantien.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 19. Februar: Ein erschütterndes Bild bot eine vor der Strafkammer stattgehabte Verhandlung gegen die 40jährige, bisher unbestrafte Arbeiterfrau Marie Solle von Bennstedt, die wegen schweren Diebstahls angeklagt war. Die arme Proletarierin hat mehrere kleine Kinder, seit Jahren einen gelähmten Mann, den sie anfleiden, auskleiden und füttern muß. Im November v. J. so klagte sie jammernd, hatte sie in 14 Tagen ganze 70 Pfennige verdient. Durch den Eintritt der strengen Winterkälte wurde die Lage der Frau doppelt drückend. Sie war so weit, sich mit ihren Kindern auf die Schienen vor eine Lokomotive zu legen. Da bekam sie noch einmal Lebensmut, durchbrach die Umzäunung einer Kohlengrube, um in einem Saal einige Preßsteine zu entwenden. Als die Unglückliche vier Steine in den Saal getan hatte, da auf einmal erscholl der Ruf eines Grubenbeamten: „Halt, oder ich schieße!“ Die Frau bebte an allen Gliedern, ließ die Steine zurück und ergriff die Flucht. Man brachte sie vor Gericht wegen schweren Diebstahls. Das Gericht ließ „Milde walten“, nahm „nur“ Diebstahlsversuch für erwiesen an und bezurteilte die Jammernde zu vier Wochen Gefängnis. Man will sie aber zur Besserdigung empfehlen. — „Halt, oder ich schieße!“ — So schaut die Kompottschüssel des deutschen Volkes in Wirklichkeit aus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Saubere Wirtschaft.

Rom, 19. Februar. (V. S.) In Catania sind bei Verteilung der Unterstützungsgelder an die Flüchtlinge durch die Stadtverwaltung Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Ein Polizeikommissar wurde verhaftet. Auch ein Abgeordneter soll kompromittiert sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Die Regierung hat sofort einen Kommissar entsandt, der die Untersuchung führen wird.

Reichstag.

211. Sitzung vom Freitag, den 19. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand!!

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Antrages Albrecht u. Gen. (Soz.), der ein Gesetz fordert zur Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und ihren Arbeitgebern sowie des Vertragsverhältnisses zwischen dem Gesinde und dessen Arbeitgebern durch reichsgesetzliche Vorschriften.

Mit zur Diskussion steht eine Petition des polnischen Agrarvereins in Thorn: die ländlichen Arbeiter und das Gesinde den gewerblichen Arbeitern in rechtlicher Beziehung gleichzustellen, sowie eine Petition des Dienstbotenvereins Rürnberg und Umgegend auf Regelung der Rechtsverhältnisse des Gesindes.

Ferner werden auf Antrag des Herrn v. Hertling (Z.) mit zur Beratung und Abstimmung gestellt, die Resolutionen des Zentrums, die sich auf die gleiche Materie beziehen.

Abg. Krennd-Loebau (L.): Der Antrag der Sozialdemokraten will nur Unzufriedenheit säen.

Schlechte Behandlung auf dem Lande — die gibt's ja gar nicht!

Bei dem Arbeitermangel lassen wir oft genug fünf gerade sein. Es gehört eine Engelsgebild dazu, heute draußen fertig zu werden. Es ist leider dahin gekommen, daß keine Bauernochter mehr einen Landwirt heiraten will. Lieber heiratet sie einen Herrn Lehrer. (Lautes Lachen links.) Der Bauernsohn will nicht der Knecht des Knechts und seine Schwester nicht die Magd der Magd sein. (Große Heiterkeit links.) Die Großstadt hat die Landarbeiter verblendet, der Asphalt, das elektrische Licht, die Kneipen und der Alibi. (Lachen links.) In der Stadt gibt es allerdings mehr bares Geld als auf dem Lande, aber dafür bekommen die Leute auf dem Lande alles geliefert, was im Katechismus steht, mit Ausnahme der Schuhe und Strümpfe. (Lautes Lachen links.) Sie haben freie Wohnung, ein ausreichendes Deputat, sie kriegen Brennholz, eine freie Kuh, die wird ihnen gefüttert und liefert ihnen die Milch und die Butter, sie haben Schafe, Schweine, Hühner, kriegen Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Erbsen und Kartoffelland. Rechnet man das zusammen, dann bleibt ein erhebliches Plus zugunsten der Landarbeiter übrig. (Lebhafteste Zustimmung rechts.) Aber der höhere Vorlohn in der Stadt verblendet die Leute, sie wissen nicht, daß das Geld auch ausgegeben wird. An den Sonntagen wird in der Stadt kein Lohn gezahlt, auf dem Lande aber ist in den Naturallien alles eingebegriffen. Im Willemsfeld gibt es auf dem Lande allerdings keine Wohnungen. Ich habe auch einmal gesehen, daß in einem Zimmer zwei Putterschafe mit kleinen Lämmern zusammenwohnen. (Großes Gelächter links.) Auf meine Frage sagte mir die Mieterin: Das ist mir so bequem, denn ich habe die Tiere immer bei mir, und dann verbreiten die Schäfchen auch ein bißchen Wärme und geben eine warme Stube. (Stürmisches Gelächter links.) Wie wohnen aber die Arbeiter in der Stadt? Da haufen zwar nicht Schweine oder Schafe zusammen, aber Schlafbüschel zweierlei Geschlechts. (Stürmisches Gelächter links.) Wo bleibt da die Moral? Der sozialdemokratische Antrag bezweckt nur den Zukunftsstaat, deshalb lehnen wir ihn ab. (Sehr richtig! rechts.) Wer ein bißchen in der Geschichte bewandert ist, der weiß, daß es im römischen Staate geheißen hat: civus (Stürmisches Gelächter links.) Ruf: Es heißt: civis! romanus sum, und panem et circensem. (Ruf links: Heißt circensem!) So ist es auch bei uns, die Leute wollen sich amüsieren. Der römische Staat machte kurzen Prozeß, er sagte: Schön! treibt euch im Circus herum! (Stürmisches Gelächter links.) Das können wir aber nicht, denn wir sind alle Arbeiter. Ich stehe seit 802 auf eigenen Füßen und bin der Freund der Arbeiter. (Gelächter links.) Die Arbeiter, die vom Lande weggezogen sind, eben zu spät ein, wie es in dem schönen Liede heißt:

Er sucht in der Ferne, Nicht fand er das Glück, Jetzt kehret er müde Zur Heimat zurück!

So ist es mit den meisten, nur sie kehren nicht zurück. (Minutenlanges Gelächter links.) Sie kommen ins Zuchthaus oder jagen einem anderen Phantom nach. (Erneutes stürmisches Gelächter links.)

Aus den Gedichten Heinrich Reders.

Federzeichnung.

Sie nennen's Pflicht, sie nennen's Ethik, Was jeweils ist in Mode, Langweilen sah ich in Salon Als beau monde bis zum Tode. Ach — hä!

Sie fühlen sich als Cédine der Welt Hochmütig mit den Fingern, Und sehn die roten Tropfen nicht, Die noch vom Halbheil sichern — Ach — hä!

Ob Pflicht, ob Ethik, alleinerlei, — Führt wieder der Sturm darunter, So werden sie hinweggefegt Mit ihrem ganzen Vandal — Ach — hä!

Im Speffart.

Streifend mit dem alten Forstwart Bin ich durch den Wald gegangen, Arme Weiber, Raubstreu rehend, Für die Mähe abzufangen.

Jede Hät' im Speffardorfe Wüth' ich dann mit ihm durchsuchen, Und ihn rührte nicht das Fend, Nicht der Männer grimmes Fluchen.

Rückwärtslos im Dienst des Staates Hielt er sich dazu verpflichtet, Aber ein von Schnee gebräutes Stämmchen hat er aufgerichtet.

Serichmettere.

Serichmettere! Ein Kaiserwort, Vom Thron herabgrufen, Das klang wie ein Trompetenstoß Zum Stampf von Rosseshuten.

Serichmettere! Dann rasieln dumpf Kanonen übers Pflaster, Die rote Fahne sinkt im Kampf Herab von dem Pflaster.

einem großen Agitator der Herren von links, einem Herrn von Linde, haben die kleinen Leute gesagt, er solle machen, daß er fortkomme. Ein Bauer, der sich dazu hergegeben hatte, zu agitieren, wurde zur Rede gestellt und sagte zu seiner Rechtfertigung, er bekomme dafür 15 M. bezahlt. Das ist ein gutes Geschäft für mich, sagte er, aber daß ich so dumm bin und das glaube, das können Sie nicht verlangen. (Beifallsklänge rechts, die schon vorher fast jeden Satz des Redners begleitet hatten. Die Linke bricht in ein lautes Gelächter aus.)

Abg. Zubeil (Soz.):

Die scherzhafte Stimmung, die mein Vordränger herborgerufen hat (Oho! rechts), ist dem Ernst der Sache nicht angemessen. — Der Abg. Werner hat leghin geglaubt, der Sozialdemokratie wieder einmal sagen zu dürfen, sie verstehe von ländlichen Verhältnissen nichts. (Sehr richtig! rechts.) Für mich war es sehr bezeichnend, daß gerade von Herrn Werner zu hören, der als Knabe nach Friedrichshofen kam und dort bis zum sechzehnten Jahre blieb. Als er dann die Anstalt verließ, hätte man doch glauben sollen, daß er... (Präsident Graf Stolberg: Ich bitte, nicht auf die persönlichen Verhältnisse der Abgeordneten einzugehen.)

Abg. Zubeil (fortfahrend): Herr Werner, der so jung schon ein so tiefes Verständnis für die Landwirtschaft zeigte, wurde aber nicht Landwirt, sondern Kaufmann.

Präsident Graf Stolberg (sehr erregt): Ich bitte nochmals, nicht auf die persönlichen Verhältnisse des Abgeordneten Werner zurückzukommen.

Abg. Zubeil (Soz.): Herr Werner meint also, nicht die Großgrundbesitzer und Großbauern seien schuld an der Landflucht, sondern die Verheiratheten der Sozialdemokraten, die, ohne eine Ahnung von den Zuständen zu haben, die Leute verheirathen. (Sehr richtig! rechts.) Weiter führte Herr Werner aus, daß in einigen Teilen Deutschlands das Koalitionsrecht für die Landarbeiter besteht, daß diese es aber dort nicht benutzen. Warum will er es dann den Arbeitern in den anderen Teilen Deutschlands nicht geben? Aus der Nichtbenutzung kann doch nur gefolgert werden, daß die Arbeiter nur dann zu diesem Mittel greifen, wenn sie durch die wirtschaftliche Not getrieben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Koalitionsrecht wird eben auch in der Industrie nur benutzt, wenn die Arbeiter gezwungen sind, eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse abzuwehren. Man fürchtet, daß die Arbeiter die Ernte auf dem Lande verkommen lassen würden. Das ist ganz unzutreffend, man muß nur den Arbeitern für die übermäßig lange Arbeitszeit auch den entsprechenden Entgelt zahlen. Man kann doch nicht verlangen, daß die Arbeiter im Sommer 14—16 Stunden arbeiten, ohne für die Ueberstunden einen Lohn zu bekommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Geben Sie den Arbeitern den gebührenden Lohn, so werden auch Sie auf der rechten einen Streit der Landarbeiter nicht zu fürchten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Kontrakte innegehalten werden, damit sind auch wir einverstanden, aber von beiden Seiten müssen sie eingehalten werden. Heute ist aber in den Kontrakten nur von Rechten des Arbeitgebers die Rede, dem Arbeitnehmer sind nur Pflichten auferlegt. Derartige Verträge, die gegen die guten Sitten verstoßen, zu brechen, hat der Arbeiter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht. Gerade deshalb verlangen wir für die ländlichen Arbeiter das Koalitionsrecht; es wird dann seltener zum Kontraktbruch geschritten werden, weil Kontrakte zustande kommen werden, die auch den Arbeitnehmern Rechte gewähren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Dergin sagte hier am 18. Januar, wir sollten uns hüten, die Landarbeiter als Heloten und Sklaven zu bezeichnen. Wir würden, wenn wir aufs Land hinaus lämen, dafür von den Landarbeitern sehr unfreundlich empfangen werden. Nun, geben Sie uns nur in allen Ihren Dörfern Solale frei! Sie sollen sehen, daß die Sozialdemokraten absolut keine Furcht haben, auf Ihre Dörfer hinauszuwachen. Ja, es kann sehr leicht der Fall eintreten, daß das Gegenteil von dem stattfindet, was Herr v. Dergin meint, daß die Herren Großgrundbesitzer und ihre Inspektoren von den Landarbeitern sehr unangenehm aus dem Versammlungssaal herausbefördert werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß dann noch zu sprechen kommen auf die Rede, die neulich Herr v. Volko von der Rechten gehalten hat. Ich habe aus seinen Worten nur die Furcht entnehmen können, daß seine Arbeiter ihm weglassen werden, wenn sie das Koalitionsrecht bekommen. Dann muß es mit der Treue seiner Arbeiter, trotzdem sie 20 und 30 Jahre angeheißt bei ihm tätig sind, nicht sehr weit her sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Arbeiter wirklich so gut behandelt würden, wie Herr v. Volko hier erzählt hat, dann

Serichmettere! Mit Bibel und Schwert Gelegt wird Strah' und Gasse, Doch was der Liebe nicht gelang, Gelingen wird's dem Haffe.

Maschinenalter.

Der Dampf dreht das Maschinrad Und dreht dem Proletariat Das Herz im Leibe um.

Es dreht das Rad sich früh und spät Und kommt dazu noch Gottes Gnab, Dann wird der Hunger stumm.

Wenn nimmer nützt ein guter Rat Und platzt des vollen Geldsacks Naht, So heult das Proletentum.

Das tanzt als Börsenpotentat Uns goldne Malb, belebt vom Draht, Die feisten Weine trumm.

Sobald gereift die schlimme Saat, Greift zum Gewehr der „Retter Staat“ Und stülzt des Volks Gebrumm.

Theater.

Schiller-Theater O: „Rechts herum!“ Schwan! von Hans Gaus. Im Schwanenpark wird zurzeit besonders in Kleinstadt-Satiren experimentiert, jedoch, seit Thomas' „Volabahn“, mit einem selbst für Schwanenverhältnisse auffälligen Defizit an Geist der Verfasser von „Rechts herum“, ein früherer Schauspieler, hat sich die Sache noch bequemer gemacht als Stormromel in seinem neulich am Lessing-Theater aufgeführten „Breyenburg“. Was die Breyenburg Honoratoren an Zibiötismus leisten, überbietet die Schmeuzelwerther womöglichst noch, der Spott verliert noch mehr wie dort, wo er etwas politisch schillerte, jede nähere Beziehung zur Wirklichkeit, und bringt's noch weniger zu einer ausgeprägten Possenstimmung. Kein Gelächter hilft hier über den Widersinn hinweg, durch den es erzeugt wird. Dem Witz des Dialoges fehlt der Reiz des Überraschend Improvisierten; er ist von jener Art, der man die Absicht, das berechnende Herangeholtsein in jeder Wendung anspürt. — Die guten Schmeuzelwerther bilden sich ein, gewisse mit lokalen Ständelgeschichten angefüllte Papiere, in die ein Würstchändler seine Ware wickelt, stammten von dem verstorbenen Herrn Pfarrer, enthielten die ihm in der Weichte anvertraute Gesinnung seiner Gemeindeglieder. Alles weitersert nun, der Bürgermeister an der Spitze, vor einem schweibigen jungen Journalisten, der die kompromittierenden Dokumente zuletz ertricht und daraufhin den Anklagenden spielt, sich in seinem verborgenen Kramkammer zu entfallen. Die Ausbeute wirklicher Komik aus dieser Situation steht in umgekehrter Proportion zu den Anforderungen, die sie an die Gutzulängigkeit der Zuschauer stellt. Trotzdem wurde eifrig applaudiert und der Autor mehrmals gerufen. Herr

brauchte er keine Furcht zu haben, daß sie ihm weglassen werden. (Sehr richtig bei den Soz.) Herr v. Volko sagte auch, daß die Arbeiter, die länger als 50 Jahre tätig gewesen seien, bis an ihr Lebensende eine Unterfützung erhielten. Nun ich hatte im vorigen Jahre Gelegenheit, im Wahlkreise des Herrn v. Volko einen in den sechziger Jahren stehenden Arbeiter zu sprechen, der 53 Jahre ununterbrochen bei einem Großgrundbesitzer tätig war. Dieser Herr ist nebenbei auch Mitglied dieses Hauses. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Arbeiter, der von der Zeit der Jahre und der Arbeit gebeugt war und mehr als ein halbes Jahrhundert seine ganze Kraft für diesen Großgrundbesitzer eingesetzt hatte, erhielt

auch nicht einen Pfennig Unterfützung

von diesem Herrn! (Lebhaftes Hört! hört!) Das einzige, was er bekam, war zu Weihnachten ein totes Gend. (Erneutes Hört! hört!) So sieht es mit Ihrer (nach rechts) Menschenschuldigkeit aus. Es ist schon wiederholt von dieser Stelle aus darauf hingewiesen worden, daß an dem Kontraktbruch nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber schuld sind. Trotzdem die Regierung den Großgrundbesitzern durch die Schaffung der Feldzentrale weit entgegengekommen ist, trotzdem sind sie noch nicht zufrieden mit dem, was ihnen die Gesetzgebung heute bietet. Der Posttarif sollte ja auch dazu dienen, die ländlichen Arbeitgeber in die Lage zu versetzen, ihre Arbeiter besser bezahlen zu können. Nun, der Posttarif hat auf der einen Seite seine Schuldigkeit getan, indem er die Preise für landwirtschaftliche Produkte erhöht hat. Auf der anderen Seite aber ist es den Großgrundbesitzern gar nicht eingefallen, ihre Arbeiter besser zu behandeln und ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch nicht einmal die ausländischen Arbeiter, die doch wirklich sehr bedürftig sind, werden zurückgeschickt, wie die Zunahme der Kontraktbrüche durch ausländische Arbeiter beweist. Interessant ist

der innige Kontakt zwischen Militärverwaltung und oberbismarckianischem Junkertum.

Dieser innige Kontakt zeigt, wie leicht eine weitere Herabsetzung der Dienstzeit durchzuführen ist! Wenn alljährlich Tausende von Mannschaften Wochen und Monate lang abkommandiert werden können, so steht es fest, daß die zweijährige Dienstzeit noch so lang ist, um den Soldaten eine genügende Ausbildung zuteil werden zu lassen.

Gerade dieses Abkommandieren von Soldaten für landwirtschaftliche Arbeiten dient dazu, die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter noch weiter herabzudrücken. Deshalb müßte die Reichsregierung dafür sorgen, daß derartige Maßnahmen in Zukunft unterbleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur macht die Rechte die Abwanderungssucht für die Abwanderung der ländlichen Arbeiter in die Großstädte verantwortlich. Aber selbst eine so kompetente Stelle wie die Redaktion der „Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ hat darauf hingewiesen, daß die höhere Kultur der Städte die Ursache der Abwanderung sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und Prinz Ludwig von Bayern hat einmal bei einer Besprechung der Rentennot ausgeführt, daß es nicht an Arbeitern auf dem Lande fehlen würde, wenn man ihnen Rechte gewähren würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß freilich, daß diese Aeußerung aus hohem Munde Sie (nach rechts) damals sehr verschmupft hat.

Selbst von agrarischer Seite wird jetzt bestritten, daß der dümmste Arbeiter der beste Döhlenknecht ist. Ein Müllergutsbesitzer Schlegel führte neulich aus:

die Rechtlosigkeit der Landarbeiter

vergrößert nur die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Oktober 1903 kam in Berlin auf dem Schlesienschen Bahnhof eine 15köpfige ungarische Familie in furchtbar verelendetem Zustande, mehr als halbverhungert an. Die Leute hatten sich anwerben lassen auf dem Gute des früheren Landwirtschaftsministers und Schweinezüchters

v. Pöbbeckel

zum Kartoffelbuddeln. Der ausgewachte, an sich schon sehr niedrige Lohn wurde den Leuten nicht gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und als sie in die ihnen zugewiesene Herabsetzung des Lohnes einzuwilligen sich weigerten, wurden sie vor den Amtsvorsteher geschleppt und ausgewiesen. Der rückständige Lohn wurde den Leuten nicht ausbezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sondern von dem Gutsvorwalter wahrscheinlich unter Zustimmung des Herrn v. Pöbbeckel zurückgehalten.

wald münste mit Eleganz den schneidigen schlauen Journalisten. Von den anderen sei hier nur noch Herr Kirchner als schäufsternster und relativ unschuldigster der schmeuzelwerther Sinder, und Fraulein Emma Wyda als schlammste der klatschschwestern, Waustrumpf und Verfasserin der ominösen Ständelnotizen, die dafür aber auch zur Strafe sitzen bleibt, erwähnt.

Notizen.

Theaterchronik. Im Lustspielhaus findet die Uraufführung des Schwanen „Im Klubfessel“ erst am 27. d. M. statt. — Die Berliner Premiere von Nuederers „Wolkenkuckuckheim“ findet im März unter der Regie Max Reinhardts im Deutschen Theater statt. Die Ausgabe der Welt erscheint im Verlag der Süddeutschen Monatshefte in München.

Kunstabend. Der Spielhagen-Abend, den das Schiller-Theater am Sonntag 8 Uhr, aus Anlaß des 50. Geburtstages des Poeten, im Berliner Rathaus veranstaltet, wird besonders der April des Romanziers gelten. — Der Loeberabend, der am Sonntag 8 1/2 Uhr im Charlottenburger Schillerjaal stattfindet, bringt zahlreiche Balladenkompositionen.

Die Ausländer an den deutschen Universitäten. Auf Drängen der „Alteutschen“ sind für das Studium von Ausländern an deutschen Universitäten wesentlich verschärfte Zulassbestimmungen ergangen, die sich vorzugsweise gegen die Russen richten. Infolgedessen ist im laufenden Wintersemester 1908/09 die Zahl der ausländischen Studenten auf 4077 zurückgegangen gegen 4151 im Wintersemester 1906/07. Vor fünf Jahren studierten 2086, vor 25 Jahren etwa 1700 Ausländer an deutschen Universitäten. Zugewonnen hat im laufenden Semester wieder die Zahl der studierenden Asiaten, vorzüglich der Japaner (172), die sich hauptsächlich der Medizin widmen. Während die Angehörigen aller anderen Nationen sich vermehrt haben, ist die Zahl der russischen Studenten von 1890 auf 1584 zurückgegangen! Von den Ausländern studieren die meisten in Berlin, Leipzig, München, Heidelberg, Halle, Königsberg und Jena.

Wieviel Juderräben sind zur Herstellung von 100 Kilo Zucker nötig? Diese Frage, die sich jedenfalls schon mancher Juckerkonsument gestellt hat, finden wir durch den Chemiker, Prof. Kaspar-Cohn, in der Monatschrift „Kosmos“ folgendermaßen beantwortet: Hinsichtlich der Veredelung des Fabrikationsverfahrens ist im Laufe der Jahre Gewaltiges geleistet worden. Sie beginnt bereits mit der Verbesserung der Rüben. Marggraf hatte in ihnen 8 Proz. Zucker gefunden, aber durch Auswähl der Rüben für Samenzucht und passende künstliche Düngemittel hat man den Zuckergehalt auf 14 bis 16 Proz. heraufgebracht, ja in Sizilien, wo seit 1899 Rübenzucker erzeugt wird, steigt er auf 20 Proz. Davon erklärt sich, daß man zur Gewinnung von 100 Kilo Zucker braucht:

Table with 2 columns: Year (Jahre) and Amount of Beets (Kilo Rüben). Rows: 1836: 1800 Kilo Rüben; 1842: 1600; 1857: 1200; 1871: 1100; 1900: 750.

*) Diese Gedichte erschienen mit vielen anderen in den Jahren 1893—97 im „Süddeutschen Postillon“, der damals von Eduard Buchs redigiert wurde.

Nicht aus einer sozialdemokratischen Zeitung, sondern aus Ihrer eigenen Provinzpresse wird gemeldet, daß an verschiedenen Orten konstatiert ist, daß wegen Landarbeitermangel sämtliche Kinder der oberen und mittleren Schulklassen einfach beurlaubt

werden, um Landarbeit zu verrichten. Wenn eine arme Mutter einmal, durch die äußerste Not getrieben, ihr Kind aus der Schule zurückhält, weil die Not sie zwingt, ihr Kind arbeiten zu lassen, was wir zwar nicht billigen, aber doch begreifen, dann kommt die Behörde und nimmt sie unweigerlich in Schutz, im Wiederholungsfall sogar in Haft. Hier aber, wo das Fernbleiben aus der Schule im Interesse des Großgrundbesitzers geschieht, ist selbstverständlich alles erlaubt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch auf die ausgebeuteten Wohnungsverhältnisse der ländlichen Arbeiter haben die Herren von der Rechten hingewiesen. Wenn es nur nicht amtliche Feststellungen gäbe, die nicht dem Hirne eines Sozialdemokraten entströmen und doch zeigen, wie es auf dem flachen Lande aussieht: im Osten, in der Provinz Brandenburg, in Schlesien, allüberall! Wenn Sie den Bericht des Kultusministeriums zur Hand nehmen, finden Sie Angaben über die elenden Wohnungsverhältnisse nicht aus einer, sondern aus fast allen Provinzen Preußens. Ueberall können Sie die elenden Zustände der Arbeiterwohnungen festgestellt finden. Man sieht, daß das Wort des deutschen Kaisers spurlos an Ihnen vorbeigegangen ist, daß die Arbeiterwohnungen nicht noch schlechter sein sollen als die Ställe. Es ist Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeiterwohnungen schlechter ist, als die Ställe, in denen das Vieh untergebracht ist. Katholik: wenn das Vieh zugrunde geht, erleidet der Besitzer einen wirtschaftlichen Schaden, und deshalb sorgt er für's Vieh, wenn aber die Menschen zugrunde gehen, so geht ihm das nichts an. (Ruf des Abg. Kreth.) Gewiß ist es Ihnen unangenehm zu hören, wie es auf den Gütern zugeht. Aber wenn diese Verhältnisse nicht geändert werden, so werden wir sie auch in Zukunft hier zur Sprache bringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Im letzten Augenblick ist uns noch der Antrag des Zentrums unterbreitet. Wir werden eventuell auch für diesen Antrag stimmen, in erster Linie bitte ich aber für unseren Antrag einzutreten. Der Zentrumsantrag hat gerade das aus unserem Antrage entfernt, was in der kaiserl. Verfassung vom Februar 1890 steht. Im letzten Abschnitt unseres Antrages verlangen wir die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern. Das ist wörtlich, kann ich sagen, aus der kaiserlichen Verfassung entnommen, und als gute Patrioten müßten Sie schon aus Respekt vor dem Kaiser diesem Abloy Ihre Zustimmung geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Zentrumsresolution streift aus diesem Antrag die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihren Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung. Das ist eine Verbeugung vor den Großgrundbesitzern und den Agrariern. Ich wundere mich sehr, daß das Zentrum gerade diesen Passus aus seiner Resolution herausgelassen hat. Wir legen gerade auf die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter das Hauptgewicht und bitten Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Windewald (Ant.): In Süddeutschland könnte man dem sozialdemokratischen Antrag ruhig zustimmen; aber für Nordostdeutschland paßt er nicht, denn seine Annahme würde den dortigen Großgrundbesitz erschüttern, den Deutschland nicht entbehren kann. (Lebhafte Beifall rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Den Sozialdemokraten ist die Sehnsucht ein Dorn im Auge. Darum hegen sie die Landarbeiter auf. Redner erklärt, der Landwirt würde nicht gehorchen sein, wenn Adolf Hoffmann Kultusminister und Jubel Landwirtschaftsminister würde. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Werner (Antif.): Hunde, die bellen, beißen nicht. Herr Jubel kann auch nicht beißen. (Jubelender Beifall rechts.) Ich bin wohl in einer sogenannten Presse gewesen — ich befand mich übrigens dort in sehr guter Gesellschaft (Redner verliest eine Reihe adeliger Namen) — aber nicht, wie Herr Jubel andeuten wollte, in einer Besserungsanstalt. — Ich bin auch einmal jung gewesen, jetzt aber bin ich 54 Jahre. (Allgemeine Zustimmung, Heiterkeit.) Wenn ich Geld gehabt hätte, hätte ich studiert. Hat Herr Jubel seine landwirtschaftlichen Kenntnisse sich in seiner Studie erworben? (Lofender Jubel rechts, zu welchem Abg. Kreth den Takt schlägt.)

Abg. Jubel (Soz.):

Wenn mich der Präsident hätte ausreden lassen, so hätte ich ergeben, daß meine Ausführungen absolut keine Spitze gegen Herrn Werner enthielten. Ich habe nur auf Grund des Handbuchs aus den eigenen Angaben des Herrn Werner nachgewiesen, daß sein Bildungsgang ihn nicht zum besonderen Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse fähig macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Werner meinte: wenn er Geld hätte, würde er studiert haben. Nun, ich für meine Person würde noch heute Westvir in Berlin sein, wenn ich lauter solche Wäste gehabt hätte wie Herr Werner. (Schallende minutenlange Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort erhält

Abg. Stadthagen (Soz.)

(von der Rechten mit Gul-Gul-Außen empfangen): Die Brülltöne passen ja zu dem landwirtschaftlichen Thema. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Konservativen behaupten, wir verstehen nichts von der Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Sie meinen, daß Sie etwas davon verstehen, der eine, weil er notwendig ist wie die Landwirtschaft, der andere, weil er Landwirt ist, der dritte, weil er nicht Landwirt ist. Der Abg. Jubel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Sie mit solchen allgemeinen Redensarten gegen die von uns angeführten Tatsachen nichts beweisen. Wenn Sie irgend eine der Tatsachen, die wir angeführt haben, befechten könnten, wäre das etwas anderes. Dazu sind Sie aber nicht in der Lage gewesen. Die Löhne der Landarbeiter sind so jämmerlich, die Behandlung ist so jämmerlich, ihre Rechtlosigkeit ist so, wie wir es geschilbert haben. Nichts davon haben Sie aus der Welt schaffen können, nur in dem einen sind Sie alle einig, daß diese Rechtlosigkeit weiter bestehen soll. (Rufe des Abg. Kreth.) Herr Kreth behauptet in seinen Juxen, daß er Kenntnis von der Landwirtschaft hat. Aber wenn Sie auch nicht eine der für Deutschland beschämenden Tatsachen, die wir angeführt haben, aus der Welt schaffen können, dann können Sie es auch nicht mit der allgemeinen Redensart „Ach Gott, was verstehen Sie denn davon!“ Das ist eine Art und Weise, wie man einer sachlichen Kritik auslächelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie

die amtlichen Zahlen über die Löhne der Landarbeiter

lesen, die auf Grund der Angaben der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer von den Behörden festgestellt worden sind, so werden Sie doch selbst zugeben müssen, daß man von glänzenden Löhnen nicht sprechen kann. Was würden Sie denn sagen, wenn man Ihnen zumuten wollte, Sie sollten einen Menschen mit 300 M. jährlich ernähren? (Rufe rechts.) Wenn Sie das für ausreichend halten, dann wäre es doch unverständlich, wenn Sie auf anderen Gebieten bei den Verhandlungen der Beamten für Weisheit eintreten. Aber beim Arbeiter meinen Sie, muß es gehen, da sagen Sie sogar, es geht dem Arbeiter vortrefflich, ganz brillant, und ich wundere mich nur, warum Herr Kreth eigentlich nicht Landarbeiter geworden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Interessant war mir auch, was der Führer des Bundes, Herr Dr. Hahn, hier ausführte. Ueber den Antrag sagte er nichts, sondern er versuchte, eine auf nichts weniger als richtiger Anschauung beruhende geschichtliche Darstellung über die Entwicklung einzelner Teile des Vaterlandes zu geben. Was er sagte, ist zum übergroßen Teil lächerlich widerlegt. Was geht das uns aber an bei der Frage, ob die Landarbeiter heute rechtlos sind. Ob die Parteinerosität in dem oberen Teile von Deutschland früher oder später entwickelt hat,

ist vollkommen gleichgültig für die Frage, ob heute die Arbeiter rechtlos sind. Wir verlangen in unserem Antrag nichts weiter, als daß der ländliche Arbeiter das gleiche Recht bekommt wie die anderen, daß er nicht rechtlos hingestellt wird als irgend ein anderer. Wie können Sie es mit der Gestaltung des Deutschen Reiches vereinbaren, daß eine Reihe von Arbeitern rechtlos bleiben soll, daß sie außerhalb der Gesetze stehen soll, die für alle anderen Arbeiter gelten, daß sie unter einem Ausnahmegegesetz bleiben sollen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch

die Frage des Koalitionsrechts

hat in der Debatte eine große Rolle gespielt. In einigen Teilen Deutschlands besteht es für die ländlichen Arbeiter. Im Jahre 1868 hat das Ministerium Bismarck seine Einführung in ganz Preußen verlangt. Die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die ländlichen Arbeiter auch in den übrigen Teilen Deutschlands würde nicht ohne weiteres eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen. Ihre Behauptung, daß die Arbeiter die Ernte verkaufen lassen würden, ist eine schwere Beleidigung der ländlichen Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die ländlichen Arbeiter haben keineswegs so wenig Gefühl für das Gemeinwesen, wie Sie ihnen zutrauen. Wahrscheinlich würde das Koalitionsrecht nur in sehr wenigen Fällen zum Streik führen. Aus den Ländern, in denen das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter besteht, konnte kein einziger Fall angeführt werden, in welchem irgend einmal die Verhältnisse, in denen die Herren von der Rechten sich überboten, Wirklichkeit wurden.

Wir verlangen die

Beseitigung der Kontraktstrafe gegen ländliche Arbeiter und das

Gesinde!

Diese Strafe steht im Widerspruch zu den Bestimmungen aller anderen Klassen der Bevölkerung. Was würden die Herren rechts sagen, wenn man erklärte: die Großgrundbesitzer und Offiziere sollen mit Strafe belegt werden, wenn sie ihre Verträge nicht erfüllen, ihren Verleasanten ihre Weirrechnungen nicht bezahlen? Millionen von Zivilprozessen werden aus solchen Anlässen geführt. Glauben Sie wirklich, daß es der Gerechtigkeit entsprechen würde, daraus zu folgern, daß die Herren millionenfach ihre Verträge brechen und daß deshalb Strafbestimmungen für sie eingeführt werden müssen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ach nein, das wollen Sie keineswegs. Den Arbeitern gegenüber aber wollen Sie es, das ist eine Verletzung der Gleichberechtigung, eine Herabwürdigung der Arbeiter zur Hörigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Glauben denn die Herren rechts, die Zustände sollen wieder so weit kommen wie vor dem Jahre 1868, wo gerade die ländlichen Arbeiter den Franzosen zuhelfen, weil sie in ihnen die Befreier von ihrer Unterdrückung erblickten! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren rechts sagen: Sie wollen die Sehaftigkeit der Arbeiter. Wie lächerlich ist doch der Gedanke, wir träten der Sehaftigkeit entgegen. Gerade wir wünschen ja

den Grund und Boden für alle!

Der übergroße Teil der Bevölkerung ist heute ja ohne Grund und Boden! Die Herren aber, die für den Großgrundbesitz eintreten, die wollen uns erzähle, daß wir gegen die Sehaftigkeit der Arbeiter sind! Nein, gerade Sie sind es, welche Millionen nicht zur Sehaftigkeit gelangen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Windewald hat erklärt, unser Antrag wolle die Grundlagen des Deutschen Reiches erschüttern. Also wenn man den ländlichen Arbeitern das gleiche Recht wie den anderen Arbeitern gibt, und zwar ein rein formales gleiches Recht, so muß das Deutsche Reich in seinen Grundlagen erschüttert werden. (Abg. Windewald ruft: Durch die Konsequenzen.) Also die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, daß der ländliche Arbeiter die wenigen Rechte bekommt, die wir beantragen, sollen das Deutsche Reich in seinen Grundlagen erschüttern... (Rufe des Abg. Windewald.) Nennen Sie mir doch eins der Rechte, die wir für den ländlichen Arbeiter verlangen, das Sie, Herr Windewald, nicht länger beifügen, und für das Sie nicht lebhaft kämpfen würden, wenn man es Ihnen entzöge! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie nicht das Recht der Koalition, haben Sie nicht das Recht, daß die Zeit, die Dauer und die Art Ihrer Arbeit so geregelt ist, wie es der Erhaltung Ihrer Gesundheit, den Geboten der Sittlichkeit und den wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht? Wir alle, die wir hier im Saale sind, haben diese Rechte. Und wenn der ländliche Arbeiter sie ebenfalls bekommen soll, dann soll dadurch mit einem Male das Deutsche Reich zerstört werden! In der Verfassung ist gesagt: das Deutsche Reich ist geschaffen zum Wohle aller Mitglieder des Reiches. Da ist es eine Ungerechtigkeit der allerhöchsten Art, daß gerade für den Landarbeiter, der keine Knochen mehr als die übrigen zu Markte getragen hat, das Deutsche Reich nicht geschaffen sein soll. Nichts anderes aber bedeutet es, wenn Sie unseren Antrag ablehnen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sie sagen, wir verhegen das Volk. Sie nehmen also an, wir wollen die ländlichen Arbeiter als Wild betrachten, wobei Sie die Rolle des Hundes spielen. Es ist und aber nicht eingefallen, Sie als Hunde zu gebrauchen. Nicht wir verhegen, sondern die Verhegung liegt in den Verhältnissen.

Was im letzten Abzuge unseres Antrages steht, haben die Herren bis jetzt noch nicht verstanden. Wir wollen die Zeit, Dauer und Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse und ihr Anspruch auf Gleichberechtigung fordern. Das ist wörtlich das, was im kaiserlichen Erlaß vom 1890 gesagt ist. Wo steht denn das ein Wort von einer gleichmäßigen Arbeitszeit in ganz Deutschland? Aber wenn Sie nur daran denken, daß für den ländlichen Arbeiter so gesorgt sein soll, wie es die Erhaltung seiner Gesundheit und die Gebote der Sittlichkeit fordern, dann überläßt Sie schon ein Schauer. (Sehr richtig! l. d. Soz.) Wir aber wollen, daß auch der Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung für den ländlichen Arbeiter erfüllt ist und daß seine Arbeit so geregelt wird, wie es seine wirtschaftlichen Bedürfnisse erfordert. Denn diese erfordern, daß er nicht nur Arbeitslohn ist. Das ist eben der fundamentale Unterschied in unserer Weltanschauung. Wir verlangen, daß der ländliche Arbeiter nicht nur Arbeitslohn ist, sondern ein Mensch wie ein anderer. Und wenn Sie darüber höhnen und zum Beispiel erklären, dazu wäre nötig, daß der Sonnenschein geregelt wird, so zeigen Sie nur, daß Sie (nach rechts) von Leidenschaft so verblendet sind, daß es Ihnen unmöglich ist, die geringste Klarheit der Ueberlegung zu bewahren. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß Sie den Anspruch der ländlichen Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung leugnen! Sie verlangen damit, daß der ländliche Arbeiter ein Arbeitsklave ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Rum ist noch

der Unterantrag des Zentrums

gekommen. Ich bedaure, daß er unseren direkten Forderungen gegenüber sehr verschwommen ist. Insbesondere bedaure ich, daß das Zentrum nicht für die Forderung eingetreten ist, daß die Arbeit entsprechend den Geboten der Sittlichkeit geregelt wird. Hier, wo es sich wirklich mal um die Erfüllung eines Gebotes der Sittlichkeit handelt, hätten doch die Herren vom Zentrum dafür eintreten müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe ja, daß unser Antrag angenommen wird, und damit würde ja der minder weitgehende Antrag des Zentrums sich erledigen.

Weiter ist beantragt worden, unseren Antrag einer Kommission zu überweisen. Dem will ich nicht widersprechen. Ich hoffe aber, daß dann mindestens unsere Forderungen aus der Kommission herauskommen werden. Die Herren rechts werden da Gelegenheit haben, noch weiter ihre Kenntnislosigkeit darzutun oder aber darzutun, daß sie in der Tat einige Kenntnis von der Not und dem Elend der Landarbeiter haben. Ich bitte Sie, unseren Forderungen zuzustimmen, damit wir uns nicht sagen lassen müssen, daß Deutschland in Bezug auf die Lage seiner ländlichen

Arbeiter in der Kultur das allerzuletztgebliebenste Land ist. Es ist eine Schmach, wenn Desterreich-Ungarn, Spanien Schutzgesetze für die ländlichen Arbeiter erlangen, wir in Deutschland aber den ländlichen Arbeiter rechtlos machen. Die Regelung der Frage dem preussischen Dreiklassenparlament zu überlassen, heißt die Not der Arbeiter verewigen. Ich bitte daher dringend, nehmen Sie unseren Antrag an. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Werner (Ant.) sucht aus seinem Familienstammbaum seine Befähigung zur Beurteilung landwirtschaftlicher Verhältnisse nachzuweisen und ergeht sich dabei in Schimpfereien auf den Abg. Jubel, die bei der Unruhe des Hauses im einzelnen unverständlich bleiben und dem Redner einen zweimaligen Ordnungsruf seitens des Vizepräsidenten Kaempf zuziehen.

Es folgt die

Abstimmung.

Sie ist eine namentliche und ergibt die Annahme des Antrages: die gesamten zu dieser Materie gestellten Anträge und Resolutionen an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, bei 318 Abstimmenden und einer Stimmenthaltung mit 209 gegen 106 Stimmen. (Bravo! links.)

Für die Verweisung an die Kommission stimmen Sozialdemokraten, Freisinnige, Zentrum, Polen und ein Teil der Nationalliberalen (darunter die Abgg. Klenz, Stresemann, Dr. Weber, Daffermann, Eberling, Müller-Rudolph und die meisten süddeutschen Mitglieder der Fraktion).

Gegen die Verweisung stimmen die Konservativen, reichsparteiliche und antisemitische Rechte und ein Teil der Nationalliberalen (u. a. die Abgg. Schwabach, Sieg, v. Schubert, Hagemann).

Es folgt die

erste Beratung des Antrags Brandys u. Gen. (Polen) auf Erlass eines Reichsgesetzes, durch welches alle landesgesetzlichen Bestimmungen über Beschränkung des Erwerbs oder der Veräußerung von Grundeigentum oder der Errichtung von Wohnstätten in Rücksicht auf Konfession, politische Gesinnung, Nationalität aufgehoben werden.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Polen): Unser Antrag fordert eigentlich etwas Selbstverständliches. (Sehr richtig! bei den Polen, Sozialdemokraten und im Zentrum.) Vor ein paar Jahren hätte man noch gefragt: Was wollen die Herren denn eigentlich mit ihrem Antrag? Was sie wollen, ist ja bereits reichsgesetzlicher Zustand. So haben wir auch gedacht, aber das bekannte Ausnahme- und Entzugesgesetz zeigt die Notwendigkeit, ein ausdrückliches Reichsgesetz, wie wir es in unserem Antrag fordern, zu erlassen. Diese Notwendigkeit ist freilich sehr beschämend für einen Kulturstaat. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.) Nach der Enteignungsvorlage könnte man sich kaum mehr wundern, wenn morgen ein Gesetz erlassen würde, das den Inhalt, nur Urodangehörige können Grundbesitz erwerben. (Heiterkeit.) Sehr gut! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Alle Parteien sollten gegen diese Art Gesetzgebung Front machen, denn was heute den einen trifft, kann morgen den anderen treffen. (Sehr wahr!) Was sollen die polnischen Landarbeiter tun, die sich kein Häuschen, kein Stüchchen Land aus ihrer heimischen Scholle erwerben können? Sie strömen in die Stadt und vermehren das industrielle Proletariat. (Sehr wahr!) Wenn Mächte des Erdennens Länder und Städte zerstören, wie jetzt das unglückliche Vessina, so regt sich das allgemeine Solidaritätsgefühl der Menschheit — aber in unseren östlichen Provinzen duldet man eine landverwüstende Politik. Selbst im Kriege schont man das Privateigentum; aber im Nationalitätenkämpfe soll seine Heiligkeit nicht gelten. Vergessen denn die Konserwativen, daß nicht landbesitzende, sondern landlose Leute die Truppen des Unsturzes sind? Wir bitten den ganzen Reichstag um Annahme unseres Antrages. (Lebhafte Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Graf Praschna (P.): Gleich unserem verstorbenen Führer, Herrn v. Quene, betrachten wir diese Frage nicht vom Standpunkt des Polentums und nicht von dem des Deutschums, sondern vom Standpunkt des Rechts. (Lebhafte sehr richtig! im Zentrum.) Das Eigentum ist nach der Reichsverfassung unerblich. Durch die preussische Gesetzgebung ist aber das Eigentum verlegt durch die Verhinderung der Ansiedelung sowie des Kaufs und Verkaufs. Für diese Gesetzgebung sind nationale und religiöse Gründe maßgebend gewesen. Man begründete sie mit der allgemeinen Staatsnotwendigkeit; diese könnte auch einmal das Entgegengesetzte verlangen. Die Doppelte Regierung hat einmal einem katholischen Pfarrer die Schulauflösung entzogen, weil er so stark germanisiert hat. (Hört! hört! im Zentrum.) Mit allgemeiner Staatsnotwendigkeit könnte man vielleicht auch einmal begründen, daß dementsprechend zurückgehalten werden müssen von der Ansiedelung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Reichsanwalt hat sich selbst als agrarisch bezeichnet; möchte er auch bei der Finanzreform sein agrarisches Herz wieder entdecken. Seine Anstehungsdoktrin ist jedenfalls keine besonders gute agrarische Politik. Das monarchische Gefühl im Volke kann nicht besser gefährt werden, als wenn die Bevölkerung mit ihrem Grund und Boden verbunden bleibt. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Es ist sehr bezeichnend, daß ein solcher Antrag eingebracht werden kann und daß wir ihm zustimmen, obwohl er eigentlich überflüssig ist. Denn das Gesetz, welches hier angegriffen ist, verleiht ganz offen gegen das Reichsrecht. Es ist bedauerlich, daß ein Partikularstaat sich unterfangen hat, ein Gesetz über Ansiedelungen zu geben, das einen klaren Bruch mit dem Reichsrecht darstellt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Ich bin keineswegs polnischer Gesinnung (Hört! hört! rechts), aber das kann mich nicht davon abhalten, das Unrecht, das den Polen zugefügt wird, zu bekämpfen. Auch ist es ein Irrtum der Polen zu glauben, daß das Ansiedelungsgesetz nur auf sie beschränkt sei, es ist auch auf Nicht-Polen angewendet, falls sie Sozialdemokraten sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nicht im einzelnen darlegen, warum das Gesetz ungerecht ist. Nur eines ist wunderbar, wenn man an die eben gehörten Debatten denkt: Die Herren von rechts klagen immer, daß die Landbevölkerung von uns ausgebeutet wird; sie behaupten, sie wollten die Bevölkerung hehlig machen, wir aber hielten die Bevölkerung davon ab. Aber hier handelt es sich um ein Gesetz, durch das die Sehaftmachung geradezu unterbunden werden soll, und zwar aus politischen Gründen. Um dies zu bekämpfen, sind die Herren rechts nicht zu haben, da sind sie hinausgegangen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Katholik, Sie haben ja im preussischen Landtag dafür gestimmt, daß die Kleinbauern ohne jeden Rechtsgrund von Haus und Hof vertrieben werden können, vorkünftig in Polen und später in ganz Preußen. Denn darüber soll man sich keinem Zweifel hingeben, daß der Hungertod der Agrarier, die ihren Großgrundbesitz arrondieren wollen, nicht in einzelnen Provinzen Halt machen, sondern weiter gehen werde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dem einzelnen Ansiedler sein Eigentum geraubt wird, wenn ihm verboten wird, in seinem Hause zu wohnen, wenn er es schließlich dann verkauft an einen Deutschen, so ist in der Tat ein solcher Eigentumsverlust nichts anderes als gemeiner Diebstahl auf Grund des Gesetzes. Diese Expropriation der kleinen Bauern, die von den Herren rechts betrieben wird, ist nichts weiter als ein ganz gewaltiger Raub. Bei solchem Raub tun wir nicht mit. Durch dieses Gesetz wird die Sehaftmachung unterbunden und die Polen nicht künstlich vermehrt. Eine Reihe von Kleinbauern, denen von der Ansiedelungskommission die Ansiedelung nicht gestattet wurde, haben aus der Provinz Polen fortziehen müssen und sind jetzt Verlegte im Ruhrrevier. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So vertrieben Sie (nach rechts) die Leute von Haus und Hof unter Mißachtung des Rechts.

Es wurde hier auch der Fall Sozjita erwähnt, dem nicht bescheinigt werden konnte, daß er konservativ oder antisemitisch sei, aber wenigstens konnte ihm bescheinigt werden, daß er königstreu sei. Aber auch das hat ihm nichts genügt! Die Konserwativen in

Preußen haben den Begriff der Königstreue schon so ausgehöhelt, daß einem wirklich Königstreuen Manne in Preußen kein Heimatsrecht gegeben werden kann. Bezeichnend ist die

absolute Willkür,

mit welcher das politische und das religiöse Motiv in die Eigentums-gesetzgebung hineingetragen wird. Ich kenne keine einzige Gesetzgebung, die auf einer so tiefen Stufe steht, die eine so krasse Gewalttat zu Recht erklärt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Es wird ja bezeichnend sein, wie die wenigen Konservativen, die den Saal nicht verlassen haben, stimmen werden, ob sie dafür stimmen werden, daß das Unrecht beseitigt werden muß und daß bei den Rechten der Reichsangehörigen auf ihre Glaubensbekenntnis auf ihre Nationalität keine Rücksicht genommen werden darf. Es handelt sich hier um ein heiliges Menschenrecht. Es muß ein Zustand beseitigt werden, wonach das, was durch die Arbeit anderer erstbeendet ist, durch ein Gesetz in das Eigentum der nationalen Politik heuchelnden Leute übergeben soll. (Murmur rechts.) Das halte ich für vaterlandsgefehrlich, für die schlimmste Unterdrückung einer vernünftigen Gesellschaftsrichtung. Nicht wir untergraben das Eigentum, Sie höhnen den Eigentumsbegriff aus, denn Sie sagen, jemand darf sein Eigentum nicht benutzen, weil er polnischer Nationalität ist, sondern ein anderer, der deutsche Gesinnung heuchelt. Durch diese Gesetzgebung unterstützen Sie die Hehlerei und Stehlerei.

Präsident Graf Stolberg: Sie dürfen nicht unter Bezeichnung von Abgeordneten sagen, daß sie Hehlerei und Stehlerei begünstigen. (Purse bei den Sozialdemokraten.) Dann nehme ich an, daß sich diese Ausdrücke auf Reichstagsabgeordnete nicht beziehen. (Weiterkeit.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen, als Protest dagegen, daß in dieser Weise gegen Staats- und Kulturrechte vorgegangen wird. Die politische Gleichberechtigung sollte etwas sein, was allgemein ist. Es handelt sich hier um einen Kampf der Gerechtigkeit gegenüber den Anschauungen der Konservativen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten und den Polen.)

Abg. Goltz (fr. G.): Auch ich kann gleich meinem Vorgesetzten nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß ein solcher Antrag notwendig war. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Um so dringender erforderlich ist die Annahme dieses Antrages, die den ersten Schritt zur Beseitigung von Zuständen bilden würde, die eines Kulturstaates unwürdig sind. Er geht der Antrag aber nicht einmal weit genug. Beseitigt werden muß auch der Zustand, daß die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu bestimmten Konfessionen von Beamten- und Offiziersstellen ausschließt. (Sehr richtig! links.) Die gesamte freisinnige Fraktionsgemeinschaft wird für den Antrag stimmen. (Lebhafte Beifall bei Sozialdemokraten, Freil., B. und Polen.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Graf Stolberg wird beschlossen, die Beratung abzubrechen und am Donnerstag fortzusetzen. Die nächste Sitzung dagegen wird stattfinden am Mittwoch, den 24. Februar, 3 Uhr. (B. Lesung der Dampfersubventionsvorlage, des Gesetzes betr. Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte; 1. und 2. Lesungen von Rechnungssachen.)

Schlus gegen 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Arbeitskommission verhandelte in ihrer Freitagssitzung über den § 8 der Regierungsvorlage, der die Errichtung der Arbeitskammern den Landeszentralbehörden überweisen will. Vom Zentrum liegt hierzu ein Antrag vor, dem Bundesrat diese Aufgaben zuzuwenden. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten schon zum § 1 der Vorlage, der die fakultative Errichtung der Kammern vorseht, einen Antrag gestellt, der es den Behörden unter gewissen Voraussetzungen zur Pflicht macht, die Errichtung einer Kammer anzuordnen. Dieser Antrag stand jetzt beim § 8 mit zur Beratung. Er verlangt, daß auf Antrag der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in einem Gewerbebranche innerhalb eines bestimmten Bezirks die Errichtung anzuordnen ist, wenn die Mehrheit der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer dem Antrage zustimmt. Auch über die Art der Abtätigung enthält der Antrag Bestimmungen, die sich im wesentlichen mit dem Wortlaut der §§ 100 und 100a der Gewerbeordnung decken. Unsere Genossen hatten ferner beantragt, bei Annahme des Zentrumsantrages zu bestimmen, daß, wenn sich die Arbeitskammern auf mehrere Bundesstaaten erstreckt, die behördlichen Befugnisse den Behörden desjenigen Bundesstaates übertragen werden sollen, in dem die Arbeitskammer ihren Sitz hat. Von freisinnigen, konservativen und einzelnen Zentrumsabgeordneten war außerdem beantragt, vor Errichtung der Kammern Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Handels- und Handwerkskammern und Kommunalverbände zu hören. Endlich verlangten die Nationalliberalen, daß die Bildung von besonderen Abteilungen auch nach der Größe der Gewerbebetriebe angeordnet werden kann.

Die Besprechung drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob man den Bundesrat mit der Errichtung der Kammern betrauen sollte oder ob diese Aufgaben den Landeszentralbehörden überlassen bleiben sollten. Ferner um das Verlangen unserer Genossen, den Beteiligten die Initiative zur Errichtung der Kammern zu gewähren. Die Redner aller Parteien mit Ausnahme der Konservativen erklärten an, daß dem Bundesrat die Zuständigkeit zur Errichtung der Kammern übertragen werden müsse, wenn man eine differierende Stellungnahme der einzelnen Bundesstaaten verhüten wolle. Auch die Verechtigung der Initiative durch die Beteiligten, wie sie bei sozialdemokratischem Antrag forderte, wurde von mehreren bürgerlichen Rednern zugegeben. Von den Genossen Sederling und Wömelburg konnte zudem darauf hingewiesen werden, daß in einer Eingabe des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und in einem Artikel der „Deutschen Juristen-Ztg.“ der Bürgerliche Professor Bloth die Forderungen des sozialdemokratischen Antrages unterstützt werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums auf Übertragung der Zuständigkeit an den Bundesrat angenommen, alle übrigen Anträge aber abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung des Rechts der Initiative an die Beteiligten wurde bis zur zweiten Lesung zurückgezogen.

Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, der in Konsequenz des Zentrumsantrages eine rein redaktionelle Änderung

der Regierungsvorlage herbeiführen wollte, mutete ein wenig seltsam an. Es scheint so, als ob er nur deswegen keine Gnade vor den Augen der Kommissionsmehrheit gefunden hat, weil er von Sozialdemokraten gestützt war.

Aus der Subkommission des Reichstages.

(20. Sitzung vom 19. Februar.)

Bei Beginn der Sitzung gibt der Staatssekretär Dernburg die Erklärung ab, daß im Falle Wieheger das ehrengerichtliche Verfahren deshalb noch nicht eingeleitet werden könne, weil das Strafverfahren noch nicht beendet sei.

Die Debatte über den Etat der Kolonie

Südwestafrika

wurde beim Titel „Landespolizei“ fortgesetzt. Von einigen Mitgliedern der Kommission wird eine Reorganisation der Polizei verlangt und in erster Linie gewünscht, daß die Polizei des militärischen Charakters mehr entleidet werde, worauf Gouverneur v. Schudmann erwiderte, der gewünschte Zustand bestehe jetzt schon, er sei aber gerade kein empfehlenswert. Beim Titel „Medizinwesen“ erklärt Gouverneur v. Schudmann zur allgemeinen Ueberzeugung, daß die hierfür ausgeworfene Summe von 220 000 Mark ihm zu hoch erscheine! Staatssekretär Dernburg, den dieser Seiten sprung seines Beamten offenbar peinlich berührte, erklärte, daß jener mit seinem Ausspruch keineswegs gegen den Vorschlag dieses Postens habe polemisieren oder dem Generaloberarzt habe zu nahe getreten wollen. Singer wies darauf hin, daß die niedrige Einstellung dieses Postens keineswegs bedeute, daß die Kranken etwa weniger Medizin erhalten sollten. Wenn es notwendig sei, so könne in einem solchen Falle der Vorschlag überschritten werden. Die Verpflegungsgelbe, die für Weize auf 2,25 M. und für Farbiges auf 1 M. pro Tag angelegt sind, wurden von verschiedenen Seiten als zu hoch angesehen und schließlich wurden von der 222 000 M. betragenden Summe 40 000 M. abgesetzt.

Beim Titel „Hebung der Viehzucht“, wofür 40 000 Mark angefordert werden, fragt Erzberger an, warum die Regierung nicht die Einfuhr deutschen Viehes mehr fördere, freilich sei sein Wahlkreis in der Lage, vorzügliche Rasttiere zur Verbesserung der afrikanischen Rasse abzugeben. Der Titel „Dienststellen, Umzugskosten“ gibt zu einer Debatte Veranlassung. Der Referent Dr. Semler teilt unter anderem mit, daß die Ueberführung des Gouverneurs v. Schudmann nach Südwestafrika 17 350 M. gekostet habe. So teuer sei die Reise doch nicht. Er (Referent) würde nie nach Südwestafrika gekommen sein, wenn der Versuch mit einem solchen Geldaufwand verbunden sei. Gouverneur v. Schudmann entgegnet, daß er keinen Pfennig mehr erhalten habe, als ihm gesetzlich zustünde; daß das nicht geschehe, dafür Sorge schon das Reichsfinanzamt. Uebrigens müsse man bei Vergleichen mit seinem Vorgänger berücksichtigen, daß jener Junggeselle gewesen sei, während er mit vier Familienmitgliedern und zwei Dienstmädchen gereist sei. Der Umzug eines anderen Herrn von Berlin nach Hamburg habe nur 30 000 M. betragen! — Gewünscht wurde von der Kommission allgemein, daß die Umzugskosten auf das notwendige Maß und auf den wirklichen Aufwand beschränkt würden. Ein Abstimmt wurde jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Regierung den Posten schon um 127 000 M. niedriger eingestellt hat als im vorigen Jahre, nicht gemacht. Hingegen wurden bei dem Titel „Ausrüstung der Polizei“ 6800 M. abgesetzt.

Beim Titel „Militärverwaltung“ regt der Referent Semler den Bau einer Eisenbahn an, um den Süden mit dem Norden der Kolonie zu verbinden, was auch sehr im militärischen Interesse liege. Der Kommandeur der Haupttruppe, Oberst von Storr, vertritt denselben Standpunkt. Die Diskussion hierüber wird in der am Sonnabend stattfindenden Sitzung fortgesetzt werden.

Rechnungskommission des Reichstages.

Bei der Prüfung der Rechnungen für Kamerun pro 1903 wurde festgestellt, daß der frühere Gouverneur v. Püttlamer für den Bau des Bezirksamtsgeländes in Duala statt der bewilligten 52 000 M. nicht weniger als 1 020 000 M. aufgegeben hat! Der Referent, Abg. Schwarze-Vippstadt, Abg. Hug (B.) und ganz besonders Abg. Hengsbach (Soz.) wandten sich gegen diese eigenmächtige Wertschätzung. Hengsbach bedauert lebhaft, daß bereits für die Jahre 1901 und 1902 die Summe von 88 000 M. von der früheren Rechnungskommission unbeanstanden durchgegangen sei; diese Zustände müssen entschieden mißbilligt werden. Ministerialdirektor Conze konnte nicht viel zur Entschuldigung vorbringen.

Beim Etat für Samoa wurde moniert, daß von den bewilligten 2500 M. für Verbreitung der deutschen Sprache nur 200 M. ausgegeben wurden. Der Rest floh in den Rezerdefonds, aus dem dann alle möglichen, nicht bewilligten Ausgaben bestritten werden. Von unserer Seite unterzog Genosse Ulrich dieses Treiben einer scharfen Kritik. Ein Beschluß in dieser Sache soll erst in nächster Sitzung gefaßt werden.

Aus der Partei.

Die ersten sozialistischen Parlamentskandidaten im Staate Victoria.

Melbourne, 4. Januar. (W. Ver.) Kurz vor Weihnachten wurde das Unterhaus von Victoria durch den Gouverneur aufgelöst, weil der bisherige konservative Ministerpräsident Sir Thomas Bent kein neues Ministerium zu bilden vermochte, nachdem das Parlament ihm auf Antrag der Liberalen ein Mißtrauensvotum erteilt hatte.

Zum erstenmal in der Geschichte Victorias, entschlossen sich die Sozialisten an der Wahllokal teilzunehmen, nachdem kurz zuvor in der Gesamtpartei von Australien durch Referendum zugunsten der politischen Aktion entschieden worden war. Die Ausichten für die sozialistischen Kandidaten waren von vornherein keine rosigten. Nicht nur das jugendliche Alter der Partei von 3 Jahren, die Schwäche der Finanzen, die Kürze der Zeit zwischen Parliamentsauflösung und Neuwahl (28. Dezember 1903), sondern hauptsächlich auch die Ansicht im Lande, daß es sich um eine Entscheidung für oder wider das bisherige Regiment handle, standen der sozialistischen Partei im Wege. Sie stellte zwei Kandidaten ins Feld, erklärte revolutionäre, marginalische Sozialisten. Mehr Kandidaten aufzustellen war schon damals nicht möglich, weil in Victoria (wie in anderen australischen Bundesgebieten) bei den Wahlen für das

Bundesparlament noch das vor circa 20 Jahren geschaffene infame Gesetz besteht, daß die Kandidaten die Summe von 50 Pf. Sterk. (1000 M.) hinterlegen müssen. Diese 50 Pf. Sterk., die aufzubringen für eine arme Partei nicht leicht ist, gehen an den gutmeinenden Vater Staat verloren, wenn der Kandidat nicht mindestens ein Fünftel der Stimmen des siegreichen Kandidaten auf sich vereinigt. Kennzeichnend für die Arbeiterpartei ist, daß sie diese Gesetze niemals ernstlich bekämpft hat. Vor den Wahlen hatte die Arbeiterpartei, in einer von ihr vorgeschlagenen Konferenz, eine Versammlung mit der sozialistischen Partei angeregt. Als aber unsere Delegierten fragten, ob die bisherigen Arbeiterkandidaten denn in Zukunft als sozialistische auftreten würden, war es mit der Konferenz zu Ende! So wurde die Wahlparole der Sozialisten: Kein Kompromiß! Ihre Kandidaten sehen es nicht wie die übrigen vornehmlich auf Stimmenfang ab, sondern bemühen sich um die Schulung der Wähler in Nationalökonomie und Politik. Ihre Wahlreden ständen an Intelligenz, Feuer und Entschiedenheit hoch über dem persönlichen, denunziatorischen Gezeiter der Nichtsozialisten. Die große Masse der Wähler, für deren Schulung die Arbeiterpartei in ihrer 25-jährigen Existenz so gut wie nichts getan hat, ist jedoch politisch noch zu unwillig, noch zu sehr hypnotisiert von den Schlagwörtern: Liberale Partei und Arbeiterpartei, als daß sie den Sozialisten zum Siege verholfen hätte; obwohl wirkliche Begeisterung und der Wille, die Redner anzuhören nur in den Wahlversammlungen der sozialistischen Kandidaten vorhanden war. Die Arbeiterpartei besah die Verluste, am Tage vor der Entscheidung ein Flugblatt voll der schmutzigsten Lügen über die Sozialisten auszusetzen, ferner durch einen ihrer Redner erklären zu lassen, daß ein sozialistischer Kandidat bestochen worden sei. Das Resultat der Wahl war, daß die sozialistischen Kandidaten nur 82 und 85 Stimmen gegen 984 und 781 der Sieger erhielten. In beiden Kreisen schlopfte der Kandidat der Arbeiterpartei durch. Das Parlament, das 65 Abgeordnete hat, ist nach der Niederlage der Konservativen zusammengesetzt aus 22 Konservativen, 19 Liberalen, 21 Arbeiterparteilern und 3 Wilden. Die Arbeiterpartei gewann 6 Sitze, während sie vor der Auflösung 15 Mandate hatte. Früher hatte sie schon einmal 18 Sitze innegehabt. In Zukunft wird jedenfalls die Entscheidung zwischen der Arbeiterpartei und den vereinigten Konservativen und Liberalen fallen müssen. Vorausichtlich wird die Arbeiterpartei dann in nicht zu langer Zeit die Macht erlangen und erst dann wird das Feld für die Sozialisten zu frohlichem Ringen gefaßt sein. Die sozialistische Partei verliert also jetzt leider ihr Depot. In der sozialistischen Partei verliert also jetzt leider ihr Depot. In der sozialistischen Partei verliert also jetzt leider ihr Depot. In der sozialistischen Partei verliert also jetzt leider ihr Depot.

An diesen Wahlen haben die Frauen noch nicht teilgenommen. Erst vor einigen Wochen erhielten sie in Victoria, der in diesem Falle der letzte der australischen Staaten war, das Wahrecht, nachdem das betreffende Gesetz vom Unterhause sechszehnmal angenommen, vom Oberhause aber immer wieder verworfen worden war.

In Neu-Seeland, in dem vor einigen Wochen Parlamentswahlen stattfanden und drei sozialistische Kandidaten im Felde standen, vereinigte ein Sozialist 287 Stimmen auf sich. Die Arbeiterpartei ist in Neu-Seeland sehr schwach und brachte nur einen Kandidaten mit Hilfe der sozialistischen Stimmen durch und dies in der Hauptstadt des Landes, Wellington.

Aus der frauenbewegung.

Die weibliche Erwerbstätigkeit nach der Berufszählung von 1907.

Die Berufszählung vom 12. Juni 1907, deren Hauptzahlen kürzlich veröffentlicht wurden, hat als eines der wichtigsten Ergebnisse eine gewaltige Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit aufgewiesen. Bei einer Vermehrung der weiblichen Gesamtbevölkerung von 1893 bis 1907 um nur 18,58 Proz. hat die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberuf um 68,69 Proz., einschließlich der häuslichen Dienstboten (deren Zahl etwas zurückgegangen ist) um 44,21 Proz. zugenommen, während die männlichen Erwerbstätigen nur eine Zunahme von 19,85, einschließlich der Dienenden von 19,75 Proz. erfahren haben. Etwa 1895 noch 5 264 383 weiblichen Erwerbstätigen 15 500 482, also fast dreimal so viel männliche gegenüber, so war im Jahre 1907 die Zahl der männlichen Erwerbstätigen mit 18 583 864 nicht viel mehr als doppelt so groß wie die weiblichen mit 8 243 498.

Fast 10 Millionen erwerbstätiger Frauen, einschließlich der Dienenden, das ist also das Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung, die damit allerdings in gründlicher Weise mit dem alten Ideal der „ins Haus gehörenden Frauen“ aufgeräumt hat. Wie soll man angesichts der nackten Tatsache, daß heute bereits fast ein Drittel der weiblichen Gesamtbevölkerung, d. h. die Hälfte der weiblichen erwachsenen (über 15 Jahre alten) Bevölkerung beruflich tätig ist, noch all die veralteten Konsequenzen aufrechterhalten, die sich aus dem einseitigen Hausfrauenideal ergaben: die Zurücksetzung und Bevormundung der Frau in wirtschaftlicher, in familienrechtlicher, in politischer Beziehung, in Hinsicht auf die Zulassung zum höheren Studium, zu höheren Beamtenstellungen u. v. ?

Witterungsüberblick vom 19. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. u. F. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. u. F. |
|-----------|-------------------|--------------|------------|----------|-------------------|------------|-------------------|--------------|------------|--------|-------------------|
| Stettin | 766 | SEB | 1 | Schnee | -2 | Kaparra | 700 | SEB | 1 | wollos | -22 |
| Hamburg | 769 | SEB | 2 | Rebel | 0 | Petersburg | 762 | SEB | 1 | Schnee | -22 |
| Berlin | 767 | SE | 2 | bedekt | 1 | Seidz | 760 | SEB | 3 | wollos | 6 |
| Frankfurt | 770 | SE | 1 | heiter | -5 | Aberdeen | 765 | SEB | 1 | heiter | 1 |
| München | 772 | SEB | 1 | wollos | -13 | Oslo | 764 | D | 2 | wollos | -2 |
| Wien | 770 | SEB | 1 | halb bb. | -8 | | | | | | |

Wetterprognose für Sonnabend, den 20. Februar 1909. Ein wenig kälter, teilweise aufklarend, vorwiegend trübe und neblig bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Turm-Str. 76 Lachmann & Scholz Otto-Straße 1

Größtes Warenhaus

in Moabit.

Sonnabend, den 20. 2.
Sonntag, den 21. 2.
Montag, den 22. 2.

Extra-Preise soweit Vorrat. Verkauf jetzt I. Etage.

Unsere Lebensmittel-Abteilung haben bedeutend vergrößert.

- Viktoria-Erbsen . . . Pfund 16 Pf.
- Linsen . . . Pfund 14 Pf.
- Weißbohnen . . . Pfund 14 Pf.
- Java-Reis I. Sorte . . . Pfund 25 Pf.
- Hausmacher-Nudeln . . . Pfund 36 Pf.
- 3/4 Pfd. Zucker und 1/4 Pf. Kakao 95 Pf.
- 1/2 Pf. Kaffee und 1/2 Pf. Kakao 95 Pf.
- Backobst . . . Pfund 28 Pf.
- Türk. Pfäunen . . . Pfund 18 Pf.
- Felne Leberwurst . . . Pfund 95 Pf.
- Gute Fleischwurst . . . Pfund 95 Pf.
- Echte Braunsch. Mettw. . . Pfund 95 Pf.
- Blut- oder Leberwurst . . . Pfund 48 Pf.
- Schinkenspeck . . . Pfund 95 Pf.
- Holst. Cervelatwurst . . . Pfund 1.15
- Pomm. Teewurst . . . Pfund 1.05
- Landleberwurst Pa. Sorte . . . Pfund 1.05
- Fetten Speck . . . Pfund 78 Pf.

- 1 Flasche Cognac la Roche . . . 95 Pf.
- 1 Flasche Rum Verschnitt . . . 95 Pf.
- 1 Flasche Ungarwein gute Qualit. . . 95 Pf.
- 1 Flasche Alpenkräuter . . . 95 Pf.
- 1 Flasche Getroidekummel . . . 95 Pf.
- Lachs, geräuch., beste Ware, 1/4 Pfd. 28 Pf.
- Gelsardinen . . . Dose 45 Pf.
- Pumpernickel . . . Stck. 13 Pf.

Heute Schluß unserer 95 Pf.-Tage

Kasseler Rippespeer . . . Pfund 80 Pf. Polnische Bratwurst warm . . . Pfund 65 Pf. Schweizerkäse, Emmenthaler, Pfund 78 Pf.

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71

PREISWERTE ANGEBOTE

von Sonnabend, den 20., bis Mittwoch, den 24. Februar cr., so lange Vorrat

Ein Waggon Porzellan bunt

| | | |
|---|---|--|
| Milchtöpfe f. dekoriert, Satz 6 Stück . . . 98 Pf. | Teekannen f. dekoriert Stück 28 Pf. | Flaschen Delft Stück 45 Pf. |
| Milchtöpfe f. dekoriert, Stück 10 23 Pf. | Kompottschalen f. dekoriert Stück 8 Pf. | Speiseteller mit Goldrand, tief u. flach, Stück 28 Pf. |
| Cabarets f. dekoriert Stück 48 Pf. | Vorratsstollen Delft Stück 45 Pf. | Dessertteller mit Goldrand Stück 20 Pf. |
| Kinderservice f. dekoriert 4 Teile 90 Pf. | Mesten Delft Stück 90 Pf. | Dessertteller bunt Stück 20 Pf. |

weiss

| | | |
|---|---|---|
| Speiseteller tief und flach Stück 10 Pf. 18 Pf. | Kaffeekannen neue Form Stück 48 Pf. | Saucieren Stück 48 Pf. |
| Dessertteller Stück 8 Pf. 12 Pf. | Kaffeekannen gerippt 5 Gr. von 38 bis 90 Pf. | Bratenplatten 6 Grössen von 25 bis 98 Pf. |
| Terrinen Stück 98 Pf. | Portions-Tassen gerippt Pr. 18 Pf. | Compots □ 6 Grössen von 12 bis 42 Pf. |
| Kartoffelschüssel mit Deckel Stück 75 Pf. | Zuckerboxen Stück 15 Pf. | Compots rund 6 Grössen von 12 bis 48 Pf. |

| | |
|--|--|
| Tafelservice weiss, für 6 Personen 30 Teile 7.95 | Kaffeesevice bunt, für 2 Personen 0.98 |
| Tafelservice weiss, für 12 Personen 60 Teile 16.95 | Kaffeesevice bunt, für 6 Personen 2.25 |

Ein Posten Emaille-Geschirre ganz besonders preiswert

Schmortöpfe, Kasserollen, Wasserkessel, Schüsseln, Waschbecken, Wasserkannen und Toilette-Eimer

Seifen

| | |
|---|---|
| Harzkernseife hell, 5 Stück im Riegel 40 Pf. | Vaseline-Seife ca 125 Gramm 5 Stück 45 Pf. |
| Transparentseife Riegel ca. 2 Pfund 40 Pf. | Lanolin-Seife ca. 180 Gramm 3 Stück 45 Pf. |
| Palmöl-Oberschale ausgetrocknet, Riegel ca. 2 Pfund 60 Pf. | Weisse Fliederseife sehr wohlriechend 3 Stück 4 Pf. |
| Stein's Waschkraft bestes Seifenpulver, 6 grosse Packets 95 Pf. | Iris-Veilchenseife sonst Stück 50 Pf. 3 Stück 65 Pf. |

Fleischwaren

| | | |
|--|-------------------------------------|---|
| Zwiebelleberwurst Pfund 48 Pf. | Schlackwurst Pfund 1.10 | Landleberwurst Pfund 90 Pf. |
| Rotwurst Pfund 48 Pf. | Salamiwurst Pfund 1.10 | Mettwurst Braunschweiger Art Pfund 90 Pf. |
| Tee-Schlackwurst Pfund 1.20 | Fleischwurst Pfund 95 Pf. | Filetwurst Pfund 95 Pf. |

| | | |
|---------------------------------------|---|---------------------------------------|
| Pa. Kassler Rippespeer . Pfund 80 Pf. | Schweine-Koteletts Pfund 88 Pf. | Fett und magerer Speck . Pfund 80 Pf. |
| Pa. Suppenhühner Stück 1.85 bis 2.25 | la. Hammelfleisch besonders preiswert. | Rehblätter 2.00 bis 2.50 |

Kolonialwaren — Früchte

| | | |
|--|-----------------------------------|--|
| Gemischte Marmelade 5 Pfund-Eimer 1.15 | Kochzucker 5 Pfund 1.05 | Kunsthonig. 5 Pfund-Eimer oder Topf 1.60 |
| Ananas Pfd. 65 Pf. | Zitronen . Dts. 25 35 45 Pf. | Apfelsinen Dts. 30 40 50 Pf. |
| | | Blutapfelsinen . . . Dts. 45 Pf. |

Zweien erschienen:
Die Sozialdemokratie
im deutschen Reichstage.

Selt IV.
Die Tätigkeit des deutschen Reichstages von 1887—1889 von H. Weber.
Preis 1,— M.

Vorher sind von demselben Verfasser erschienen:

Selt I.
Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871—1874.
Preis 60 Pf.

Selt II.
Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1874—1876.
Preis 1,— M.

Selt III.
Die sozialdemokratischen Wahlausrufe für die Reichstagswahlen von 1881, 1884, 1887.
Preis 1,— M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Friedrichstr. 69, Laden.

Nur noch kurze Zeit!

Eilt! Gänzlicher Ausverkauf wegen Geschäftsauflösung. Eilt!

| | |
|--|--|
| Reinseidene Bänder, 11 cm br. 25 Pf. | Stores Stück 1.95 |
| Breite Spitzen Meter 10 Pf. | Tuch-Tischdecken, reich bestickt 1.75 |
| Empire-Korsette Stück 75 Pf. | Elegante Pelz-Stolas 4.75 |
| Tüdel-u. Wirtschafts-Schürzen 25 u. 45 Pf. | Elegante Abendmäntel 12.50 |
| Knaben-Anzüge von 2.50 an | Samt-Jacketts, alle Farben 9.50 |
| Herren-Anzüge von 8.00 an | Eleg. Tollblusen auf Seide 4.95 |
| 130 cm br. Inlett Meter 65 Pf. | Kostüm-Faltenröcke, reine Wolle 2.95 |
| 80 cm br. Bezugstoffe Meter 25 Pf. | Elegante Paletots 4.95 |
| Hemdentuche Meter 18 Pf. | Damen-Achsel-Hemden mit gestickt. Passo 1.10 |
| Reich garnierte Portieren 3.45 | Damen-Achsel-Hemden mit Spitze u. Languetto 1.35 |
| Gardinen Meter 25 Pf. | Damen-Achsel-Hemden m. Stickerei 1.95 |

Im Restfenster zum Ausschauen: Große Posten Reste in Barchent, Hemdentuchen und Schürzenstoffen.
Zur Hälfte des Wertes

Müllerstr. 182-183. **Kaufhaus Wedding** Müllerstr. 182-183.

Verkehrslokal

mit Bureau (zwei Zimmer) sucht Gewerkschaft im Zentrum oder Nordosten. Offerten unter H. 2 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“.

Pianino, erster Hoflieferantenfirma, weit unter Wert sofort veräußert. Französischstr. 15, 1 v.

Zeugen gesucht

Um meine Billigkeit zu beweisen, werden tausende Herren gebeten, sich meine Monatsgarderobe anzusehen, und empfehle solche, in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit getragen (für jede Figur passend)
Monats-Jackett-Anzüge 5, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Frühjahrs-Paletots 5, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2.50, 5.00 M.

Eleganteste Gesellschafts-Anzüge sowie im Abonnement verleihe Maße von 18 Mark aufwärts.

Grosse Abteilung neuer Garderobe

J. Wand

Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Straße 116 an der Andreasstraße.
2. Geschäft: Friedrichstraße 127 gegenüber Passage-Kaufhaus.
3. Geschäft: Brunnenstraße 179 an der Invalidenstraße.

Garderoben jeder Art werden billigst verliehen.

Herren-Stoff-Reste Wer — Stoff — hat

zu Herrenmänteln (Homburg), feinste Habritate, Nammgarne, Cheviots, neueste Muster von 5 M. an per Meter, reine Wolle. 41/18

Ludwig Engel, Prenzlaue-Str. 23, II. (Alexanderplatz.)
Ludwig Engel, Prenzlaue-Str. 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: „Napoleon“ Gebrod-Anzug 20. 48.— nach Maß, Tuchmangarn, feine Klappen, unerreicht.

Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung vom Freitag, den 19. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministerisch: Freiherr v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Besoldungsgesetzes für katholische Pfarrer.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wie man der evangelischen Kirche eine halbe Million gutmütig zugelegt hat, hat man auch der katholischen Kirche noch eine Viertelmillion zugegeben. Vor einigen Tagen hat Herr Schmitt die Notwendigkeit vermehrter Entlohnung von Gefängnisgeistlichen betont. Interessant war, wie Herr Schmitt sich die Erzielung von Geständnissen im Untersuchungsgefängnis denkt. Er meinte, den Unschuldigen sollte man in Ruhe lassen. Wie aber will er herausbekommen, wer von den Untersuchungsgefangenen unschuldig ist, wo es doch der Untersuchungsrichter nicht herausbekommen hat? Die Kirche sollte aus ihren reichen Mitteln mehr für den niederen Klerus tun. Mir ist ein Schreiben aus Rheinland zugegangen von einer Reihe katholischer Pfarrer. (Lesen im Zentrum.) Ich will es Ihnen vorlesen:

„An die hochansehnliche Fraktion der sozialdemokratischen Partei, Berlin. (Lesen im Zentrum.) Wenn die Unterzeichneten auch nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen, so glauben sie doch, mit Erfolg sich an die Partei wenden zu dürfen, welche sich stets der Rechtlosen und Unterdrückten angenommen hat. Zu diesen Rechtlosen gehört der katholische Klerus, den die Bischöfe so gern den niederen Klerus nennen. Diese Rechtlosigkeit zeigt sich wieder bei der Besoldungsfrage. Mit Spannung sah man dem ersten Auftreten des Zentrums entgegen. Die Bischöfe sind bereit hinter den Kulissen arbeiten. Darauf erschien in der „Kölnischen Volkszeitung“ eine Besoldungsfrage. Es wurde betont, daß das Zentrum für den niederen Klerus eintreten wird. Jetzt aber versteckt sich das Zentrum hinter die Bischöfe. Die politische Zentrumspartei hat gebundene Marschroute, gebunden durch die Bischöfe. Wer glaubt da noch an die Lehre von der politischen Zentrumspartei? Das Zentrum hat sich stets aufgespielt als die Partei, welche allen gerecht wird. Die Notlage des Klerus hat sie anerkannt, warum hilft sie jetzt nicht? Die Bischöfe wünschen eben keine bessere Besoldung des niederen Klerus. Sie selbst haben reichliche Vorräte entsprechend ihrer Stellung als Kirchensfürsten, wie sie sich gern gegen den Geist des Evangeliums nennen. Ein armer Klerus ist gefügiger. Deshalb bitten die Unterzeichneten im Namen der Mehrzahl der katholischen Geistlichen — die meisten wagen nur zu denken, was wir sagen — die Aufmerksamkeit aller auf uns zu lenken und dem Zentrum seine Pflicht vorzubehalten. Die sozialdemokratische Presse bitten wir um gütige Aufnahme dieses Notkreises einer großen Klasse von Rechtlosen im Namen der Humanität.“

(Gelächter im Zentrum. Rufe: Unterzeichnet!) Das könnte Ihnen so passen, wenn ich Ihnen die Seele demütigen würde. Ich habe die Unterschriften zur Voricht sogar von dem Original abgeschrieben, damit sie Ihnen nicht in die Hände fallen. Widerlegen Sie doch den Inhalt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein ähnliches Schreiben ist mir aus dem Rheinland noch in den letzten Tagen zugegangen, in dem unter Bezugnahme auf einen Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 1. Januar 1909 auch betont wird, daß das Zentrum den Besoldungen der Bischöfe gehorcht und in dem um Unterstützung der Wünsche der niederen Geistlichen gebeten wird. (Zuruf im Zentrum.) Sie sagen: Stimmen Sie doch dafür, Geizig, wenn der Staat das Mitbestimmungsrecht hätte und es handelte sich um eine Abänderung, dann würden wir dafür stimmen, aber das Ganze ablehnen. (Lesen im Zentrum.) Ich verstehe Ihr Lachen nicht. Wir sind prinzipiell gegen Staatszuschüsse an die Kirche. Wenn wir aber damit nicht durchdringen, und wir können für die Zuschüsse wenigstens Kontrolle haben, so stimmen wir natürlich für die Kontrolle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Kirche anfangen wollte zu sparen beim Papst, bei den Kardinalen und Erz-bischöfen, dann hätte sie ungeheure Summen für den niederen Klerus zur Verfügung. Mein Kollege Vogmann hat vor einiger Zeit ein Menu von einem Aufsichtsratsessen vorgelesen. Ich will Ihnen ein Menu zum Besten geben als Beweis dafür, daß sich die geistlichen Würdenträger sehr wohl befinden. Ich will es nicht zu weit ausdehnen. Sonst könnte ich Ihnen bei jedem Gang einen Wibelpruch zum Besten geben. (Weiterkeit.) Ich will nur die Reihenfolge der Speisen wiedergeben:

Geflügel-Articlets, Königin-Suppe, Vachforellen mit Kartoffeln und Buttertunke, Hehrüden mit Maronen, Erbsen und Spargel, Jungentragout, junge Gänse mit Salat und Kompotten, Eis, Käse, Obst, Kaffee.

Dazu folgende Weine: Madeira, Geisenheimer, Rerziger, 1900er Raubentale, 1904er Riesporter, 1897er Bordeaux-Rar-gaug, 1900er Liebstrauenmisch, 1904er Brauneberger Auslese, Champagner.

(Große Heiterkeit.) Hierzu paßt sehr schön der Spruch aus Lukas 18, 2 (Weiterkeit), wo es heißt: „Da Jesus das hörte, sprach er zu ihm, verlasse alles, was Du hast und gib es den Armen, so wirst Du einen Schatz im Himmel haben; und komm, folge mir nach.“ Und auch der andere aus Jesus-Strach 29, 28: „Es ist genug zu diesem Leben, wer Wasser und Brot, Kleidung und Haus hat, damit er seine Notdurft decken kann.“ — Sie müssen zugeben, daß demgegenüber das Menu ein ganz anständiges Mittagessen ist und daß man solche Summen wahrlich sparen könnte für bessere Bezahlung der niederen Geistlichkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird ja auch in Ihren Reihen nach und nach Tag; es gibt schon Geistliche, die das Joch abwerfen. Ich erinnere an den katholischen Geistlichen, der von Geistesqualen gequält, öffentlich im Ornat alles widerrief, was er gepredigt hatte, und dann für einen gewöhnlichen Tagelohn als Weber arbeitete. Er hatte den Mut, für seine Ueberzeugung wirklich einzutreten. Das Zentrum sollte doch durch die Zeit des Kulturkampfes gewarnt sein, sich beim Staate in Abhängigkeit zu begeben. Daß der Staat für die Zuschüsse von der Kirche gewisse Dienste im Interesse seiner Existenz erwartet, das beweist am besten die Ausnahmebestimmung in dieser Vorlage gegenüber den katholischen Geistlichen in den Diözesen Rom und Gnesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Geistliche, die sich in einer Weise betätigen, die „das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung oder die staatliche Ordnung gefährden“, sollen die Zulage nicht erhalten! Dieser Satz erinnert an das Sozialistengesetz, wo vom Umsturz der bestehenden Staatsordnung die Rede war, und auf Grund jenes Gesetzes hat man rein wissenschaftliche Bücher verboten und das ganze Vereinsleben zugrunde gerichtet. Diese Stellung des Staates zu den Geistlichen ist der ärgste Terrorismus, der gedacht werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine katholische Partei wie das Zentrum müßte ein Gesetz, das einen solchen Paragraphen enthält, ablehnen und auf den Staatszuschuß verzichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber sie sagen „Geld reicht nicht“ und nehmen es sehr gern. Sie berufen sich auf die Säkularisation der Kirchengüter. Wir sind gern bereit, für die Rückgabe aller Kirchengüter einzutreten, wenn Sie nachweisen, daß die Kirche diese Güter rechtlich erworben hat. (Sehr gut! und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Interessant ist, was die „National-Zeitung“ schreibt: „Die vom Kultusminister an die Diözesen verteilten Fonds sind so reichlich bemessen, daß etwa ein Fünftel davon übrig bleibt.“ Auf diese Art werden für ein-

seitige Zwecke einer politischen Richtung 700 000 M. aus der Staatskasse ausgegeben. Das ist um so bedenklicher, als Zentrum und Sozialdemokratie hier und da zusammengehen.“ Ra, es sind schlechte Bundesgenossen; uns haben sie von den 700 000 M. noch nichts abgeben. (Große Heiterkeit.)

Als entscheidliche Tatsache zitiert die „National-Zeitung“, daß im Kultusministerium sogar zur Bearbeitung der Angelegenheiten der katholischen Kirche ein katholischer Referent vorhanden wäre. Wenn die kirchlichen Angelegenheiten heraus wären, so könnte man aus dem Kultusministerium ein Kultusministerium machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie schreibt auch, der Kultusminister Boffe habe sich von katholischen Bischöfen einsperren lassen. Ein von katholischen Bischöfen eingesezierter preussischer Kultusminister ist ein gutes Bild für jedes Bishblatt. (Weiterkeit.) Die Zeitung klagt noch darüber, daß von den Bischöfen die Staatszuschüsse für andere Zwecke verwendet würden. Wenn die Nationalliberalen für die Trennung von Staat und Kirche eintreten wollten, so würden solche Zustände nicht mehr möglich sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Über wollen die Herren etwa wieder den unseligen Kulturkampf heraufbeschwören? Ich dachte, die dominierende Stellung, die das Zentrum hier im Laufe und im Reichstag einnimmt... (Lachen bei den Nationalliberalen), sie nimmt sie ja heute noch ein, und wenn Sie mit Ihrem Bloß sich noch so freuen! Wenn Sie mit Ihrem Bloß nicht parieren, so wird von der Seite der Rechten nur gesagt: „Artig! der schwarze Mann kommt!“ (Stürmische Heiterkeit.) Was wird dem Bloß denn eigentlich von der Geistlichkeit für die Staatszuschüsse gegeben? Nur ein Beispiel aus Aachen: Dort hat ein Dr. Leonhardt vor katholischen Männern und Jünglingen eine Rede gehalten, die in der „Kölnischen Volkszeitung“ abgedruckt wird, über das Unglück in Mexiko. Da heißt es wörtlich: „Dieses Unglück ist etwas ganz Alltägliches, denn jeden Tag sterben 90 000 bis 100 000 Menschen. Ebenso viele verlieren tagtäglich Hab und Gut...“ — In einem weiteren Satze: „Die Erdbeben und großen Unglücksfälle haben viele Menschen in den Himmel gebracht und in die Hölle.“ Wenn es dann zum Schluß noch heißt: „Gott gab allen noch Zeit zur Bekehrung“, so erlaube ich mir die Zwischenfrage: „Auch den Säuglingen?“ (Unruhe im Zentrum.) ... „Wer dies nicht verstand, ist selbst schuld. Gott ließ das Unglück aus Liebe zu!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung, daß Gott ein so entsetzliches Unglück aus Liebe zugelassen hat, ist die größte Gotteslästerung, die ausgesprochen werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dr. August Specht-Gotha schreibt: „In einem unter bischöflicher Approbation in Donaueschingen herausgegebenen „Schutengelbrief“ lesen wir: Darum darfst Du nie des Priesters Ruf verletzen durch Reden über seine etwaigen Schwächen. Auch solchen Lippen.“

Präsident v. Ströher: Nur vorlesen dürfen Sie auch nicht. Sagen Sie doch auch ein bißchen was aus eigenem. (Weiterkeit rechts.)

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Ich zitiere nur aus dem Grunde wörtlich, damit mir nicht Entstellung vorgeworfen werden kann. Dem Sinne nach geht es weiter; es soll kein Vergernis erregt werden dadurch, daß man die Schwächen und Sünden der Geistlichen bekannt gibt. Man soll aber wohl für ihr leibliches Wohl sorgen. — „Seid pünktlich im Zahlen der Gebühren und Lasten.“ Das erinnert an den alten Spruch: „Und wenn das Geld im Kasten klingelt...“ (Weiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin ja sehr überzeugt, daß Sie trotzdem die Millionen bewilligen. In den Zeiten der Bloßpolitik ist für Sie ja die Hauptsache, daß Sie regierungsfreundlich bleiben. Der Bloß reagiert auf jeden Schredendruck, daß das Zentrum wieder an die Regierungskrippe herankommen könnte. Unter diesem Schredendruck bewilligen Sie Millionen, schließen Sie neue Steuern und auch die Finanzreform, und wenn der Bloßkommandeur verlangt, daß die Nationalliberalen noch römisch-katholischer werden als das Zentrum, so tun Sie es auch. (Große Heiterkeit.) Der Bloßheilige Bernhard ist Ihr Prophet, und die Aussicht auf Regierungsfähigkeit ist Ihre Seligkeit. (Weiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Bahn sind die Liberalen bei uns in Deutschland nicht mehr zu kurieren. Daher wird der Liberalismus in Deutschland zugrunde gehen und wird abgelöst werden durch den strengen Sozialismus, durch das Evangelium des Sozialismus, das Evangelium der Menschenliebe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Kaufmann (Z.): Herr Hoffmann ist offenbar das Opfer einer Mystifikation geworden. Ich glaube nicht, daß die Briefschreiber katholische Geistliche sind, wenn nicht der Beweis geführt wird. Auf jeden Fall haben die betreffenden mit der Wahl ihres Adressaten einen gründlichen Fehltriff getan, denn Herr Hoffmann ist ja gegen alle Staatszuschüsse zum Gehalt der Geistlichen.

Abg. Dr. Friedberg (natlib.) bittet um Aufklärung, welche Kontrolle darüber besteht, daß die Bischöfe mitleidigen Geistlichen nicht das Ruhegehalt vorenthalten.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Diözesen mit den Rechnungen dem Oberpräsidenten zur Prüfung vorgelegt werden müssen.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird angenommen; in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen.

Es folgt die zweite Beratung des Einkommensteuer- und Ergänzungssteuergesetzes.

Mit der allgemeinen Besprechung wird auch die Erörterung des Mantelgesetzes und des Gesellschaftssteuergesetzes verbunden. Es liegen hierzu eine große Reihe von Anträgen vor.

Abg. v. Hennigs-Teichlin (Lons.): Die Beschlüsse der Kommission sind durch Entgegenkommen von allen Seiten zustand gekommen. Mit dem Vorschlag der Zuschläge zur Stempelsteuer sind wir einverstanden. Die Preisbehauptung, daß die Erhöhung der Einkommensteuer bei 30 000 M. aufgehoben soll, ist falsch. Der wunde Punkt der Vorlage ist, daß jede Deckung für 1908 fehlt. Daher beantragen wir die nachträglichen Erhebungen der Zuschläge auch für dieses Jahr. Die Gesellschaften m. b. H. sollten zu einem niedrigeren Steuerfuß, als die Aktiengesellschaften, herangezogen werden. Entschieden müssen wir uns wenden gegen den Versuch, Preußen die direkten Steuern zu nehmen und sie dem Reiche zu geben. Eine Reichsvermögenssteuer lehnen wir entschieden ab. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Reil (natlib.) empfiehlt einen nationalliberalen Antrag, die Gesellschaften m. b. H. ebenso zu besteuern wie die physische Person. Notwendig ist eine schärfere Kontrolle der Selbstschauungen. Für die Stempelsteuer treten wir ein, lehnen aber eine Rückzahlung der Zuschläge für 1908 ab.

Finanzminister v. Rheinbaben: Der nationalliberale Antrag, die Belastung der Gesellschaften m. b. H. wieder rückgängig zu machen, nimmt zwar den ursprünglichen Vorschlag der Regierung wieder auf, aber ich kann mich im gegenwärtigen Stadium der Sache doch nicht dafür erwärmen, und zwar aus finanziellen Gründen. Er würde einen Ausfall von 1 1/2 Millionen M. für die Staatskasse bedeuten. Den richtigen Mittelweg bietet wohl der Antrag v. Hennigs-Teichlin, wonach die Gesellschaften m. b. H. nur mit der Hälfte des Zuschlags, wie ihn die Kommission beschlossen hat, belastet werden sollten. Auch der Antrag der Sozialdemokraten, die Zuschläge von 1200—3000 M. zu beseitigen und von 3000—7000 auf 10 Proz. nur 5 Proz. zu erheben, würde für die Staatskasse einen Ausfall von 7 1/2 Millionen M. bedeuten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es ist ja Ihr eigener Antrag!) Inzwischen ist aber die Sachlage vollkommen

verschoben durch die Beschlüsse der Kommission hinsichtlich des Kinderprivilegs. (Sehr wahr! rechts.) Ich muß die Kommission gegen den Vorwurf, der in der Öffentlichkeit erhoben worden ist, in Schutz nehmen, als ob ihre Beschlüsse einen plutokratischen Charakter hätten. In der Tat erfahren die schwächsten Steuerzahler keine Mehrbelastung, sondern eine Entlastung von 200 000 Mark, 0,37 Proz. der Bevölkerung bringen von 26 Millionen 17 Millionen auf, d. h. fast zwei Drittel. (Hört! hört! rechts.) Die Frage, ob die Zuschläge auch für 1908 erhoben werden sollen, wie von konservativer Seite beantragt ist, ist nach meiner Erinnerung kein Teil des in der Kommission abgeschlossenen Kompromisses. Dieses hatte vielmehr zur Grundlage den Verzicht auf die Gesellschaftsteuer und die Anerkennung der Regierung, daß sie in absehbarer Frist den neuen Entwurf zur organischen Regelung der Einkommensteuer vorlegen wolle. Dringliche sachliche Gründe sprechen jedenfalls dafür, daß die Zuschläge auch für 1908 erhoben werden. (Bravo rechts.)

Abg. Febr. v. Zeblich (freikons.) erklärt sich mit den Kompromißbeschlüssen einverstanden und betont die Notwendigkeit, im Reiche für die Nachlasssteuer einzutreten.

Abg. Gshling (freif. Sp.): Wir sind für das Kompromiß in der Kommission eingetreten, nachdem der Herr Finanzminister erklärt hatte, daß er sich gegenüber dem Herrenhaufe stark machen werde in der Verteidigung der weitergehenden Beschlüsse des Hauses zu den Beamtenbesoldungen. Durch den Antrag der Konservativen, die Zuschläge auch für 1908 zu erheben, ist

das Kompromiß durchbrochen!

Daher beantragen wir nunmehr in Konsequenz unseres Bestrebens, die schwächeren Schultern zu entlasten, die Einkommen von 1200 bis 3000 M. von den Zuschlägen frei zu lassen. Entschieden protestieren wir auch gegen den Antrag des Zentrums auf Einschätzung des ländlichen Besitzes nach dem Ertragswert. Das ist eine agrarische Extravaganz. Gegen diesen Antrag hat auch der Herr Finanzminister in der Kommission gesprochen. Die Erweiterung des Kinderprivilegs und das Falllassen des Gesellschaftssteuergesetzes begrüßen wir mit Freuden. Den Antrag, die Gesellschaften m. b. H. nur ebenso zu besteuern, wie die physischen Personen, unterstützen wir. Eine Debatte bei dieser Gelegenheit über die Reichsfinanzreform dürfte ihrem Zustandekommen nicht sehr förderlich sein. Wir halten jedenfalls an der Nachlasssteuer fest. Der von den Sozialdemokraten beantragte neuen Fassung des § 23 des Einkommensteuergesetzes, wonach die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Angabe des Einkommens ihrer Arbeiter wegfällt, stimmen wir zu. Wir wollen nicht, daß die Arbeiter in einer Zeit, wo sie schon durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik und indirekte Steuern besonders schwer belastet werden, auch noch mit direkten Steuern schärfer herangezogen werden als andere. (Bravo links.)

Abg. Switalska (Pole): Wir stimmen gleichfalls für die Abänderung des § 23 und auch für die Freilassung der Einkommen von 1200 bis 3000 M. von den Zuschlägen. Die nachträgliche Erhebung der Zuschläge für das Jahr 1908 lehnen wir ab. Wir werden gegen diese Vorlage stimmen, weil sie eng verknüpft ist mit der Ostermarkenpolitik.

Abg. Dr. Rahnke (freif. Vg.): Für uns war die Beseitigung der Gesellschaftsteuer ausschlaggebend für die Zustimmung zum Kompromiß. Die Erhebung der Zuschläge für 1908 lehnen wir als eine Durchbrechung des Kompromisses entschieden ab. Eine Erörterung der Reichsfinanzreform in diesem Hause könnte nur zur Verschärfung der Gegensätze führen. Um eine Belastung des Reiches in irgend einer Form werden Sie (nach rechts) jedenfalls nicht herumkommen, denn sie ist für uns eine Vorbedingung für die Mitarbeit an der Finanzreform.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Meine Freunde sind an dem Kompromiß nicht beteiligt, und wir sind nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschlusse gekommen, der Vorlage, wie sie aus der Kommission gekommen ist, unsere Zustimmung zu verweigern. Zwischen der Regierungsvorlage und den Kompromißbeschlüssen ist ein großer Unterschied; die letzteren bedeuten eine wesentliche Verschlechterung. Die Regierung hatte eine organische Regelung des Einkommensteuergesetzes vorgeschlagen und wollte erst die Einkommen von 7000 M. an höher besteuern. Die Kommission ist dazu übergegangen, bereits die Einkommen von 1200 M. an zu besteuern. Zunächst müssen wir bedenken, daß bei einer organischen Regelung der Einkommenbesteuerung auch die Möglichkeit gegeben wäre, die niederen Einkommen von 900 bis 1200 M. zu berücksichtigen. Ich habe in der Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich sehe davon ab, ihn jetzt zu wiederholen, einmal weil er doch aussichtslos ist, und dann, weil ja eine organische Regelung nicht vorgenommen wird. Wir halten aber daran fest, daß bei einer solchen organischen Regelung die Belastung der Einkommen von 900—1200 M. aufgehoben muß.

Diese geringen Einkommen müssen vollständig steuerfrei bleiben.

Ich habe in der Kommission darauf hingewiesen, wie sehr seit Erlass des Einkommensteuergesetzes die Kaufkraft des Geldes sich verringert hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn seinerzeit ein Einkommen von 900 M. als Existenzminimum gelten konnte, so ist das heute nicht mehr der Fall. Wenn man sich nun mit Steuerzuschlägen begnügt hat, so ist das um so mehr ein Mißstand, als dadurch die Kommunen in eine sehr unangenehme Lage versetzt sind. Auch durch die Erhöhung der Beamtenbesoldung werden die Kommunen gezwungen werden, ihre Beamtengehälter ebenfalls zu erhöhen. Die Folge wird sein, daß die Kommunen namentlich da, wo sie bisher nur 100 Proz. Kommunalsteuerzuschlag erhoben, gezwungen sein werden, darüber hinauszugehen, und weiter, daß ihr Selbstverwaltungsrecht noch mehr als bisher eingeschränkt werden wird. Diese Uebelstände hätte auch die Kommission berücksichtigen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt noch, daß die Kommunen nicht in der Lage sind, ihrerseits die Zuschläge progressiv zu gestalten. Wenn sie also infolge der neuen Gesetzgebung gezwungen sein werden, erhöhte Steuerzuschläge zu erheben, so sind sie genötigt, alle Einkommen, auch die unteren, gleichmäßig zu belasten. Bei einer organischen Regelung würde dieser Mißstand wegfallen. So erwächst aus den Beschlüssen der Kommission indirekt der ärmeren Bevölkerung eine ganz gewaltige Belastung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Gesellschaftsteuer

ist bekanntlich gefallen, und ich würde nicht auf sie eingehen, wenn nicht einige Blätter über das Verhalten des sozialdemokratischen Vertreters in der Kommission die abenteuerrischen Gerüchte verbreitet hätten. Es war da so hingestellt, als ob zwischen der Sozialdemokratie und den Konservativen ein Kompromiß abgeschlossen sei; einige Blätter sprachen schon von einem neuen Bloß. (Weiterkeit.) Ich habe bereits bei der ersten Lesung der Steuergesetze erklärt, daß wir dem Gedanken der Gesellschaftsteuer an sich sympathisch gegenüberstehen, daß wir aber unsere Zustimmung davon abhängig machen würden, ob die Besteuerung der Konsumvereine aus dem Gesetze wegfällt. Das habe ich in der Kommission beantragt. Es wurde beschloffen, und infolgedessen habe ich, getreu meiner hier dargelegten Auffassung, für den grundlegenden Paragraphen des Gesetzes gestimmt. Doch auch die Konservativen da für gestimmt haben, ist nicht meine Schuld. Tugendwelche Vereinbarungen darüber liegen nicht vor. Die Aufregung in der Presse zeigt, daß die Herren einerseits den Verhandlungen im Hause nicht aufmerksam gefolgt sind, und andererseits die Grundidee des Sozialismus nicht erfasst haben. Denn die Gesellschaftsteuer liegt doch ganz in der Richtung dieser Idee. Besonders verwunderlich tut das an „Berliner Tageblatt“. Sie sehen, daß ich mich auch einmal gegen das „Berliner Tageblatt“

Aussprüche — (Weiterheit); es meint: „Vielleicht erleben wir diese Affoziation zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken in Preußen noch häufig.“ (Jurist rechts.) Das wird ganz von den Herren der Rechten abhängen; wenn Sie (nach rechts) uns folgen wollen, wir haben nichts dagegen. (Weiterheit.) Die „Freisinnige Zeitung“ schrieb: „Les extremes se touchent.“ Es ist nicht ohne Interesse, zu konstatieren, daß die extreme Linke bei der Erledigung des Steuergesetzes in vieler Hinsicht mit der extremen Rechten übereinstimmt. Das ist kein Zufall. Auch hier wieder zeigt sich, wessen Geschäfte die Sozialdemokratie befragt. „Rein, wir richten unsere Stellung zu der Steuerfrage lediglich nach unseren Grundfragen ein. Wie recht wir mit unserem Eintreten für die Gesellschaftsteuer hatten, zeigt das Resultat der Kommissionsverhandlungen. Wäre die Gesellschaftsteuer Gesetz geworden, dann hätte sich die Kommission wohl nicht dazu entschlossen, mit den Zuschlägen bis auf 1200 M. herunterzugehen.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erstensweise haben sich jetzt auch die Freisinnigen zu der Anschauung emporgeschwungen, daß es eine schreiende Ungerechtigkeitsfrage ist, wenn man bereits auf Einkommen von 1200 M. Zuschläge legen würde. In der Kommission stimmten sie dafür. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur die Vertreter der Polen und der Sozialdemokraten waren dagegen. Trotzdem wird jetzt in einigen Zentrumsblättern das Märchen verbreitet, der Vertreter der Sozialdemokratie habe in der Kommission für die Befreiung der Einkommen von 1200 M. ab gestimmt. Diese Behauptung steht mit der Wahrheit in Widerspruch.

Der Herr Finanzminister hat bereits ausgeführt, daß die Annahme unseres Antrages 7½ Millionen Mark Kosten verursachen würde. Die Rechnung bezweifelte ich nicht, aber es fragt sich, ob es denn gar nicht möglich sein wird, die 7½ Millionen auf andere Weise aufzubringen. Wir haben ja nicht die Verpflichtung, der Regierung Vorschläge zu machen, wie sie ihre Steuern aufbringt, aber wir haben trotzdem ein Uebriges getan und in der Kommission einen Weg gezeigt, auf dem es möglich wäre, die Summe aufzubringen, ohne die Minderbemittelten und den Mittelstand zu belasten. Ich habe in der Kommission eine Verdoppelung der Ergänzungsteuer beantragt. Der Antrag ist dort abgewiesen und würde wohl auch hier dasselbe Schicksal erleben. Jedenfalls kann ich eine Erhöhung der Ergänzungsteuer nur empfehlen. Sie können ihr um so eher zustimmen, als sie ja nicht kommunalsteuergesetzlich ist. Der Antrag der Freisinnigen, der sich darauf beschränkt, die Vermögen von 1200 bis 3000 M. zuschlagsfrei zu lassen, würde 2½ Millionen Mark Kosten verursachen. Falls unser Antrag abgelehnt wird, würden wir dem natürlich zustimmen. Ich hoffe, daß die anderen Herren die Minderbemittelten dann wenigstens so weit treiben, daß sie auch dafür stimmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission wurde ja sogar beantragt, die Einkommen von 900 bis 1200 M. mit Zuschlägen zu belasten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also Einkommen, die nach unserer Meinung nicht einmal das Existenzminimum darstellen. Diese Anträge sind um so auffälliger, als ja in der ersten Lesung erklärt wurde, es sei eigentlich ungerecht, daß schon von 7000 M. Zuschläge erhoben würden. Herr Wiemer sagte damals: „Wir glauben, daß auch bei einer Grenze von 7000 M. solche Kreise des Mittelstandes in Betracht kommen, denen eine Steuererhöhung in diesem Augenblick außerordentlich schwer fallen würde, und für uns ist die Frage wohl erwerbswert, ob man nicht die Grenze hinaufführen sollte.“ Wegen einer Herabsetzung würden wir uns entschieden aussprechen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ausgesprochen haben sich die Herren allerdings entschieden dagegen, aber jetzt ist man wieder zurückgefallen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Nationalliberalen äußerten sich damals ähnlich. Herr Dr. Friedberg sprach davon, daß die notwendige Schonung des Mittelstandes es gebiete, mit der Steuererhöhung erst über 7000 M. zu beginnen. Ja, er sprach auch von einer Steuerfreiheit der Vermögen unter 1200 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen also, wie schnell die Herren ihre Anschauung geändert haben, wie sie in der Kommission plötzlich umgefallen sind und die geringeren Einkommen mit Steuerzuschlägen bestraft haben. Angesichts der ganzen Lage auf dem Wirtschaftsmarkt, angesichts der Tatsache, daß wir eine ungeheure Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, daß allein in Groß-Berlin weit über 100 000 Arbeitslose sind, angesichts der gewaltigen Steigerung der Wohnungsmieten — namentlich in den Großstädten —, ich sage: angesichts all dieser Umstände ist es doch ein hartes Stück, nun noch mit den Steuerzuschlägen bis auf 1200 M. herabzugehen. Was Sie hier beschließen wollen, bedeutet wirklich nichts anderes als eine Besteuerung der Armen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun wendet man ja ein, daß die Steuerzuschläge ganz minimal sind. Gewiß, ich gebe zu, daß sie absolut bei geringem Einkommen auch gering sind; aber 1200 M. Einkommen hat, hat bei einem Zuschlage von 5 Proz. ganze 60 Pf. zu zahlen. Aber Sie vergessen, daß es einen Familienvater mit 1200 M. Einkommen weit schwerer fällt, die 60 Pf. mehr im Jahre zu zahlen, als etwa einem Rentisten mit 10 000 M. Einkommen 30 M. zu zahlen. Dann dürfen Sie auch nicht außer acht lassen, daß es bei den 60 Pf. nicht bleiben wird, sondern daß infolge der ganzen Veranschlagung auch erhebliche kommunalsteuergesetzliche Zuschläge hinzutreten werden! Dazu kommt ferner, daß gerade die kleinen Einkommen durch indirekte Steuern weit mehr belastet sind als die großen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will Sie hier nicht mit Zahlen aufhalten, sondern mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit von der weiteren Venediktierung absehen. Ich nehme an, daß niemand diese Tatsache bestreitet.

Nun sagt man, in Preußen bringen wenig Wohlhabende fast die ganzen Steuern auf. Nach den Angaben des Herrn Finanzministers, die ich als richtig annehme, würden 0,37 Proz. der Bevölkerung fast zwei Drittel des Mehrbedarfs ausbringen. Das sind die Leute mit mehr als 80 000 M. Einkommen. Aber ist das nicht die Pflicht der Leute mit einem so hohen Einkommen? Sie, die doch die größeren Rechte im Staate genießen, haben doch die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, auch höhere Lasten zu tragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn andererseits die Mehrzahl des Volkes eine geringere Summe aufbringt, so ist doch daran der Umstand schuld, daß die Armen und der Mittelstand heute bereits so reichlich mit Steuern und Abgaben bestraft sind, daß es einfach unmöglich ist, noch mehr aus ihnen herauszupressen. Gerade der Umstand, daß heute wenige Reiche die meisten Steuern aufbringen, zeigt, wie gewaltig die Konzentration des Kapitals in Deutschland vor sich gegangen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun beruft man sich auf das Kinderprivileg. Es hat ja zunächst etwas Bestehendes, wenn man hört, daß den Rentisten von 600 bis 3000 M. durch das Kinderprivileg ein Geschenk von 0,3 Millionen gemacht werden soll. Der Herr Minister hätte aber uns näher angeben sollen, wie sich die Sache auf die einzelnen Steuerstufen verteilt. Im übrigen ist es klar, daß höchstens diejenigen Rentisten, die mit Kindern reich gesegnet sind, einen Vorteil von dieser Verringerung haben. Die Rentisten mit einem Kind haben sogar einen direkten Nachteil: Sie können in Zukunft nicht mehr wie bisher 50 M. abgeben! Nun sagt man, es handelt sich nur um Zuschläge auf 3 Jahre. Dabei zeigt sich aber gerade der Nachteil des Kompromisses; denn es ist ganz klar, daß nach 3 Jahren die Regierung mit der Verringerung des Tarifs bereits bei 1200 M., und nicht, wie es ihrer Vorlage entsprechen hätte, bei 7000 M., anfangen wird; denn sie wird erklären: Innerhalb der 3 Jahre haben sich die Steuerzahler von selber so schon daran gewöhnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist übrigens interessant, daß sogar ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet hat, daß die Einkommen von 1200 M. an mit der Steuererhöhung belegt werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat auch gewünscht, daß die größeren Einnahmen stärker zur Steuer herangezogen werden. Das ist ganz unsere Meinung. Auch in freisinnigen Kreisen hat sich eine lebhaftere Opposition gegen die Beschlässe der Kommission bemerkbar gemacht. Führende Männer der Freisinnigen Partei sind mit der Haltung

ihrer Freunde in der Kommission nicht einverstanden. Ich erinnere nur an einen Artikel des Abgeordneten Kommissen in der „Liberalen Korrespondenz“. Heute haben ja nun die Freisinnigen einen Antrag gestellt, die Einkommen von 1200—3000 M. von der Erhöhung auszunehmen. Ich möchte nur wünschen, daß es den Freisinnigen gelingt, die übrigen Herren des Kompromisses für ihren Antrag zu gewinnen. Das Kinderprivileg darf auf keinen Fall eine Beeinträchtigung des Wahlrechts im Gefolge haben. Wenn einem Rentisten die Steuer infolge des Kinderprivilegs herabgesetzt wird, so darf diese Herabsetzung nicht bei der Wahl in Betracht kommen, weder hier bei der Wahl für den Landtag noch bei Kommunalwahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch die Meinung der Kommission bei Beratung des Kinderprivilegs gewesen. Das Wahlrecht der ärmeren Klassen ist heute schon gering genug, so daß es durch Steuererhöhungen nicht noch geschmälert werden darf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Durch die Auskunftsspflicht der Arbeitgeber über die Einnahmen der Arbeiter

wird den Arbeitern schweres Unrecht getan. Hier müssen wir für die Arbeiter das gleiche Recht verlangen, das für alle anderen besteht. Die Arbeiter müssen auf diese Weise jede einzelne Ueberstunde besteuern, während sonst Ueberstunden nicht als ein Verdienst angesehen werden, der zu versteuern ist. Diese Bestimmung der Auskunftsspflicht der Arbeitgeber halten wir für eine so wichtige aus prinzipiellen Gründen, im Interesse der Schaffung eines gleichen Rechtszustandes für alle, daß wir bei jeder Gelegenheit den Antrag auf Beseitigung dieser Bestimmung wieder aufnehmen werden.

Mit den Konservativen stehen wir auf dem Standpunkte, daß es Pflicht der Mehrheit des Hauses ist, auch für

Deckung des Bedarfs für 1908 zu sorgen. Wenn Sie für 1908 Ausgaben machen, ist es nur logisch, wenn Sie als Mehrheitspartei nun auch die Schlussfolgerung daraus ziehen und sagen: Dann müssen wir auch die Mittel aufbringen. Wir werden aber für den Antrag Dennigs auf Erhebung der Steuerzuschläge auch für 1908 nicht stimmen, denn Sie können nicht von uns verlangen, daß wir als Vertreter der Arbeiter einem Antrage zustimmen, der einen Zuschlag schon für die Einkommen von 1200 Mark vorsieht. Lassen Sie die Steuererhöhung erst von 7000 M. eintreten, dann sind wir sehr gern bereit, für den Antrag zu stimmen. Gätten wir ein Wahlrecht, das der Verbilligung die Möglichkeit gäbe, in der richtigen Weise an der Gesetzgebung mitzuwirken, dann könnten wir auch über Steuerbewilligungen reden. So aber wäre es von uns, als den Vertretern der Arbeiterschichten, Verrat an unseren Wählern, wenn wir auch nur einen Pfennig bewilligen wollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solange das Klassenwahlrecht besteht, können wir der preussischen Regierung keine Steuern bewilligen. Wäre das allgemeine Wahlrecht eingeführt, könnten wir über die Bewilligung von Steuern reden. Vorschlüsse aber haben wir keine Veranlassung, der Regierung Steuern zu bewilligen. Wir sind deshalb nicht in der Lage, den Vorlagen zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verlegt sich.
Nächste Sitzung: Samstag 11 Uhr (Fortsetzung und Landwirtschafsetat). Schluß 5 Uhr.

Zum Parteikonflikt in Niederbarnim.

Parteigenossen!
Unvergleichliche Vorgänge in Pankow, die als Ausfluß der zersetzenden Tätigkeit einzelner Genossen zu bezeichnen sind, zwingen den Kreisvorstand, den Ortsvereinsvorstand von Pankow seines Amtes zu entheben. Der Kreisvorstand wolle die Gründe für seine Maßnahmen dem Parteigenossen von Pankow in einer dort für Donnerstagabend einberufenen Parteiversammlung erklären. Der Genosse Röber und einige seiner Freunde verhinderten das, indem sie mit Gewalt dem Kreisvorstand den Eintritt in die Versammlung verweigerten und die Leitung an sich nahmen. Infolgedessen war es unmöglich, den Parteigenossen die Maßnahmen des Kreisvorstandes zu erklären, was in einem Referat des Genossen Düwll geschehen sollte. Um die Parteigenossen allgemein über die ganzen Vorgänge zu unterrichten, geben wir im Auszug das wieder, was der Referent im Auftrage des Kreisvorstandes den Genossen vorzutragen sollte.

Parteigenossen!

Der Ausgangspunkt des Parteikonfliktes sind Differenzen zwischen dem Genossen Röber und dem ehemaligen Kreisvorsitzenden Freiwaldt, durch dessen Mitwirkung Röber 1905 Vorsitzender des Ortsvereins Pankow wurde, wo beide Genossen der Gemeindevertretung angehören, Röber seit 1906.

Im Juni 1907 wurde gegen Freiwaldt der Vorwurf erhoben, den Vorkonflikt (Mai 1907) sowie auch den Wohlstand von Barbiergeschäften nicht beachtet zu haben. Die Organisation beschäftigte sich mit der Angelegenheit und erteilte Freiwaldt eine Rüge. Genosse Röber, obwohl er sonst ganz entschieden den Standpunkt vertrat, daß Vereinsbeschlüsse zu achten sind, selbst wenn sie der eigenen Meinung widersprechen, setzte sich über den Beschluß des Ortsrats hinweg, ging mit einer neuen Anklage gegen Freiwaldt an den Kreis, und brachte die Angelegenheit vor eine Untersuchungskommission. Die Kommission kam nach Untersuchung der ganzen Angelegenheit zu dem Urteil, daß, nachdem der Ortsverein die Sache erledigt hatte, für Röber keine Veranlassung mehr vorlag, sie von neuem aufzunehmen. Die Kommission kam weiter zu der Ansicht, daß die Art und Weise, wie Röber vorgehe, nicht das Parteiinteresse zum Motiv habe, sondern

persönliche Schächigkeit.

und sie empfahl daher den Pankower Genossen, Röber seines Amtes zu entheben. Dieser Empfehlung wurde nicht Folge geleistet. Der von Röber wegen seiner Diktatur verlästerte Kreisvorstand mischte sich nicht weiter ein. Röber aber war noch nicht zufrieden. Er verlangte Verlesen des schriftlichen Erkenntnisses in einer Versammlung und einen mündlichen Kommentar dazu. Das schriftliche Erkenntnis hatte Genosse Stadthagen im Auftrage der Kommission angefertigt. Vor Abjahn hatte er jedem Mitgliede ein Exemplar zur Begutachtung überreicht und dann, nach den von einzelnen Mitgliedern vorgenommenen keinen Änderungen, den Text endgültig fertiggestellt. Die Verlesung erfolgte in der Generalversammlung (24. September 1907) und gab Genosse Stadthagen, wieder im Auftrag der Kommission, die mündlichen Erklärungen dazu. Dabei ließ er die Stimmung in der Kommission reflektieren, und fand dafür die Nebenvandlung, daß die Tätigkeit Röbers sachlich mit der eines politischen Parteischädling zu vergleichen sei. Einem falschen Auslegung dieser Erklärung durch Röber trat Stadthagen sofort entgegen, indem er feststellte, es sei ihm nicht eingefallen, Röber einen Polizeispittel zu nennen. Nur die Wirkung seiner Tätigkeit habe er schildern wollen. Trotzdem, der rasende See wollte sein Opfer haben, Genosse Röber wandte sich an den Kreis mit der Forderung auf Einsetzung eines Schiedsgerichts gegen Stadthagen, den er

gemeiner Verläumdung anklagt.

Das Schiedsgericht, zu dem jede Partei drei Beisitzer ernannte, trat unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Kurt Hofensfeld zusammen und hielt seine erste Sitzung am 15. Mai vorigen Jahres ab. Beide Parteien gaben die Erklärung ab, daß sie einen Schiedspruch anerkennen würden. Auf Vorhaltung erklärte Genosse Röber, er sei sich über die Begriffsbestimmung: Verläumdung resp. gemeine Verläumdung nicht klar geworden. Er wolle Stadthagen nicht der missentlichen Unwahrheit geizen. Er änderte seine Klage ab auf Verleumdung. Nach Entgegennahme der Sachdarstellungen und Erklärungen beider

Parteien warf das Schiedsgericht die Frage der Vergleichs-schließung auf. Röber und Stadthagen erklärten sich bereit, eventuell einen Vergleich einzugehen. Das Schiedsgericht formulirte sodann folgenden Vergleichsvorschlag:

Genosse Röber erklärt, er sei der Auffassung, Genosse Stadthagen habe durch die Form seiner Äußerungen den Eindruck erwecken wollen, er (Röber) sei ein Polizeispittel. Die Auffassung werde auch von vielen anderen Parteigenossen, die in der Versammlung anwesend waren, geteilt.

Genosse Stadthagen erklärt demgegenüber ausdrücklich, die ihm unterstellte Unthat habe ihm ferngelegen. Es sei vielmehr sein Bestreben gewesen, objektiv die Ansicht der Untersuchungskommission in Sachen Röber—Freiwaldt wiederzugeben. In dieser sei man zu der Ansicht gelangt, das Vorgehen Röbers rufe dieselbe Wirkung hervor, wie das Schreiben von Polizeispitteln zur Zeit des Sozialistengesetzes. Daß Röber ein Polizeispittel sei, habe er nicht gesagt und nicht sagen wollen.

Nach diesen Feststellungen erklären beide Parteien die Angelegenheit für erledigt.

Genosse Röber erklärt, dem Vergleich in der vorliegenden Form nicht zustimmen zu können, er verlange die Feststellung, daß er beleidigt worden sei und die Anerkennung des Widerrufs durch Stadthagen. Solche Ansprüche lehnte Stadthagen entschieden ab. Das Gericht beschloß, dem Genossen Röber nach Zeit zu lassen, einen endgültigen Entscheid zu treffen, und wurde dann die Sitzung vertagt. Wiber Erwarten lehnte Genosse Röber nachher den Vergleich endgültig ab und reklamierte seine Anklage wieder auf Verläumdung.

Das Schiedsgericht kam in seiner letzten Sitzung am 27. Juni zu dem einstimmigen Urteil, daß es auf Grund des verlesenen Schiedspruches zu der Ansicht gekommen sei, die in dem beanstandeten Ausdruck Stadthagens enthaltene Meinungsäußerung stehe in Uebereinstimmung mit dem in Sachen Röber—Freiwaldt gefällten Schiedspruch.

Röber fand zwischen durch ein neues Mittel, die Erregung zu schüren. In Widerspruch mit seiner Erklärung und den sonstigen Gepflogenheiten zuwider machte er aus den Schiedsgerichts-verhandlungen Mitteilung und zwar

irreführende Mitteilungen.

die den Genossen Stadthagen zum Lügner stempelten. Damit nicht genug. In einer am 23. Juni stattgefundenen Versammlung führte er eine Beschlußfassung herbei, die als Eingreifen in das schiedsgerichtliche Verfahren zu betrachten ist, indem es einfach ein Urteil konstruierte, in dem Stadthagen als der schuldige Teil angesprochen wird, den man aufforderte, eine Verläumdung zu widerrufen. Das geschah, obwohl Röber die schriftliche Erklärung in der Hand hatte, daß Stadthagen ihn nicht Polizeispittel genannt haben will und genannt hat. Im weiteren Verlauf der Angelegenheit setzte Röber durch die Art seiner Vorklärung und Information bei den Genossen auch noch einen Ausschlußantrag wider Stadthagen durch. Bis dahin hatten irreführende Berichterstattungen Röbers Vorgehen begünstigt. Außerdem trat ein anderer Umstand hinzu, der Wasser auf seine Mühle lieferte:

Die Affäre Freiwaldt

Im Frühjahr des vorigen Jahres wurde Freiwaldt von bürgerlicher Seite beschuldigt, in seiner Eigenschaft als Gemeindevertreter Schmiergelder angenommen zu haben. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter mit Einschluß Röbers, die natürlich der Ansicht waren, die Gerüchte entbehren der materiellen Unterlage, stellten sich auf den Standpunkt, die Angelegenheit zu ignorieren. Freiwaldt von einem strafrechtlichen Verfahren abzuweichen. Als in der Gemeindevertreterversammlung bürgerliche Vertreter Freiwaldt aufforderten, Strafantrag gegen den Veranlasser des Gerüchtes zu stellen, verhartete Röbig und Eichler auf dem früheren Standpunkt, während Röber anderer Ansicht geworden war. Freiwaldt erstattete Strafanzeige und stellte vor Gericht das Vergehen, dessen er beschuldigt war, eiblich in Abrede und entließ. Man darf annehmen, daß er einen Reineid geleistet hat. Selbstverständlich erfolgte sofort der Beschluß, Freiwaldt auszuschließen. Zur Mandatsniederlegung hatte man ihn schon vorher veranlaßt. Die Generalversammlung (23. September 1908), die den Ausschlußantrag annahm, forderte gleichzeitig die Genossen Röbig und Eichler auf, ihre Mandate als Gemeindevertreter niederzulegen. Die beiden Genossen, die auch Mitglieder des Kreisvorstandes waren — Röbig gehörte als solches der Prekommission an — erzwungen den Kreisvorstand, in der Angelegenheit zu intervenieren, da eine Mandatsniederlegung in diesem Augenblicke den Anschein erwecken würde, als seien sie in die Verfehlungen Freiwaldts verwickelt. Unter diesen Umständen forderte der Kreisvorstand, um

einer Parteischädigung

vorzubeugen, die Genossen auf, vorläufig wenigstens ihre Ämter zu behalten. Weiter forderte er den engeren Vorstand von Pankow auf, dem Kreis begründendes Material für das Vorgehen gegen Röbig und Eichler zu unterbreiten. Das wurde trotz wiederholter Aufforderungen mit dem Hinweis auf das örtliche Selbstbestimmungsrecht abgelehnt. Durch dieses Verhalten war der Kreisvorstand in die unangenehme Lage gebracht, entweder zwei Genossen, gegen welche er keine Untersuchung führen konnte, gegen welche er kein belastendes Material in Händen hatte, in seiner Mitte zu halten, oder ohne irgendwelches Vergehen zu entfernen. Wäre letzteres geschehen, würde man in weiten Kreisen natürlich angenommen haben, die beiden seien in die

Schmiergeldergeschichte

von Pankow verwickelt, so daß es sich nicht um eine einzelne Verfehlung, sondern um eine verzweigte Korruption sozialdemokratischer Gemeindevertreter handelte. Damit war die Haltung des Kreisvorstandes bestimmt. Erschwerend kam für Röber und seine Freunde hinzu, daß sie versucht hatten, den „Vorwärts“ zu irreführenden Angaben, welche den Anschein großer Korruption verstärken mußten, in Anspruch zu nehmen. Am 25. Juni brachte die bürgerliche Presse Mitteilung, nach denen drei sozialdemokratische Gemeindevertreter aus dem Wahlverein ausgeschlossen und geflüchtet seien. Röber ließ aus einer Heilanstalt, in der er sich zur Zeit befand, eine Notiz an den „Vorwärts“ gelangen, in der mitgeteilt wurde, Freiwaldt sei am 18. Mai von der zuständigen Parteinstanz veranlaßt worden, sein Mandat niederzulegen; am 23. Juni seien zwei Gemeindevertreter (Röbig und Eichler) aufgefordert worden, ihr Mandat niederzulegen. Diese Mitteilung hätte den Anschein erweckt, als seien Röbig und Eichler in die Angelegenheit Freiwaldt verwickelt. Die Redaktion fügte deshalb der Mitteilung die Bemerkung bei, daß die beiden Genannten lediglich wegen rein örtlicher, ihrer Ehrenhaftigkeit nicht berührender Differenzen ihr Mandat niederlegen sollten. Diefershalb und wegen Nichtaufnahme eines Versammlungsberichtes, der schwere Verleumdungen gegen Genossen enthielt, wendeten sich Röber und seine Freunde sogar mit einer

Beschwerde an die Prekommission.

Diese entschied, daß die Beschwerdeführer dem „Vorwärts“ dankbar sein können, daß er ihre parteischädigende Berichterstattung verhindert habe. Uebrigens wurde auch in der Verhandlung vor der Prekommission nichts Belastendes gegen Röbig und Eichler vorgebracht, vielmehr erklärten die Beschwerdeführer, daß sie sich davon überzeugt hätten, daß die Redaktion des

„Vorwärts“ richtig gehandelt

habe. Trohdessen verhartete der Pankower Vorstand dabei, dem Kreisvorstand sein Material gegen Röbig und Eichler nicht zu unterbreiten. In der Denkschrift, auf die ich noch zurückkomme, wird kategorisch erklärt: „Mit der vom Kreisvorstand eingesehenen Untersuchungskommission lehnen wir jede Verhandlung ab, weil wir auf dem durch alte Tradition (!) erhärteten Standpunkt stehen, daß örtliche Angelegenheiten zu erledigen Sache der örtlichen Generalversammlung ist, und weil wir ferner aus der Erfahrung bei dem Konflikt Röber—Freiwaldt daraus mit Bestimmtheit annehmen, beim Kreise nie zu unserer Recht zu kommen.“

Der Vorstand sah sich daher gezwungen, gegen die Mitglieder des Bankower Vorstandes ein Ausschlußverfahren einzuleiten, um die Genannten so zu zwingen, mit ihrem angeblichen Material gegen Aubig und Eichler herauszutreten. Das war der Zweck des Ausschlußantrages, dem übrigens die Bankower Genossen zustimmten, weil, wie sie erklärten, vor einem Parteischiedsgericht die Angelegenheit klargestellt werden könne. Man hätte nun erwarten sollen, daß Röber den Kampf gegen die Organisation, die Angriffe gegen den Kreisvorstand und andere Korporationen wenigstens solange einstellen werde, bis das zu beratende Schiedsgericht ein Urteil gefällt habe. Genosse Röber scheint es aber darauf abgesehen zu haben, sich bei den Parteigenossen durch

überraschende Aktionen

in Erinnerung zu halten. Eine auf den 9. August nach Pankow einberufene Kreisgeneralversammlung sollte über den Ausschlußantrag entscheiden. Ich selbst war noch optimistisch genug, dort Friedensschalmeien zu blasen, gab der Erwartung Ausdruck, daß der Konflikt vielleicht doch noch in friedlicher Weise gelöst werden könne. Da pläzte in die friedliche Stimmung wie eine Bombe hinein das Bekanntwerden der sogenannten Denkschrift. In dieser Denkschrift, vom 8. August datiert, die an die sozialdemokratische Parteipresse verfaßt worden ist, von der die Delegierten erst in der Generalversammlung Kenntnis erhielten, wird unter anderem behauptet: Der Kreisvorstand übe eine „regelrechte Diktatur“ aus. Unbequeme Opposition bekämpfe er mit den „gemeinsten Mitteln“. Als Beweis „beispiellose Autokratie“ wird die Verdächtigung ausgesprochen, der Zentralvorstand habe Freiwald für die Zuführung des Anschlusses von Lieber-Barnim an die Zentralisierung der Expedition mit einer sofortigen Gehaltsgulage von

20 M. pro Monat belohnt.

Gegen Genossen Stadthagen wird der Vorwurf erhoben, er habe die Opposition gegen „unverfälschten Geschäftssozialismus mit aller Schärfe niedergeredet“. Trotz des von Stadthagen anerkannten Vergleichsvorschlages, trotz der entgegenstehenden Erklärungen wird auch hier wiederum behauptet, der Genannte habe Röber einen polizeilichen Parteischiedsgericht genannt. Trotz der mitgeteilten Erklärung der Beschuldigten gegen den „Vorwärts“ in der Preßkommission wird in der Denkschrift wieder der Anschuldigung erwidert, als habe der „Vorwärts“ durch Nichtaufnahme des erwähnten Berichtsberichtes gegen die Interessen der Partei verstoßen. Angeblich, um sich der „Vergewaltigung“ des Kreisvorstandes zu entziehen, und weil man „aus wohl erwogenen Gründen der Organisation Groß-Berlins sich nicht anerkennen könne“, wünsche man das Eingreifen der Parteipresse. Die Denkschrift ist unterschrieben von den Genossen, gegen die vom Kreisvorstand ein Ausschlußantrag gestellt war. In der Versammlung führte das Bekanntwerden dieser Denkschrift zu stürmischen Szenen. Der Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts wurde notfalls angenommen.

Zunächst sei nun noch ein anderer Streitpunkt erwähnt. Als Freiwald Bergchen bekannt wurden, ernannte ihn die Firma Hinge u. Co. natürlich sofort aus seinem Amt als Expediteur. Da sie zivilrechtlich nicht zur sofortigen Lösung des Anstellungsvertrages befugt war, mußte sie den Anspruch Freiwalds auf Gehaltszahlung während der Rindigungsfrist selbstverständlich erfüllen. Um mit dem Menschen nichts mehr zu tun zu haben, entlohnte man ihn sofort gänzlich. Die Firma Hinge u. Co. berief sodann den Genossen Aubig als Expediteur. Die Bankower Genossen protestierten dagegen. Der Kreis erklärte sich damit einverstanden, daß ein anderer Genosse die Expedition übernehmen solle. Voraussetzung sei nur, daß ein einwandfreier Mandatar vorgeschlagen werde. Die Bankower Genossen kamen schließlich mit dem Vorschlag, den Genossen Nieble, gegen den der Kreis soeben erst einen Ausschlußantrag angenommen hatte, die Expedition zu übertragen. Das Ersuchen des Kreises, wenigstens solange zu warten, bis das

Parteigericht gesprochen

Parteigericht gesprochen habe, und dann, wenn gegen Nieble nichts erwiesen sei, ihn in die Expedition zu berufen, wurde abgelehnt. Ebenso erging es dem Kreis mit allen anderen Vermittlungsversuchen. Die kategorische Erklärung lautete immer: Wir lassen uns nicht hineinreden! Dabei blieb es, so daß der Kreis sich genötigt sah, in Verbindung mit der Vertretung von Groß-Berlin und der Expeditionsfirma Hinge u. Co. einen anderen Vorschlag zu machen. Anfangs Dezember sollte das erwähnte, unter Vorsitz des Genossen Dirsch zusammengesetzte Parteigericht sein Urteil. Es stellte

zwei Disziplinbrüche

der Genossen Röber, Korte, Hillmann, Nieble, Jügler, Staub, Naube und Kochanowsky fest. Im Urteil heißt es bezüglich eines Disziplinbruchs: er wäre „um so schwerer“, als ihm eine Reihe unbeweisbarer Behauptungen zugrunde lagen. Ferner stellte das Urteil fest, daß die Genannten versucht hätten, den „Vorwärts“ zu mißbrauchen.

Daß nicht schwerere Schäden der Partei erwachsen seien, könne lediglich auf die Vorsicht des „Vorwärts“ und der übrigen Parteipresse zurückgeführt werden. — Den Ausschluß der Genannten lehnt das Gericht ab, weil es den Angeklagten zugute hält, daß sie in außerordentlicher Erregung gehandelt hätten. Als Beispiel für diese wird angeführt, daß Stadthagen Röbers Tätigkeit mit der eines Polizeispießes verglichen habe und eine Versammlung Stadthagen auffordernd, eine Verleumdung zurückzunehmen. Man muß anerkennen, daß die Richter, in dem Bestreben, Frieden herbeizuführen, sehr große Milde haben walten lassen. Sie ließen als Erregungsursache sogar das gelten, was eine Tat Röbers war, die einen großen Vertrauensbruch involvierte. Die Richter wurden für ihre Milde bestraft. Das zeigte sich bald. Der Kreisvorstand beschloß sich in einer Sitzung mit der Frage, ob man das Urteil anerkennen solle. Die Bankower Genossen erklärten, es zu akzeptieren. Bei den übrigen Kreisvertretern war die Meinung verchieden. Ein Teil glaubte mit Annahme des Urteils werde die Ruhe endlich eintreten. Diese Ansicht war verfliegen, als der Genosse Hillmann dem Urteil die Interpretation gab, daß es das Verhalten des Bankower Vorstandes rechtfertige. Was als

Rückerungsgrund im Urteil

angegeben war, sprach er als Feststellung zugunsten der Angeklagten an. Ferner gewann der Kreisvorstand die Auffassung, daß wenn die betreffenden Genossen der Zeitung nicht mehr angehörten, sie hinter der Front in der bisherigen Weise weiter arbeiten würden. So kam man zu dem Beschluß, Berufung gegen das Urteil einzulegen. Wie berechtigt die pessimistische Stimmung war, zeigte sich bald. Die Bankower Genossen kamen erneut mit dem Anspruch, Nieble, gegen den das Urteil Disziplinbrüche festgesetzt hatte, als Expediteur einzustellen. Das lehnten alle Parteinstanzen mit der Begründung ab, daß man einem soeben disqualifizierten nicht sofort ein Vertrauensamt übertragen könne. Rammche brachten es Röber und seine Freunde sogar fertig, eine Agitation gegen den „Vorwärts“ einzuleiten, die, wie sie selbst freudig konstatierten, den

Abgang von 290 Abonnenten

zur Folge hatte. Ja, man ging systematisch vor. Ein Flugblatt der Firma Hinge u. Co., das den Zwecken der Agitation für den „Vorwärts“ dienen sollte, wurde nicht verbreitet. Dem Kreisvorstand, der um Verbreitung der Flugblätter ersuchte, schrieb Röber einen höhnischen Brief. Das sind Handlungsweisen, die zweifellos gegen §§ 8 und 11 des Organisationsstatuts verstoßen. Doch der Clou des Stanzbills sollte erst noch kommen. Anfangs voriger Woche ging zahlreiche Parteifunktionäre verschiedener Wahlkreise ein. Die chloren Vorstandsmitglieder des Wahlkreises Pankow unterzeichnetes Flugblatt zu, mit einem Ansehen, dieses in den Zahlenden zu verlesen. Dies in einer Geheimdruckerei hergestellte Rodweck (es ist unterzeichnet: Verantwortlich für

Druck (!) und Verlag Gustav Röber, Binz Straße 60 III) beginnt gleich mit der unwahren Behauptung, die Weineidsaffäre Freiwald sei der „Anlaß“ zu dem heutigen Parteistand in Pankow gewesen. Gleich hinterher wird aber konstatiert, daß der jetzige Streit mit seinem Anfang bis zum Jahre 1907 zurückreicht. Der „Vorwärts“ und das „Mittelungsblatt“ werden wahrheitswidriger Verleumdung bezichtigt. Es wird der Vorwurf erhoben, Parteinstanzen handelten nach dem Grundsatz

„Der Zweck heiligt die Mittel“

beliebten Maßnahmen, die „kein ehrlicher Sozialdemokrat“ billigen könnte. Dann spricht man von einer „Freiwaldeligue“, wodurch der Ansehen erweckt wird, als ob in die Weineidsaffäre noch andere Genossen verwickelt wären. Der Genosse Stadthagen wird der Protokollfälschung beschuldigt, die Firma Hinge u. Co. verdächtigt, sie habe als Deckung gegen Drohungen Freiwalds, „er würde noch viele Schweineköten aufdecken“, diesem 600 M. gezahlt.

Dem Parteivorstand

unterstellt die Denkschrift, er habe das formelle Ausschlußverfahren gegen Freiwald (der ohnedies infamisiert ist) darum nicht eingeleitet, weil er etwaige Veröffentlichungen des Flüchtlings zu fürchten habe. Gegen den Aktionsausschuß wird die Beschuldigung erhoben, er arbeite mit „undemokratischen und demagogischen Mitteln“. Wider besseres Wissen wird ferner behauptet, das Parteigericht habe den Bankower Genossen Recht gegeben. So kauft man Täuschung auf Täuschung, Unwahrheit auf Unwahrheit. Schließlich heißt es patetisch: „Wir halten das demokratische Prinzip hoch.“ Das sagt Röber, der seine Tätigkeit damit begann, einen Beschluß des Ortsvereins zu ignorieren. Das sind Worte deselben Röber, der die pflichtgemäße Verteilung von Parteiflugblättern und die Agitation für den „Vorwärts“ unterließ, sogar gegen diesen agiterte. Röber, der selbst den Kreis gegen den Ortsverein aufrief, lehnte aber, wenn es ihm paßte, jede Einnischung des Kreises ab, und wendete sich an die auswärtige Parteipresse und an andere Wahlkreise mit dem Ersuchen, in die Pankower Angelegenheit einzugreifen! Das ist die Demokratie Röbers. Der „Vorwärts“, das „Mittelungsblatt“, die Schiedsgerichte, der Kreisvorstand, Groß-Berlin, die Expeditionsfirma Hinge u. Co., der Parteivorstand, sie alle, weil sie nicht mit Röber einverstanden sind, werden verdächtigt und verleumdet, treffen nach Behauptungen Röbers Maßnahmen, die „kein ehrlicher Sozialdemokrat billigen kann“. Und das erwähnte Flugblatt wurde nicht nur außerhalb des Wahlkreises, sondern auch in der Gemeindevortretterkonferenz und vor dem Gewerkschaftshaus verbreitet. Das ist ein so unerhörtes Vorkommnis, daß ihm aus der Parteigeschichte kaum ein gleiches zur Seite gestellt werden kann.

Ich resumiere! Röber mißachtet einen Ortsvereinsbeschluß, verlangt gegen diesen das Eingreifen des Kreises. Die eingeleitete Untersuchungskommission empfiehlt die Abhebung Röbers. Die Ortsorganisation lehnt das ab. Der Kreis gibt sich damit zufrieden. Röber aber treibt den Skandal weiter. Er erzwingt die Verlesung des Beschlusses und einen Kommentar durch Stadthagen. Einer falschen Auslegung seiner Ausführungen tritt Stadthagen sofort entgegen, trotzdem beschuldigt Röber Stadthagen

gemeiner Verleumdung.

Ein Schiedsgericht wird berufen. Beide Parteien erklären, einen Schiedspruch anzuerkennen. Röber lehnt einen Vergleichsvorschlag, der ihn rehabilitiert, unter weitergehenden Anforderungen ab und begeht Vertrauensbruch. Trotz seiner Erklärung, einen Schiedspruch anzuerkennen zu wollen, macht er aus dem schwebenden Verfahren nicht nur Mittelungen, sondern veranlaßt durch irreführende Berichterstattung einen Beschluß, der dem Urteil des Schiedsgerichts vorgeht. Das geschieht, obwohl Röber den von Stadthagen akzeptierten Vergleichsvorschlag in Händen hat. (!!) In der ersten Sitzung zieht Röber seine Klage wegen Verleumdung zurück und bringt sie in der nächsten Sitzung wieder ein. Das Urteil gibt Röber den Rat, eventuell ein neues Verfahren wider Freiwald zu beantragen. Das ignorierte Röber, der anscheinend Erklärungen nur abgibt, um sie zu verbergen, und setzt in Pankow einen Ausschlußantrag gegen Stadthagen durch. Aubig und Eichler werden aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen, ohne daß eine materielle Unterlage hierfür vorhanden ist.

In der Sache wider Freiwald hat Röber auf ausdrückliches Fragen erklärt, ihm sei außer den Posttribünen durchaus nichts Nachteiliges in bezug auf Freiwald bekannt und gibt er sich den Anschein, als habe er längst gewußt, was Freiwald trieb, und die Genossen Aubig und Eichler seien in der Sache verwickelt und er versuchte, den „Vorwärts“ zu mißbrauchen. Darin nützlich weigerten er und seine Freunde sich, dem Kreis Material zu unterbreiten, und veranlaßte damit den Ausschlußantrag gegen den engeren Pankower Vorstand. Vor Beschlußfassung der Generalversammlung läßt Röber die erwähnte Denkschrift los. Das Urteil des Parteigerichts enthält gegen Aubig und Eichler nichts Delatierendes, stellt aber grobe Disziplinbrüche Röbers und seiner Freunde fest. Der Kreis zeigt Neigung, das Urteil, obwohl es den verlangten Ausschluß ablehnt, anzuerkennen. Da kommt der Genosse Hillmann mit der Interpretation, das Urteil besagt, die Angeklagten haben richtig gehandelt. Der Kreis sah sich daher gezwungen, Berufung wider das Urteil einzulegen. Röber antwortete mit dem Flugblatt aus der

Geheimdruckerei,

durch welche alle Parteinstanzen der Korruption und Rechtsbeugung beschuldigt werden.

Parteigenossen! Die Affäre Freiwald ist eine blamable Episode für uns, der „Fall“ eines charakterlosen Menschen. Das Treiben Röbers aber ist ein unerhörter Parteistand! Und was ist der Grund? Was hat in den letzten Jahren Pankow geleistet? Was ist an Organisationsleistung aufzuweisen? Was in Agitationsarbeit, was in sozialistischen Aufklärungsbestrebungen? Nichts! In allen Versammlungen immer nur Klatsch und immer nur Klatsch. Und der materielle und moralische Erfolg?

Verlust zweier Mandate.

gerüttelte Organisation, Lähmung der Kleinarbeit, Jubel der Gegner, Materialbeschaffung für den Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Angesichts dieser Verhältnisse, angesichts der hier herausgehenden Gefahren hat der Vorstand nicht nur von seinem Rechte Gebrauch gemacht, er hat (vielleicht etwas zu spät) das getan, was Verantwortlichkeitsgefühl und Parteinteresse ihn gebieterisch verpflichteten, nämlich, den engeren Vorstand von Pankow seines Amtes zu entsetzen, um so wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen.

Die Ausführung des Beschlusses des Kreises, den Bankower Genossen die Gründe, die zu den erwähnten Maßnahmen geführt haben, darzulegen, schenkte Röber und seine Freunde sogar Gewalt entgegen! Sie besetzten den Saalzugang und wehrten dem Kreisvorstand, der das Lokal gemietet hatte, den Eintritt. Röber drohte sogar mit Requirierung der Polizei! Der Wirt erklärte dem Kreisvorstand, falls dieser auf seinem Hausrecht bestehe, müsse er die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Selbstverständlich verzichtete der Kreisvorstand darauf. Nachher wurde diesem erlaubt, als Zuhörer den Verhandlungen beizuwohnen, Genosse Jabolson verlangte, dem Kreisvorstande die Leitung zu überlassen. Es sollten lediglich die Gründe für die Maßnahmen des Vorstandes dargelegt werden. Das wurde abgelehnt. Gegenwärtig war einer Reihe Freunden Röbers, die nicht in Pankow anständig sind, die Teilnahme an der Versammlung gestattet, ja sie traten sogar als Redner auf, natürlich um in Röbers Herde zu hauen. Unter diesen Umständen sah der Kreisvorstand sich veranlaßt, den Ortsverein Pankow für aufgelöst zu erklären. Die weiteren Maßnahmen wird der erweiterte Kreisvorstand am Sonnabend beschließen, und erhalten die Genossen darüber Mit-

teilung. Der Kreisvorstand erwartet, daß die Genossen Groß-Berlin ihn in dem Bestreben, in Pankow wieder Ruhe herzustellen und den Boden für neue erdriechliche Parteiarbeit zu bereiten, unterstützen.

Ausschluß Röbers.

Am Donnerstag beschäftigte sich die Kontrollkommission mit der vom Kreis gegen das Urteil des Parteischiedsgerichts in Sachen wider Röber und Genossen eingelegten Berufung. Sie erkannte einstimmig auf?

Ausschluß Röbers.

In bezug auf Korte und Hillmann hat die Kontrollkommission mißbilligende Umstände gelten lassen. In der Urteilsbegründung wird gesagt: Die Kontrollkommission hat die Ueberzeugung erlangt, daß sich die in den Akten dargelegten Handlungen Röbers als eine planmäßige und fortgesetzte Schädigung des Ansehens und der Aktionsfähigkeit der Partei des dortigen Kreises charakterisieren.

Röber ist die treibende Kraft, während Korte und Hillmann nur unter seinem Einfluß handelten. Von beiden wird erwartet, daß sie sich bei ruhiger Ueberlegung von der Haltlosigkeit ihrer Anschuldigungen überzeugen und vorläufig von leitenden Stellen in der Partei fernhalten.

Unter dieser Voraussetzung kam dieser Beschluß einstimmig zustande.

Jugendbewegung.

Die Unternehmer gegen die Jugend.

Ueber den Kampf der Unternehmer und Unternehmerverbände gegen die Jugendbewegung schreibt die „Arbeiter-Jugend“ in der neuesten Nummer:

„Die Aufklärungsarbeit der Jugendorganisationen ist den Unternehmern natürlich verhaßt. Mit Prügelein, Maßregelungen, Schikanen versucht mancher Meister den Lehrlingen den Organisationsgedanken auszutreiben. Die Unternehmerverbände, die den Zweck verfolgen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Forderungen der Arbeiter abzuwehren, sind dazu geschritten, durch Ausnahmestimmungen in den Lehrverträgen gegen die Jugendbewegung vorzugehen. Zuerst wurde ein solcher Versuch von den Berliner Metallindustrieleuten, die unter dem Namen „Rühnmänner“ verscharien sind, unternommen. Ihr Vorhaben ist ihnen aber glänzend vorbeigelungen. Das mußte sogar der konserverbaltige Abgeordnete Hammer im preussischen Abgeordnetenhaus zugeben, als er die Regierung ansah, den bedrängten Unternehmern beizustehen. In voriger Nummer berichteten wir, daß die Kieler Innungen durch eine Bestimmung im Lehrvertrag das Vereins- und Versammlungsrecht der Jugend vernichten wollten. Auch aus anderen Städten, so neuerdings aus Posen, laufen ähnliche Meldungen ein. In Berlin macht den gleichen Versuch die Handwerkskammer. Die neuen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens“, die die Kammer herausgibt, sollen folgenden Abschnitt enthalten:

„Den Lehrlingen unter 16 Jahren ist der Besuch von Schank- und anderen öffentlichen Lokalen nur in Begleitung erwachsener Angehöriger oder des Lehrherrn gestattet. — Der Lehrherr kann im Lehrvertrage vereinbaren, daß der Lehrling ohne seine Genehmigung weder Vereinen beitreten noch Versammlungen besuchen darf.“

Derartige Lehrverträge, die gegen die guten Sitten verstoßen und im Widerspruch zu Reichsgesetzen (Vereinsrecht) stehen, dürften von den Gerichten kaum als rechtmäßig anerkannt werden. Die arbeitende Jugend selber wird aber in einer wirkungsvollen Protestbewegung gegen diese Axtentate auf das höchste Recht, das ihr das Gesetz gelassen, eintreten.“

Die Berliner Jugendorganisation hat zu diesem Zweck eine Protestversammlung der Berliner arbeitenden Jugend zu Sonntag, den 21. Februar d. J., nachmittags 2½ Uhr in Kellers Festsaal, Rospenstr. 29, einberufen.

Reichstagsabgeordneter Genosse Eichhorn referiert über das Thema: „Die gänzliche Vernichtung des Vereins- und Versammlungsrechts der Jugend durch die Macht des Geldsacks.“

Rüge diese Versammlung eine machtvolle Kundgebung der Jugend gegen jede Unterdrückung werden. Auch dürfte es sich empfehlen, daß die Gehilfenbeisitzer der Innungen der Versammlung beimohnen, um die Beschwerden und Wünsche der Lehrlinge entgegenzunehmen.

In der Scharfmacherpresse, der „Post“, „Deutschen Tageszeitung“ usw. wird aus Anlaß dieser Versammlung eine gruselige Schwandelnote veröffentlicht, die aus der offenbar zu allerlei dunklen Spitzelstanzungen intime Beziehungen unterhaltenden Franz Holzerlandschen „Sozialpolitischen Korrespondenz“ stammt. Danach soll Berlin am Sonntag „eine sozialdemokratische Demonstration erleben“, die arbeitende Jugend solle auf die Straße ziehen, der ganze Kummel sei vom Aktionsausschuß arrangiert und was des unnützen Schwindels mehr ist.

In der ganzen Geschichte ist kein Wort wahr! Der ungeschickte Spitzel, der sich die Meldung aus den Fingern gesogen hat, ist so wenig informiert, daß er den Aktionsausschuß als den Arrangeur hinstellt, der mit der Einberufung der Versammlung aber auch gar nichts zu tun hat! Solche Versammlungen zu veranstalten, dazu sind die in der Jugendorganisation Berlin vereinigten jungen Leute schon allein imstande.

*) In allen Parteipeditionen für 10 Pf. pro Einzelnummer und 50 Pf. per Quartal zu haben.

Eingegangene Druckchriften.

Die Vorgeschichte von 1866 und 1917. Von einem alten kaiserlichen Soldaten. 300 Nr. C. W. Stern, Wien und Leipzig.
Der Mensch und die Erde. Lieferung 66-70. Herausgegeben von H. Kramer. 120 Lieferungen a 60 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 57.
Aus der Schanze. Gedankensatz zur Verteilung des Darwinismus. von E. Böckhe. M. C. Neigler, Dresden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am | | Wasserstand | am | |
|------------------|--------------------|--------|--------------------------------|------------------|------------------|
| | 18. 2. | 17. 2. | | 18. 2. | 17. 2. |
| Remel, Tüft | 189 ¹⁾ | — | Caale, Großh. | 142 | —14 |
| Regel, Jüterburg | —9 ²⁾ | 0 | Qabel, Spandau ³⁾ | 70 | —5 |
| Reichel, Born | 120 ⁴⁾ | +6 | Rathenow ⁵⁾ | 128 | +4 |
| Oder, Rathor | 104 | -3 | Spree, Spremberg ⁶⁾ | 104 | -2 |
| Kroffen | 219 ⁷⁾ | -22 | Reeslow | 91 ⁸⁾ | +2 |
| Frankfurt | 29 ⁹⁾ | -9 | Weser, Minden | 148 | -3 ¹⁾ |
| Wartze, Schrimm | 68 | -8 | Weser, Minden | 68 | -17 |
| Landenberg | 96 ¹⁰⁾ | -2 | Rhein, Magdeburg | 300 | -3 |
| Rege, Bornamn | 135 ¹¹⁾ | -8 | Rand | 126 | -4 |
| Elde, Zeitz | —84 | -14 | Rhein | 148 | -14 |
| Dresden | —138 | -15 | Rekar, Gellbronn | 63 | +3 |
| Harz | 196 ¹²⁾ | -13 | Rhein, Wehrheim | — | — |
| Magdeburg | 162 ¹³⁾ | -10 | Rosel, Trier | — | — |

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Uferstand. 4) Höchstes Treiben. — 5) Schwaches Grundbeil.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 20. Februar:
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Rev. Des. Deutsches. Revolution im Krähwinkl.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheitweg. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Festung. Der König. Berliner. Einer von unsers Leut'. Thalia. Wo wohnt sie denn? Komische Oper. Quasi Reue. Die fremde Frau. Neues Schauspielhaus. Kabogas. Kleines. Moral. Hebbel. Revolutionshochzeit. Lustspielhaus. Seine kleine Freundin. Reichens. Kimmere dich um Amelie. Schiller O. (Wallner-Theater.) Rechts herum.
Schnur Charlottenburg. Das Erbe.
Nachmittags 3 Uhr: Julius Cäsar. Friedrich-Wilhelmstäd. Lumpazivagabundus.
Wespen. Der tapfere Soldat. Lützen. Der Mann mit den vier Frauen.
Nachmittags 4 Uhr: Notkappchen. Trianon. Der Salze. Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Rose. Ehrliche Arbeit.
Nachmittags 3 Uhr: 1001 Nacht. Gastspiel-Theater. Der Hüttenbesitzer. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bürgerl. Schauspielhaus. Gefaschtes.
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbands.
Hoftheater. Spezialitäten. Metro. Donnerwetter - tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Wägen. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Walhalla. Spezialitäten. Folies Caprice. Ein lediger Ehemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kasino. England. Spezialitäten. Gustav Behrens. Gastspiel d. Hr. Latouré. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Der gesandene Raubritter. Anfang 8 1/2 Uhr.
Urania. Taubentstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Bon Abbazia nach Korfu.
Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Schauspiel 8 Uhr: Prof. Dr. Donath: Die Wellen elektrischer Kraft.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Abends 8 Uhr:
"Kümmere Dich um Amelie."
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 21. Februar, nachm. 3 Uhr: Der Fioh im Ohr.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 21. Februar 1909:
Berlin wie es weint und lacht.
Vollständ. mit Gesang in 8 Bildern von Berg und Stallig.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 22. Februar, 7. Volksvorst. zu halben Preisen: Die Sorgenlofen.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Hassary - Perry
Holden - Bender
Giampietro - Kettner
Piann - Thielscher.

Lessing-Theater.
Sonnabend 8 Uhr zum 25. Male: Der König.
Sonntag 3 Uhr: Der Raub der Sabrierinnen. 8 Uhr: Der König.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsers Leut'.
Morgen: Einer von unsers Leut'.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.

Theater des Westens.
Abendtäglich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 20. Februar, Anf. 8 Uhr.
Lumpazivagabundus.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Madame Sans Gêne. Abends 8 Uhr: Lumpazivagabundus.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Seine kleine Freundin.
Hebbel-Theater
Königsgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Gastspiel - Theater
Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Ludwig Lange:
Der Hüttenbesitzer.

Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Notkappchen.
Abends 8 Uhr:
Der Mann mit den vier Frauen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf dem Wege. 8 Uhr: Mein Leopold.
Montag: Mädchen auf dem Wege.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Donath: Die Wellen elektrischer Kraft.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Benefiz f. Marga Hormani.
Bei aufgehoben. Abonnement.
Vorzugskarten ungenügl.
Ehrliche Arbeit.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung:
Zanica und eine Nacht.

Apollon Theater
Schauspiel 8 1/2 Uhr:
Hedi Merdina
Gobert Belling
Maria Vincent
Lloyd
und das
übrige hervorragende
Februar-Programm.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Mama.
Hanako
Japans größte Schauspielerin, mit ihrem Ensemble
Anna Müller-Lincke, Soubrette
Robert Koppel, Chansonnier
The May Sisters, Drahtseil
Boston Quartett, Kunstgesang
und das glänzende
Februar-Variété-Programm.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Singhalesen.
Gaukler-Truppe
in ihr. wilden Heimatstreifen
Salome.
das blaue Weib.
D. Opfer unarmherz. Tötung.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10.
Große Extra-Vorstellung.
Die alte Hanne.
Lebensbild in 4 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Sonntag und folgende Tage: Die alte Hanne.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Heute Sonnabend, 20. Februar, zum 143. Male:
Die beiden Bindelbands
dazu neuer Variététeil
5 Grebniess - Lyrico-Quartett - Diederich Upts - Georg Schindler
Les Astrées.

Die beiden Bindelbands
dazu neuer Variététeil
5 Grebniess - Lyrico-Quartett - Diederich Upts - Georg Schindler
Les Astrées.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Heute Sonnabend, 20. Februar, zum 143. Male:
Die beiden Bindelbands
dazu neuer Variététeil
5 Grebniess - Lyrico-Quartett - Diederich Upts - Georg Schindler
Les Astrées.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Schwan! in 3 Akten v. Hans Gaus.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeind.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Montag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.

Brauerei Friedrichshain.
den
Heute, Sonnabend, 15. Febr.:
Schönstes Münch. Bockbierfest
der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrengruber
mit seiner Truppe (30 Personen).
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Passepartouts haben volle Gültigkeit.

Heute: Eröffnung!
Ausstellungshallen am Zoo.
HEKTOR-Ausstellung
20. u. 21. Febr.: Nicht-Jagdhunde
22. u. 23. Februar: Jagdhunde
Am 20. und 22. Februar bis 2 Uhr:
Richten der Hunde.
Eintritt 1 Mark
Sonnabend und Montag bis 2 Uhr: 2,00 Mark
Sonntag v. 4 Uhr ab 50 Pf.
Geöffnet v. 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

CASTAN'S PANOPTIKUM
Friedrichstr. 165 (Paschpalast).
Ohne Extra-Entree! Neu! Lebend!
Der Mann mit den 3 Beinen!
Humoristische Künstler-Abende.
Beginn: Wochentags 7 Uhr abends.
Sonntags 4 Uhr nachmittags und 7 Uhr abends.

Zirkus Busch.
XIV. Saison!
Heute Sonnabend, ab. 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre!
In dieser Vorstellung werden ca.
90 Pferde
mitwirken, außerdem:
Fidel. Northa Robnte, Schulreiterin. Herr Ernst Schumann, Reudressuren. Um 9 Uhr ca.: Der weltberühmte Original-Konsul Peter.
Um 9 1/2 Uhr ca.: Auswanderer!

WINTERGARTEN
Saharet
Gertrude Barrison
Simon u. Gardner
in ihrer amerikanisch. Burlesko:
Der neue Kutscher
und das drollige
Faschings-Programm.
Morgen Sonntag:
Nachmittags-Vorstellung.
Kleine Preise. Anf. 8 1/2 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Bors.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das vom Publikum u. d. gesamten Presse anerkannt vorzügliche
Februar-Programm.
Sensationell! Sensationell!
Georg Gailer
der phänomenale Balancakönig.
Wiederauftreten von Ivan Bella
Sturz aus der 6. Etage.
Der arme Kasimir.
Schwan! in 1 Akt v. Schmidt-Hanfins.
Familiantafel wochentags halbe Preise
überall gratis zu haben.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der Kompanieball.
Künstlerische Humoreske von Moysel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Gastspiel des Hr. Latouré mit seinem weltberühmten Zwergtheater: und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend nachm. 3 Uhr:
Julius Cäsar.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Georg Büchner.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Julius Cäsar.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Montag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Heute geschlossen.
Morgen Sonntag:
Nachm. 3 Uhr: Neu einstudiert: Maria Stuart.
8 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.
Montag: Marzli.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationell!
Rußland.
Aktuell!
Rußland.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.
Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72.
Tägl.: Spezialitäten-Vorstellung mit Franz Sobanski
Gisella Lorma, Gerdw. Goldader, The Gouthmitts, Ell u. Rogent. 8 Hl. Ray Hilberg, Ray Kee.
Der Talmi-Graf.
Voll in 1 Akt von F. Sobanski.

Parodie-Theater.
Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.
Siegel siegelt alles!
oder: Der Badfisch in Rüten.
Vorher: Alles für's Kind! oder: Die Folgen eines Rendezvous.
Preise d. Sitzplätze: 20, 40, 75 Pf., 1 M.

Sanssouci, Kottbuser
Direktion Wilhelm Reimer.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger und Tanz.
Stets ausgewähltes Progr.
Beg. Sonnt. 6. Montag. 8 Hl.
Morgen Sonntag:
Große Elite-Soiree. Tanz.
Nächsten Dienstag: Theater-Abend.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Zirkus Schumann
Heute Sonnabend, ab. 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Neu! Neu! Neu!
Nur kurze Zeit!
Tiberio hebt einen Elefanten
5500 Pfund
Hl. Dora Schumann mit ihren Schül. und Springsperden.
? Waffenschmiede!
Der drollige Paet als Radfahrkünstler.
Um 9 1/2 Uhr zum 111. Male: Golo, der Seeräuber.
Sonntag: 2 Vorstellungen
3 1/2 und 7 1/2 Uhr ungelinst Golo, der Seeräuber, Tiberio, Paet.
Nachm. ein Kind frei, weitere Kinder zahlen halbe Preise.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2192.)
Sonntag, den 21. Februar:
Ein Dorfroman.
Schauspiel in 4 Akten von Chatman.
Anf. d. Vorst. 7. Auffenöffnung 6 Uhr.
Konzert 6 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10-11 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Montag, 22. Februar: Soiree der Zukigen Sänger.

Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Ansoest. 42/3
Täglich: Kunstrevue von nur erstklassigen Spezialitäten bei gänzlich freiem Entree, auch Sonntags.
Sonnabend und Sonntag nach der Vorst.: Gr. Freitanz-Kinematograph.

Waldhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr: Die amantene Februar-Spezialitäten.
Im Lunde: Bockbierfest. Regimentskap. Theaterbel. freien Eintritt.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der Kompanieball.
Künstlerische Humoreske von Moysel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2.

Gr. Bock-Bier-Fest.
Original-Dekoration:
Nürnberg u. Tegernsee.
:: 3 Kapellen. ::
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.
Morgen Sonntag, den 21. Februar:
Großer Ball.

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
Gr. Bock-Bier-Fest.
Original-Dekoration:
Nürnberg u. Tegernsee.
:: 3 Kapellen. ::
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.
Morgen Sonntag, den 21. Februar:
Großer Ball.

MANOLI Cigarettes
Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Zur Einsegnung!
Anzüge
aus fein geripptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbaren Cheviotstoffen, sauberste Ausführung von M. 12 an

Anzüge
aus prima tiefschwarz. Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten eleganter Sitz, von . . . M. 17 an

Anzüge nach Maß
Garantie für gut. Passen
von 24 an

M. Schulmeister
Schneidermeister
Dresdener Str. 4
am Kottbuser Tor

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Vorkauf.
Sehr starkes Leder mit Zwihrkette in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Filcken umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseest. 20-30 - Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis u. franko.
Nachdr. verboten.

Folies Caprice.
Zum 72. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Gelegenheitskauf!
Allgemeine Geschichte der Literatur von Ihren Anfängen bis auf die Gegenwart.
Von Gustav Karpeles.
Neue Ausgabe, fortgesetzt bis Ende des 19. Jahrhunderts.
Kunstlich illustriert mit 145 Tafeln, Gartenbrunnen und 558 Porträts und Abbildungen im Text.
3 Bände gebunden statt 32 M. nur 15 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Baden).

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Neuenhagen b. Jossen empfehlen wir das „Restaurant zur Flora“ als Verlebenslokal.

Am 20. Februar cr. veranstaltet der Arbeiterverein „Grüne Wald“ im „Kurfürsten-Park“, Kurfürstendamm 120, einen Maskenball.

Das Lokal „Saegers Restaurant und Festsäle“ im Hause des Berliner Lehrervereins, Alexanderstraße, darf laut Vertrag an die Arbeiterchaft zu Versammlungen nicht hergegeben werden; es ist daher die Pflicht der Parteigenossen, alle dortigen Veranstaltungen streng zu meiden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch einmal ganz besonders darauf hinweisen, daß in Neuenhagen den dortigen Genossen das einzige größere Versammlungslokal entzogen ist.

Nixdorf. Parteigenossen! Sonntag, den 21. Februar, 8 Uhr früh, findet eine Flugblattverbreitung statt.

Friedenau. Am Sonntag früh 8 1/2 Uhr findet von den Bezirkslokals eine Flugblattverbreitung statt.

Treptow-Baumhulsenweg. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, findet für beide Ortsteile von den bekannten Bezirkslokals eine Flugblattverbreitung statt.

Brix-Buchow. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Handzettel- und Flugblattverbreitung statt.

Schmargendorf. Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet vom Restaurant „Lindenbaum“ aus eine Flugblattverbreitung statt.

Stralau. Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Boche, Alt-Stralau 5. Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Entlassung eines beforderten Beamten.

Alt-Glienide. Am Sonntag, den 21. Februar cr., nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Gehlisch, Friedrichstraße, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Hohen-Schönhausen. Sonntag, den 21. d. M., mittags 1 Uhr, im Lokal „Paradiesgarten“, Joh. Kühle, Berliner Str. 63, öffentliche Versammlung.

Bohndorf. Am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im Restaurant „Falkenruh“ (Villa Rahl) eine öffentliche Versammlung statt.

Spandau. Am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Lokal von Emil Köpcke, Völkedorfer Str. 89, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Frank-Buchholz. Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr findet bei Kühne, Berliner Str. 89, eine Volksversammlung statt.

Pichtenau und Umgegend. Am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus“ von Pichtenau eine öffentliche Versammlung statt.

Oranienburg. Die ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 6 Uhr, im Lokal „Waldhaus“, Sandhausen, statt.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

in die Schranken! Was Tausende von Schulreuten und Kriminalbeamten, die sonst jeden Streifenpostenstehler beim Kraken nehmen, Tausende von Säbeln und Schießprügeln nicht erreichen können, das soll eine simple, harmlose Mehlstätte fertigbringen.

Werte Ausländer, die ihr von der neuesten Leistung hört, glaubt nicht etwa, daß unsere hochwohlwollende Polizei sich einen Scherz erlaubt habe. Nein, dazu ist denn doch die Geschichte zu ernst.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

alles aller Teile, die Schatten werfen können, womit auch dem ganzen Bau der Laternen ein gefälligeres Aussehen gegeben ist. Die Gasglühlichtbeleuchtung ist bereits in fast allen D-Zügen und in den wichtigeren Schnell- und Eizügen eingeführt worden.

Die neue Wannsee-Station „Botanischer Garten“, zwischen Groß-Waldenfeld-Weid und Steglitz gelegen, nähert sich ihrer Vollendung. Die Gleis- und Treppenanlagen sowie die Baulichkeiten sind bereits fertiggestellt.

Warnung bei Abbruch von Mietverträgen. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Mietverträge über Räume in neuerbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Ausfertigung des Mietvertrages ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsuntauglichkeit noch nicht verstrichen ist.

Eine Liebestragödie. hat Donnerstag in der Jungfernhöhe ihren blutigen Abschluß gefunden. Im Zagen 8, in der Nähe des Gefängnisses, wurde von dem Gutsvorstand ein junges Paar erschossen aufgefunden.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Die Mehlstätte. Schon die ernstesten Dinge haben ihre heitere Seite. Schon eine volle Woche ist Berlin in heller Aufregung über die Messerattentate. Wo nur zwei Menschen zusammenkommen, wird davon gesprochen.

Im Döblich gestorben ist in der Nacht zum Donnerstag der 40 Jahre alte Arbeiter Karl Engert, der wegen längerer Arbeits- und Wohnungslosigkeit von der Polizei am Mittwoch auf eine Wache dem städtischen Asyl überwiesen worden war. Der Mann lag gestern morgen tot auf seinem Lager. Ein Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen.

Große Aufregung verursachte gestern nachmittag an der Jannowitzbrücke der Selbstmord eines unbekannt, etwa 30-jährigen Mannes, der sich vor den Augen Hunderte von Passanten über das Brückengeländer hinweg in die See stürzte. Eine Anzahl Augenzeugen unternahm zwar sofort Rettungsversuche, die jedoch leider vergeblich waren. Erst nach fast zweistündigem Suchen konnte die Leiche des Lebensmüden unterhalb der Brücke gefunden und gelandet werden. Ueber die Persönlichkeit des Selbstmörders, der keinerlei Ausweispapiere bei sich führte, war nichts zu ermitteln.

Schwer verunglückte gestern ein Fahrer im Bedag-Vetrieb, Chausseestraße, dadurch, daß ein zu reparierender Wagen plötzlich in Bewegung geriet und den Fahrer, welcher an der Werkbank stand, gegen diese drückte und ihn schwer verlegte. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation und von dort nach seiner Wohnung geschafft.

Wenn genügende Schutzvorrichtungen vorhanden gewesen wären, konnte dieser Unfall vermieden werden. Die Schutzvorrichtungen und sanitären Vorstände lassen in diesem Betriebe viel zu wünschen übrig und wäre es sehr angebracht, wenn die Gewerbeinspektion dort einmal einen Besuch abstatten würde.

Von einem Automobilunfall überfahren und getötet wurde gestern, Freitagnachmittag der 7-jährige Sohn Otto des in der Schlemmstraße 20 wohnenden Bauarbeiters Hämmerling. Der Knabe, der für seine Mutter einige Besorgungen machen sollte, wollte vor dem elterlichen Hause den Fahrdamm der Schlemmstraße überschreiten, achtete dabei jedoch nicht darauf, daß in diesem Augenblick ein Automobilomnibus der Linie B der Großen Berliner Motor-Omnibus-Gesellschaft in der Richtung nach dem Krämpfplatz fuhr, herannahte. Der Knabe wurde umgestoßen, geriet unter den Kraftwagen und wurde, obwohl der Chauffeur sofort mit aller Kraft bremste, ca. 2 Meter weit mitgeschleift. Der Verunglückte, der schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde zunächst nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee und von hier nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt, verstarb aber bereits auf dem Transport.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Vor überfüllter Versammlung im großen Saale des „Vollhauses“ sprach am Donnerstag Genosse Adolf Hoffmann über: „Farrerbildung und das preussische Abgeordnetenhaus.“ Die Versammlung nahm die Ausführungen des Genossen Hoffmann mit stürmischem Beifall, der auch häufig während seiner Rede zum Ausdruck kam, entgegen. Nachdem der Vorsitzende die einmütige Meinung der Versammelten festgestellt hatte, daß sie voll und ganz zu ihren Vertretern im preussischen Abgeordnetenhaus in der Farrerbildungsfrage stehen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch geschlossen.

Lichtenberg.

15 Millionen will die Stadt Lichtenberg in Raten von je drei Millionen durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Stadt-Schuldverschreibungen aufnehmen. Der Magistrat schlägt vor, Stände im Werte von 5000 bis herab auf 200 M. zur Ausgabe zu bringen; es soll je nach dem Stande des Geldvermögens ein Zinsfuß von 3/2 bis 4/2 Proz. vorgeesehen werden. Die Anleihe summe soll dazu dienen, die Ansprüche für Hochbauten im Betrage von 5 132 438 M., für Straßenbauten 1 887 282 M., für die städtischen Werke 8 162 000 M., für den Grundbesitzfonds 2 000 000 M., und für verschiedene Zwecke 2 318 000 M. zu decken.

Die amtliche Anordnung des Richtungs-Ladenschlusses für den Stadbezirk ist in den nächsten Tagen zu erwarten mit der Maßgabe, daß die Einrichtung mit dem 1. März ins Leben tritt.

Unsere Notiz über die standstilligen Zustände in einer Volksschule des Ortes hat einen der Schuldigen veranlaßt, unter dem Strich des Protokolls sich also bemerkbar zu lassen:

In welcher niederrichtigen Weise seitens des „Vortrags“ versucht wird, die bürgerlichen Mitglieder unserer Stadtverordneten-Versammlung und der Deputationen herabzusetzen, zeigt wieder einmal ein Artikel unter Lichtenberg in der Sonntagsnummer vom 14. d. M. Es wird darin u. a. behauptet, die Mitglieder der Baudeputation hätten auf einen vor Weihnachten eingebrachten dringlichen Antrag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter „Vertagung“ beschlossen. Dieses ist eine stinkende Lüge.

Feststellungen in der Baudeputation am Donnerstag ergaben, daß die vorstehende Behauptung eine ganz — freche Lüge ist. Tatsache ist, daß wegen des gefährlichen Zustandes der Schule unsere Vertreter eine sofortige ausreichende Reparatur verlangten. Das lehnten aber die bürgerlichen Vertreter ab und bestimmten, daß die Arbeiten während der nächsten großen Ferien gemacht werden sollten. Jetzt ist nun der Stand da und die Stadt hat die Diarrhoe. Ist es doch schon so weit gekommen, daß die Mutter eines Schullindes dem Bürgermeister erklärte: Ich lasse die Gesundheit meines Kindes nicht länger gefährden und schicke in diese Schule mein Kind nicht!

Röbenitz

Bei einem Rettungswerk geriet vorgestern der Fischer Otto Spanier in erste Lebensgefahr. Der 12-jährige Schüler Fischer von hier war beim Spielen auf der Eisfläche des Präunertogs auf eine gesperrte Stelle an der Spreemündung geraten und brach ein. S. sowie ein junger Mann namens Romet suchten dem Verunglückten Hilfe zu leisten, wobei die Eisdecke unter dem Fischer nachgab und er ebenfalls in den Fluten versank. Dem jungen S. gelang es aber dennoch, den verunglückten Knaben zu fassen und verfrachtete sich mit dem Geretteten auf die Eisdecke hinaufzuschleichen, die jedoch unter dem Druck der Last bröckelte. Erst nach längerem Bemühen gelang es dem zweiten Retter Romet, zunächst den kleinen Fischer und dann auch Spanier aus den Fluten herauszugleichen.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Im Vordergrund der Beratungen stand der Stadthaushaltsplan für 1909, für welchen allein über 2 1/2 Stunden verwendet wurden. Außer diesem Haupttitel wurden nur noch zwei kleinere Etats und eine kleine dringliche Vorlage erledigt, alle übrigen Nummern aber wegen der vorgerückten Zeit vertagt. Der Hauptetat, wie er von der Finanzdeputation, dem Magistrat und der Staatskommission vorgeschlagen wird, bietet folgendes Bild: Der Finanzbedarf beträgt diesmal 2 163 000 M., gegen 1 711 000 M. im Vorjahre. Dieser Bedarf soll wie folgt aufgebracht werden: Durch indirekte Steuern: Biersteuer 75 000 M., Hundsteuer 28 000 M., Luftverkehrssteuer 14 500 M., Umsatzsteuer 175 000 M., Betriebssteuer einschließlich 50 Proz. Zuschlag 11 250 M., Summa 301 750 M. Es bleiben noch auf die direkten Steuern 1 861 250 M. zu bedecken. Diese sollen aufgebracht werden durch Gemeindegeldern für Offiziere 146 500 M., Einkommensteuer (150 Proz. Zuschlag) auf 582 000 M., Staatssteuereinkommen abzüglich einer Rückvergütung von 8000 M. an Siemens u. Halske 885 000 M., Gewerbesteuer einschließlich Warenhaussteuer (240 Prozent auf 128 500 M., Staatsgewerbesteuer) 308 400 M., Grund- und Gebäudesteuer oder Grundbesitzersteuer 3,35 Proz. Rente von 103 Millionen vorwiegend städtischen Wert der bebauten und unbebauten Grundstücke 556 600 M., zusammen 1 814 650 M. Der Reibbetrag von 46 600 M. soll aus der Rente von Gaszählern mit 20 000 M., von Elektrizitätszählern mit 4000 M., zusammen 24 000 M., gebek und der Rest von 21 600 M. dem Steuerausgleichsfonds entnommen

werden. Der ganze Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 8 208 140 M. gegen 7 100 140 M. im Vorjahre. Vor Beratung des Etats gab der Rämmerer einen ausführlichen Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten, aus dem zu entnehmen ist, daß während die Ausgaben ganz erheblich gestiegen sind, ein Steigen der Einnahmen nicht stattgefunden hat. Um die Zuschläge zur Einkommensteuer, welche 150 Proz. betragen, nicht zu erhöhen, habe man sich genötigt gesehen, die Zuschläge zu den Realsteuern, und zwar zur Gewerbesteuer von 210 auf 240 Proz. und zur Grundsteuer von 220 auf 257,50 Proz. oder 3,35 pro Mille zu erhöhen. Während nunmehr der Referent, Stadtverordneter V e n d e r, die einzelnen Positionen des Etats, mit Ausnahme der Steuern, die bis zum Schluß bleibt, vortrug, wurden zu den einzelnen Titeln noch verschiedene Wünsche und Beschwerden vorgebracht. Genosse P i e p e r betonte, daß das „Spandauer Tageblatt“ wegen seiner geringen Abonnentenzahl von den amtlichen Bekanntmachungen ausgeschlossen werden müsse, um dadurch eine nicht unerhebliche Ersparnis zu machen. Der Stadtverordneter L ü d i c k e nahm sofort seinen Gesinnungsgenossen, den Stadtverordneten und Verleger des „Spandauer Tageblattes“ Schöb, in Schutz, indem er meinte, darüber hätte auch die Regierung zu befinden, deshalb solle man die Sache gar nicht weiter erörtern. Beim Titel 8, Begräbnisplätze, sprach Genosse P i e p e r den Wunsch aus, daß es jedem einzelnen überlassen werden möge, wie und von wem er seine Gräber pflegen und gießen lasse. Der Friedhofsinvestor scheine diese Arbeit als Privilegium anzusehen. Genoss. S c h m i d t I sprach den Wunsch aus, daß die vielen Gänge, welche man bei einem Todesfall zu machen habe, vereinfacht werden müßten. Beim Titel 24, Schulen, brachte Genosse P i e p e r eine Reihe Beschwerden über die 10. Gemeindefschule zur Sprache. Er erwähnte u. a., daß dort morgens die Kinder öfter eine halbe Stunde lang und noch länger draußen in der Kälte stehen müßten, ehe sie in die Klasse kämen, trotzdem die Klassen leer seien. Ferner betonte er die eigenartige Unterrichtsweise einer Lehrerin. Der Oberbürgermeister sagte Untersuchung und eventuell Abhilfe zu. Bevor nun in die Beratung über die Höhe der Steuerzuschläge eingetreten wird, macht sich die Versammlung auf Antrag des Stadtverordneten L ü d i c k e erst darüber schlüssig, ob eine Gasmesser- und Elektrizitätszählerrente erhoben werden soll oder nicht. Der Magistrat hat eine solche, obwohl die Versammlung die Erhebung dieser Renten bereits zweimal abgelehnt hat, mit 20 000 M. bzw. 4000 M. in den Etat eingestellt. Hierbei war es nun interessant zu beobachten, wie einer nach dem anderen, selbst von denjenigen Stadtverordneten, die sich in den vorhergehenden Sitzungen als strikte und energische Gegner dieser Renten aufgestellt, umkippten. Nur unsere Genossen und der Stadtverordnete Reusch blieben fest. Von unseren Genossen vertrat der Stadtverordnete S c h m i d t I in energischer Weise den gegnerischen Standpunkt zu dieser Rente, aber es nützte nichts, die Versammlung stimmte dafür, daß die Rente erhoben wird. Zur Beratung über die Erhebung der Steuerzuschläge traten von den Bürgerlichen der Stadtverordnete und Vorsitzende des Grundbesitzer-Bereins S i e f e r t, sowie der Handwerksmeister Reusch (derselbe hatte 600 Unterschriften von Geschäftsleuten gesammelt, welche Protest erhoben gegen die Erhebung der Gewerbesteuer) gegen die Erhebung der Realsteuern ein, die übrigen Stadtverordneten, nämlich Herr L ü d i c k e, gingen wie die Rabe um den heißen Brei herum, sie bedauerten zwar die Erhebung der Realsteuern, wollten sie aber doch schlucken, weil nichts anderes übrig bleibe. Energisch wies Genosse S c h m i d t I darauf hin, daß man sich mit einem Schlag aus der ganzen Verlegenheit befreien könne, indem man eine Wertzuwachssteuer einführe. Man scheine sich aber vor einer solchen zu drücken, trotzdem werde sie doch kommen, allerdings wenn es zu spät sei. Diefelbe mußte schon eingeführt werden, noch ehe die Entfestigung vorgenommen wurde. Er verweist auf die diesbezüglichen Ausführungen des Oberbürgermeisters zu Königsberg, der hierin weit energischer vorgegangen sei wie der hiesige Oberbürgermeister. Er behalte sich natürlich vor, noch einen Antrag um Einführung dieser Steuer einzubringen. Nachdem schließlich ein Schlußantrag angenommen, führte der Referent Stadtverordneter V e n d e r in seinem Schlusswort an, daß die Wertzuwachssteuer jedenfalls dann kommen werde, wenn die Verzinsung der Anleihen einträte. (Das heißt mit anderen Worten, wenn die Herren Spekulant das Recht abgekauft haben.) Der Etat wurde dann nach den Vorschlägen des Magistrats und der Staatskommission gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten angenommen. Inzwischen war es 8 Uhr geworden und eine unerträgliche Hitze im Saal. Deshalb wurden alle übrigen Nummern vertagt.

Potsdam.

Die Verlängerung der Potsdamer Straßenbahn nach dem Bahnhof Dreißig der Wehlarer Bahn wird jetzt von der Stadtverwaltung erwogen. Zur Prüfung des Projektes wurde eine Versammlung der Gemeindevorsteher der in Frage kommenden Ortsgemeinden einberufen. Es handelt sich hierbei um den Ausbau der D-Zlinie Potsdam-Romow bis nach Dreißig bei entsprechender Rentabilitätsgarantieübernahme seitens der Gemeinden.

Gerichts-Zeitung.

Ein wegen Verschwendung entmündigter Fürst

spielt in einem Zivilprozeß, der heute vor dem 4. Zivilsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung kam, eine wenig ruhmreiche Rolle. Vom Landgericht Bonn und vom Oberlandesgericht Köln ist der Fürst Josef Sulkowski mit seiner Klage gegen die Erbschaftsbesitzerin sowie seine Ehefrau, geb. Jäger, und seine Geschwister auf Wiederaufnahme der Entmündigung abgewiesen worden. Gegen das Urteil von Köln hatte er Revision eingelegt. Von dem fürstlichen Kläger wird in jenem Urteil ein höchst eigenartiges Bild entzogen. Er ist 1845 in Wien geboren. Die Zeit bis zu seiner Mündigkeitserklärung, die nach österreichischem Rechte mit dem 24. Jahre eintritt, dauerte ihm zu lange. Er erwarb deshalb im Jahre 1860 die preussische Staatsangehörigkeit und wurde mit 21 Jahren für mündig erklärt. Seine Güter liegen in Ungarn (Wert etwa 12 Millionen Kronen) und in Böhlen, Oesterreichisch-Schlesien. Das letztere ist fideikommiss. Kaum war der Fürst mündig, so begann er sein Vermögen zu verschwendung. Die Verschwendung setzte er auch nach seiner Heirat fort. 1883 mußte der Fürst wegen Geisteskrankheit entmündigt werden. Er kam in eine Irrenanstalt und verblieb dort bis 1886. Mit Hilfe einer gewissen Luja von Beszegh entfloh er von dort. Diese Dame wurde seine Mätresse, mit der er umherzogen. Sie ist später gestorben und er hat ihr auf seinem Gute in Böhlen ein Mausoleum bauen lassen, welches etwa 50 000 M. gekostet hat. Dort will er später neben ihr begraben werden. In der Aufwendung der 50 000 M. für das Mausoleum ist ein Beweis für seine Verschwendungssucht erblickt worden. Die Entmündigung war 1886 vom Amtsgericht Bonn aufgehoben worden. Aber schon im August 1892 wurde er wegen Verschwendung entmündigt. Der Fürst erlangte die Aufhebung der Entmündigung. Aber am 30. August 1893 wurde abermals die Entmündigung ausgesprochen. Gegen diesen Gerichtsbescheid richtete sich die jetzige Klage des Fürsten. Das Urteil des Oberlandesgerichts Köln, welches das die Klage abweisende Urteil des Landgerichts Bonn bestätigt, weist in sehr eingehender Darstellung nach, daß der Fürst ein Verschwendunger ist und bei eigener Verfügung über sein Vermögen seine Familie in einen Ruinstand versetzen würde. Das ganze Leben des Fürsten sei eine Kette sinnloser Verschwendungen und schamloser Unzucht. Zweck und Ziellos treibt er sich mit Mätressen und anderen Frauengestirnen bald hier bald da herum. Für eine einzige Schiffernacht in Paris hat er 30 000 Frank vergewendet. Von Stadt zu Stadt und von Hotel zu Hotel treibt ihn sein zielloses Leben. Er folgte nicht bloß seinem jugendlichen Drange, sondern er führte sein anstößiges Leben auch nach im reiferen Leben fort. Er ist sophistisch durchschaut und zeigt sich bei ihr eine feilsche Entartung, die teils auf verletzter Erziehung, teils auf eingewurzelttem Sünde beruht, dem er sich ohne Änderung seines Wesens und ohne Aufwendung großer Willens-

kraft nicht entziehen kann. Der Einwand des Fürsten, daß er jetzt (im Alter von 61 Jahren) ein weniger anstößiges Leben führe und von seiner Apanage (monatlich 5000 M.) sogar noch Ersparnisse mache, wurde als unbedeutlich zurückgewiesen. Wenn das standalöse Leben nachgelassen habe, so liege dies sicher nur an dem vorgeschrittenen Alter des Fürsten und die kleinen Ersparnisse habe er vermutlich nur gemacht, um für den Fall, daß die Entmündigung nicht aufgehoben wird, in seinen Liebhaberinnen nicht besorgt zu sein. Die Revision des Fürsten wurde vom Reichsgericht am Freitag zurückgewiesen. Fürst Sulkowski bleibt also entmündigt.

Vermischtes.

Der Theaterbrand von Acapulco.

Ueber die furchtbare Brandkatastrophe in der mexikanischen Hafenstadt Acapulco, bei der mehr als dreihundert Menschen in den Flammen einen schrecklichen Tod fanden, werden jetzt nähere Einzelheiten gemeldet. Der große Zuschauerraum des völlig aus Holz gebauten Theaters war von einem festlichen Publikum bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Kinematograph führte gerade eine Serie neuangekommener Aufnahmen vor, die Bilder aus dem süditalienischen Erdbebengebiet zeigten, als eine Störung des Apparates eintrat. Der Mechaniker näherte sich dabei mit einem Richte der Leinwand; durch eine Unvorsichtigkeit ging der Stoff in Flammen auf. Die Lohe schoß mit unheimlicher Geschwindigkeit an den Kulissen empor, und wenige Sekunden später stand die Bühne in hellen Flammen. Im Publikum brach eine furchtbare Panik aus. Alles stürmte zu den zwei kleinen Türen, den einzigen Ausgängen des Theaters. Die Rufe der wenigen Besonnenen, die zur Ruhe mahnten, verhallten ungehört, vor den Türen kam es zu furchtbaren Kämpfen und durch den Druck der Menge wurden die Türsügel, die nach innen sich öffneten, so weit zusammengedrückt, daß nur ein schmaler Ausgang blieb. Aber auch dieser wurde nach kurzer Zeit so gut wie unpassierbar, denn vor den Ausgängen türmten sich die Leichen der Unglücklichen an, die in dem Gedränge stürzten und unter den Füßen der anderen starben. Nur wenigen Glücklichen gelang es, gleich am Anfang den Weg ins Freie zu finden. In kaum zwei Minuten hatten die Flammen das trockene Holz erfaßt und die unglückliche Zuschauermenge vollkommen eingekreist. In Hilfe war nicht denken. Die schlecht ausgerüstete Feuerwehr vermochte kaum die benachbarten Gebäude zu schützen; nach drei Minuten war die Hitze so groß, daß man sich dem brennenden Gebäude nicht weiter als auf hundert Meter nähern konnte. Der schreckliche Todeskampf der Eingeschlossenen dauerte nicht lange. Eine kurze Weile stellten aus den Flammen die Verzweiflungsschreie der Hunderte; drei Minuten später war alles still und nur das grausige Knistern der Flammen vernahmte sich noch mit dem ohnmächtigen Weinen der Angehörigen, die hilflos von ferne Zeuge der Katastrophe waren. Man hat bereits 320 Tote geborgen; sie sind unkenntlich und werden in Massengräbern beigesetzt.

Drei Schulmädchen ertranken. Aus Papenburg a. Ems wird vom gestrigen Tage berichtet: In Uralage haben gestern vier Schulkinder, ein Knabe und drei Mädchen, auf dem Heimwege das morsige Eis des Tiefs betreten und sind ertrunken. Der Knabe konnte sich retten, aber die drei Mädchen ertranken. Die Leichen sind geborgen.

Ueber das Hochwasser in der Altmark wird amtlich vom gestrigen Tage aus Stendal gemeldet: Der Bahnverkehr zwischen Seehausen in der Altmark und Seefischberg mußte heute früh wegen Ueberflutung der Gleise eingestellt werden. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Verkehrs sowohl zwischen Seehausen in der Altmark und Seefischberg als auch zwischen Osterburg und Seehausen läßt sich noch nicht voraussagen.

Einer weiteren amtlichen Meldung zufolge wird sich der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach heute nach Wittenberge begeben, um den Betrieb der Eisbrecher bei der Beseitigung der Eisverstopfung in der Elbe zu besichtigen.

Arbeitslose Strafgefangene.

Ein großes Licht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage wirft folgendes am 16. Februar im „S. L.“ stehende Inserat:

Gefangenenarbeit! Im Strafgefängnis in Gladstadt sind vierzig bisher mit der Herstellung von Kofosmatten beschäftigt gewesene Gefangene disponibel geworden. Reflektanten wollen sich baldigst mündlich oder schriftlich melden. Gladstadt, den 8. Februar 1909.

Der Direktor des Strafgefängnisses.

Die Arbeitskraft der Strafgefangenen ist bekanntlich für die Unternehmer immer noch wechsellager gewesen, als die freier Arbeiter. Es ist deshalb charakteristisch für das jeweilige Wirtschaftsleben, daß selbst in Strafgefängnissen das Gespenst der Arbeitslosigkeit umgeht.

Ein neuer Schiffsrekord. Die „Mauretania“ hat, wie aus New York gemeldet wird, einen neuen Reiserfordersford von vier Tagen 17 Stunden und 50 Minuten aufgestellt und damit den Rekord der „Lusitania“ um 106 Minuten verbessert. — Die beste Tagesleistung beträgt 671 Meilen.

Zentralverband der freien Händler und Hausfrauenvereine Deutschlands, Verwaltungsstelle Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35: Versammlung. Kollegen willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. H. Hamburg.) Illustre Berlin III. Sonntag, 21. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15 (Saal VII): Mitgliederversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Februar, vormittags 9 Uhr, in der Halle Pappel-Allee 13-17: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr in der Schule Kleine Frankfurter-Str. 6: Vortrag von Fraulein Ida Altmann über: Freimaurerium und Freidienstertum. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Bereit ehemaliger Hoheneiser. Sonntag, den 21. Februar, findet bei Karl Berndt, Urbanstr. 33, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Anfang pünktlich 7 Uhr abends. Ehemalige Hoheneiser willkommen.

Freie Jugendorganisation Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenthaler Str. 3: Versammlung mit Vortrag.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin. Nach usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen sich wegen der Uebermittlung von Zeitungsnummern sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bekleidung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft klar, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, zum Teil knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft reg, Preise lebhaft. Fisch: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise angemessen. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter und Verwandten Berufsgenossen (E. S.) zu Schw. Gmünd. (Mitgliedschaft Berlin.)

Montag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 1), Engelster 15:

Mitglieder-Versammlung

- mit folgender Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht.
 2. Diskussion.
 3. Wahl des Vorstandes.
 4. Bericht über die stattgefundene Generalversammlung.
 5. Verschiedenes.
- um zahlreiches wie pünktliches Erscheinen ersucht
- Der Vorstand der Mitgliedschaft Berlin.
E. H.: C. Holtkamp, Sect., Admiralstr. 16E.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Montag, den 21. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelster 15, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Generalversammlung.
 2. Aufstellung der Kandidaten.
 3. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.

Dienstag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelster 15:

Oeffentliche Versammlung

für alle in der

Hutbranche

- beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
- Tages-Ordnung:
1. Die Novelle zur Gewerbeordnung. Referent: Reichstagsabgeordneter H. Schmidt.
 2. Diskussion.
 3. Stellungnahme zum 1. Mat.
- Alle in der Hutbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sind zu dieser wichtigen Versammlung verpflichtet zu erscheinen.
- Die Agitationskommission.

Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Berlin.
Berlin SO. 16, Engelster 14/15, III. Stock, Aufg. B, Zimmer Nr. 59.

Achtung, Töpfer!

Die am Mittwoch, den 17. Februar 1909, stattgefundene Generalversammlung hat beschlossen: an diejenigen Kollegen, welche seit Januar 1908 Mitglieder des Verbandes sind und seit dieser Zeit zu einem Lotalsfond gezahlt haben und seit dem 1. November 1908 5 Wochen arbeitslos waren, gleichviel ob sie augenblicklich ohne Arbeit sind oder nicht, eine einmalige Notstandsunterstützung zu zahlen. Junggeheilen, welche sofort nach beendeter Lehrzeit dem Verbands begetreten sind, erhalten ebenfalls Unterstützung.

Alle diejenigen, welche auf die Unterstützung reflektieren, haben sich in die dazu ausgelegten Listen einzutragen zu lassen; wer sich nicht einzeichnen läßt, erhält keine Unterstützung. Die Listen liegen am Freitag, den 19., Sonnabend, den 20. und Montag, den 22. Februar im Gewerkschaftshaus aus, und zwar für die arbeitslosen Kollegen vormittags von 9-12 Uhr Saal 1 und für die arbeitenden abends von 6-7 Uhr Saal 8.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Mittwoch, den 24. Februar, im Gewerkschaftshaus. Für die arbeitslosen Kollegen vormittags von 10-1 Uhr und für die arbeitenden abends von 6-8 Uhr.

Wer die Unterstützung nicht bis zum Sonnabend, den 27. Februar 1909 abgehoben hat, geht seiner Unterstützung verlustig.

Die Verbandsleitung.

Schluß am Ende

dieses Monats ist unwiderruflich im

Ausverkauf H. Markus,

Reinickendorfer Straße 14, während des Neubaus im Nebenladen Ravenestraße.

An Restbeständen und Partien sind unter anderem noch vorhanden:

- Kinderkragen mit Sattel und Knaben-Serviteurs durchweg 10 Pf.
- Kinderstrümpfe durchweg Paar 10 Pf.
- Damenstrümpfe, pl. Wolle 38 Pf.
- Trauerhüte Stück 48 Pf.
- Prima Eiderwolle, schwarz und couleur Puppe 48 Pf.
- Glacé-Handschuhe Paar 68 Pf.
- Kindertrikots, gute Qualität 88, 58, 38 Pf.

Die Restbestände der Damen-Kleiderstoffe

darunter Prima Qualitäten, 110 cm breit, reine Wolle, Serie I II III Wert bis jetzt 3.- M., auch schwarz f. Einsegnungskleider 0.48, 0.88, 0.98

Ein Partiposten weißer Damenwäsche bestehend aus Hemden, Nachtjacken, Knie-beinkleider u. Röcken jetzt 0.78, 0.98, 1.48

Tischdecken, Portieren, Gardinen zu spottbilligen Preisen.

Café Alsen Schles. Brücke.

Die Berlin-Weißensee-Dampfschiffahrt-Gesellschaft empfiehlt den geschulten Bedienten, Fabrikanten, Gewerkschaften usw. ihre Personendampfer zu Dampfmaschinen für den billigsten Bedienung. Fr. Sacwert, SO. 15, Köpenicker Straße 39a. Fernspr.: Amt IV 18749.

Frankfurter Hütte

Gr. Frankfurter Str. 101 u. Krautstr. 1.

Bierschwemme

ff. gepflegte Biere u. d. Brauerei Königsstadt a Glas 10 Pf. Großartig renoviert! Vorzügliche Speisen bei billigsten Preisen. Täglich frische Bouillon mit Brötchen 10 Pf.

Konzert-Säle

Gr. Bock-Jubil u. Trubel b. freiem Entree. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags nachm. 5 Uhr, bei 10 Pf. Entr. Es ladet ergebenst ein Hermann Tusher, Oekonom.

Calmon's Hansa

leichte, schmiegsame Gummischuhe

aus reinem Gummi hergestellt, besonders widerstandsfähig. Wir haften für die Güte jedes Paares. Fordern Sie neues Musterbuch V

Einheitspreis für Damen M. 3.50 für Herren M. 4.50

Salamander

Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182 C. Königstr. 47 SW. Friedrichstr. 221 C. Rosenthalerstr. 1 W. Potsdamerstr. 5 NW. Wilsnackerstr. Ecke Turmstr. 9 W. Tauentzienstr. 15

H. Greifenhagen Nachf.

Billige Lebensmittel

- Pa. Räucherlachs in Portionsstücken 80 Pf.
- Prima Eisbeine mit Spitzbein 35 Pf.
- Prima Pökelrippen 60 Pf.
- Pa. Schinkenspeck in 1/2 u. 1/4 Pf.-Stücken 95 Pf.
- Melange-Marmelade 95 Pf.
- Prima Apfelsinen 10 Stück 20 Pf.
- Prima Mandarinen 23 Pf.
- Pa. Cervelatwurst 1.15 Pf.
- Prima Leberwurst 95 Pf.
- Feinster Brie-Käse 50 Pf.
- Cognac „Merlot la Roche“ 95 Pf.
- Feinst. Eier-Cognac 1/2 Fl. 95 Pf.
- Feinst. alter Portwein 1/2 Fl. 95 Pf.
- Mediz. Ungarwein 70 Pf.
- Pa. Auslese-Kaffee 38 Pf.
- Haush.-Mischung 48 Pf.
- Victoria-Misch. 1/2 Pf. 53 Pf.
- Wiener-Misch. 1/2 Pf. 58 Pf.
- Prima Kunst-Honig 28 Pf.
- Prima Marmelade 23 Pf.
- Prima Pflaumen-Mus 95 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Paul Trinkhaus am 17. Februar gestorben ist.

Paul Trinkhaus

am 17. Februar gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemani-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen, Nordend aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Richard Wittich.

Sein Andenken wird in Ehren gehalten. Das Personal der Firma E. S. Mittler & Sohn.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Kirchhofe der Kreuz-Gemeinde in Mariendorf statt.

Anna Schwabe

geb. Weischnar. Dies zeigt tiefbetrübt an Kummelburg, 20. Februar 1909 Hugo Schwabe, Töpfer, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Kummelburg, Lützstraße, aus statt.

Karl Schwoite

an Herzschlag plötzlich verstorben ist. Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes in Ploppensee aus statt.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden als auch Bekannten die traurige Nachricht, daß am 18. Februar, früh 3 Uhr, mein lieber Mann, Vater, Schwieger- und Großvater, der Weber 10646

Karl Schwoite

an Herzschlag plötzlich verstorben ist. Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes in Ploppensee aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unserer guten Vaters Johann Szecodry sagen wir allen Bekannten und Verwandten, dem vereinten Bekreis (Bez. 225) und dem Gesangsverein Dorat unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe (10696) Auguste Szecodry nebst Söhnen.

Dankfagung.

Für die rege Beteiligung und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Binnensabrikanten

Wilhelm Zuchelt sage allen meinen tiefgefühlten Dank. Witwe Helene Zuchelt nebst Kindern.

Nathan Wand

129 Staliger Str. 129. Die höchsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Royallexen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauanläge sind in großer Auswahl stets zu handverlesenen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Staliger Str. 129. Hochbahnstation Kottbuscher Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Dr. Schünemann

Sozial-Ärzt für Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

Max Fallnihs Restaurant

Reuchlin-Str. 6. Heute Sonnabend: Goddier-Trudel.

homöopathische Poliklinik

des Berliner Vereins homöopathischer Ärzte ist von der Charlottenstraße 82 nach dem Hahnemannhaus, Königgräber Str. 48 verlegt. Sprechst. täglich 1/2-2, 3-5.

Elysium Landsberger

Großer Ball. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree frei. Was! Stelle den geschulten Bedienten meinen 1909 Verloren lassenden Bartelsthal nebst Bühne, sowie den 2000 Verl. fassenden Kalkantaren mit Sängergesellschaft gratis zur Verfügung. Amt 7, 2617. Karl Eisermann.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Ferdinand Fischer Rosenhallerstr. 57 (Bezirk 6) verstorben ist.

Fritz Scheibe

im 27. Lebensjahre. Der Verstorbene hat sich durch seinen schlichten und wahren Charakter die Liebe und Achtung seiner Kollegen erworben und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Kollegen der Buchdruckerei Denter & Nicolas. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 2 Uhr, auf dem Kirchhofe der Gemeinde St. Marien, Mariendorfer Weg, statt.

Willi Kleist.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Kirchhofe in Ploppensee-Kummelburg, Lützstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am 17. Februar, abends 6 1/2 Uhr, nach längeren Leiden mein Herzogsguter Mann, der Schankwirt

Ferdinand Fischer

im 51. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Witwe

Therese Fischer. Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Rosenhallerstr. 57, aus nach dem St. Johannis-Kirchhof in der See-straße statt.

Sozialdemokratischer Verein

für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Ferdinand Fischer Rosenhaller Straße 57 am Donnerstag, den 18. Februar, gestorben ist.

Ferdinand Fischer

Rosenhaller Straße 57 am Donnerstag, den 18. Februar, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Rosenhaller Straße 57, aus nach dem St. Johannis-Kirchhof, See-straße statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Gesangverein „Nordwacht“

N. d. H. S. B. Todes-Anzeige.

Am 17. d. Mts. verstarb nach längerem schweren Leiden unser Sangesbruder, der Restaurateur

Ferdinand Fischer

Rosenhaller Straße 57. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Die Sangesbrüder treffen sich Punkt 1 Uhr beim Sangesbruder Jabrom, Weinbergsweg 8. 10606 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Ferdinand Fischer

Rosenhallerstr. 57 (Bezirk 6) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Johannis-Kirchhof in der See-straße statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Fritz Scheibe

im 27. Lebensjahre. Der Verstorbene hat sich durch seinen schlichten und wahren Charakter die Liebe und Achtung seiner Kollegen erworben und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Kollegen der Buchdruckerei Denter & Nicolas. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. d. M., nachmittags 2 Uhr, auf dem Kirchhofe der Gemeinde St. Marien, Mariendorfer Weg, statt.

Veren Berliner

Buchdruck - Maschinenmeister. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 15. Februar unser lieber Kollege

Fritz Scheibe

plötzlich verstorben ist. Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 1 1/2 Uhr, in Mariendorf auf dem Reinen Gemeinde-Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.

Ferner starb am Mittwoch, den 17. Februar, unser lieber Kollege

Willi Kleist.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Kirchhofe in Ploppensee-Kummelburg, Lützstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

